Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Alle: Halbgasse 12, 1070 Wien. - Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Verlagspostamt 1070. - Inland: Jahresabonnement 150,-, Halbjahresabonnement 112,- . Zu beziehen über: KB Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien, Tel.: 0222/93 83 37. Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Tel.: 0222/57 37 23, Journaldienst: Mo-Fr von 18-19.30

P.b.b. Erscheint jeden 2.Donnerstag. Preis 5,-

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs Nr.9/2.Jahrgang 28.April 1977

Weg mit der Wehrgesetznovelle!

Ende April 1976 ist die Regierung mit ihren Plänen zur Wehrgesetznovelle an die Öffentlichkeit getreten. Gegen diesen Schritt zur weiteren Aufrüstung des Bundesheeres, insbesondere gegen die zwangsweise Verpflichtung von einfachen Soldaten für die Kaderausbildung, ist es vor allem unter der arbeitenden und lernenden Jugend zu einem breiten Proteststurm gekommen.

Der 1.Mai 1976 wurde auch von den Jugendlichen in der Regierungspartei dazu genutzt, ihren Widerstand gegen den reaktionären Plan auf die Straße zu tragen. Auf allen Mai-Aufmärschen und -Kundgebungen, auf den eigenen Demonstrationen in den Wochen danach, in ihren eigenen Parteiorganisationen, bekamen seine Urheber den breiten Widerstand zu spüren: Keine Wehrgesetznovelle, keine Zwangsverpflichtung!

Dieser breite Proteststurm zwang die SP-Regierung, von ihrem Plan, die Wehrgesetznovelle noch vor dem Sommer 1976 zu beschließen, abzugehen. Sie tat es, um Zeit zu gewinnen, unter anderem, um den Widerstand in den SP-Jugendorganisationen niederzubügeln und totlaufen zu lassen. Nicht um von ihr abzugehen, sondern um weiter an ihr zu arbeiten und sie im kommenden Sommer endgültig zu beschließen.

Der reaktionäre Plan ist derselbe geblieben. Was ist heute zu tun? Manche Leute, die voriges Jahr noch vom spontanen Widerstand gegen die Wehrgesetznovelle gestoßen wurden und sich kurzfristig als Vorkämpfer dagegen aufgespielt haben, sind wenig später zu Kreuze gekrochen. Ja, sie haben sich verpflichtet, die Jugendlichen auf die Argumente zu vergattern, mit denen die Regierung gegenüber dem Widerstand gegen ihre imperialistische Militärpolitik gekommen ist: Das Bundesheer sei notwendig, weil dieser Staat notwendig sei. Die Jugend müsse auf dem Gebiet der Landesverteidigung Verantwortung mittragen usw. Im Gegensatz dazu rufen die Kommunisten alle fortschrittlichen Menschen, ob jung oder alt, dazu auf, gemeinsam den Widerstand gegen die Wehrgesetznovelle wieder aufzunehmen und zu verstärken. Allein ein solches Verhalten dient dem Kampf gegen die Reaktion, gegen die imperialistische Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie, gegen die imperialistische Kriegstreiberei insbesondere der beiden Supermächte, für ein unabhängiges und sozialistisches Österreich.

Die Wehrgesetznovelle ist nichts anderes als der vorerst letzte Schritt in einer Reihe von Maßnahmen, die auf die Aufrüstung des Bundesheeres und die verstärkte Militarisierung der Gesellschaft hinauslaufen. Wie kann da für die Arbeiterklasse und das Volk vom „gemeinsamen Interesse" und „Mitverantwortung" die Rede sein?

Es ist die Klasse der österreichischen Bourgeoisie, die heute durch die Ausbeutung der österreichischen Arbeiterklasse allen gesellschaftlichen Reichtum besitzt und die diese Verhältnisse nur aufrechterhalten kann, weil sie einen funktionierenden Unterdrückungsapparat, wovon das Bundesheer ein wesentlicher Pfeiler ist, zur Verfügung hat.

Die Politik der verschärften Aufrüstung des Bundesheeres ist die Antwort auf eine Lage, in der die Herrschaft der Bourgeoisie durch innere und äußere Entwicklungen immer mehr bedroht und verunsichert wird.

Im Inneren sind es die wachsenden Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen, die der Kapitalistenklasse eine Ge-

Fortsetzung auf Seite 4

INHALT

Reformismus und Revisionismus in der Studentenbewegung

siehe Artikel auf Seite 9

Heraus zum 1. Mai!

Am 1.Mai 1890 demonstrierten die Arbeiter gegen die Ausbeutung und die politische Unterdrückung des Volks. Sie demonstrierten gegen den Kapitalismus. Seit damals hat sich viel verändert. Eines aber, der Grundcharakter unserer Gesellschaft, hat sich nicht geändert. Nach wie vor besteht der Kapitalismus, bestehen Ausbeutung und Unterdrückung.

Gegen Kapitalismus und Imperialismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für die soziale und nationale Befreiung, werden auch heuer in aller Welt die Arbeiter und revolutionären Menschen aus allen Schichten des Volks am 1. Mai demonstrieren. Auch in Österreich ruft der Kommunistische Bund dazu auf, diesen internationalen Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse mit revolutionären Demonstrationen und Kundgebungen zu begehen und in eine neue Quelle der Kraft für die Fortführung des Klassenkampfs zu verwandeln.

Der Platz jedes klassenbewußten Arbeiters, jedes revolutionärgesinnten Menschens ist am 1. Mai in den Reihen dieser Demonstrationen und Kundgebungen! Nicht unter den Fahnen der Klassenversöhnung und der Unterordnung unter die Bourgeoisie und den Imperialismus, im Schlepptau der Parteien des Betrugs und der Fesselung und Knebelung der Arbeiterklasse, SPÖ und KPÖ, sondern unter den Fahnen der sozialistischen Revolution! Die Hauptlosungen des Kommunistischen Bundes Österreichs am 1. Mai geben Weg und Ziel des proletarischen Klassenkampfs an und fassen die am 1. Mai erhobenen Forderungen zu den aktuellen Fragen des Klassenkampfs zusammen.

Heraus zum 1. Mai unter den Losungen:

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
Vorwärts im Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!
Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

Festveranstaltungen und Maidemonstrationen des Kommunistischen Bundes Österreichs

Graz: Festveranstaltung: 30.4., 19.30, Griesplatz, Gasthaus „Fünf Lärchen"
Maidemonstration: 1.5., 11.00 h, Eisernes Tor

Innsbruck: Festveranstaltung: 29.4., 20.00 h, Konservatorium
Maidemonstration: 1.5., 10.00 h, Gumppstraße beim ehemaligen Laurin Kino

Klagenfurt/Celovec: Festveranstaltung: 30.4., 19.30 h, Volkskeller
Maidemonstration: 1.5. 11.00 h, Neuer Platz
Abschlußkundgebung: Alter Platz

Linz: Festveranstaltung: 28.4., 19.00 h, Arbeiterkammer
Maidemonstration: 1.5., 10.00 h, ÖBB-Hauptwerkstätte - Wienerstraße
Abschlußkundgebung: 10.30 h Hauptplatz

Salzburg: Festveranstaltung: 29.4., 19.00 h, Haus der Natur
Maidemonstration: 1.5., 10.45 h, Lehener Stadion
Abschlußkundgebung: Platzl

Wien: Festveranstaltung: 30.4., Gewerkschaftshaus, Wien 4., Treitlstraße 3
Maidemonstration: 1.5., 10.45 h, Goethe-Denkmal Opernring
Abschlußkundgebung: Wallensteinplatz



Am 16.4. tagte die Konferenz der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner in Tulln und beschloß unter anderem für den 12. Juni einen Sternmarsch nach Zwentendorf
Siehe Artikel zur Konferenz und den Beschluß zum Protestmarsch auf S.3

Die US-Bourgeoisie zwischen offenem Konfrontationskurs und Beschwichtigungspolitik

Die Reaktionen der US- und der anderen westlichen Bourgeoisien auf das „Scheitern" der Verhandlungen von Vance in Moskau waren und sind nach wie vor geteilt. Bekanntlich war Carter mit neuen „Abrüstungsvorschlägen" hervorgetreten und hatte von der Kremlführung ein klares „Nein" geerntet (siehe „Klassenkampf" Nr.8/77). Hatte bis dahin die Unterstützung der Vorschläge Carters und ihr Hochjubeln im Westen dominiert, machten sich ab diesem Augenblick auch die Stimmen deutlicher bemerkbar, die schon vorher vor einem „allzu offensivem Vorgehen" und „unrealistischen Vorschlägen" gewarnt hatten und die jetzt von einem „diplomatischen Fiasko" und einer „schweren diplomatischen Niederlage" Carters sprachen.

Carter hat die meisten der von dieser Seite vorgebrachten Argumente „entkräftet bzw. widerlegt" ohne von seinem neuen Kurs in irgendeinem wesentlichen Punkt wirklich abzurücken: Man hätte die Kremlführung früher informieren sollen (was laut Carter ohnehin geschehen ist), man hätte „flexibler und kompromißbereiter" sein sollen, man hätte in Kissinger-Manier bereits die Abstriche zu den Vorschlägen nach Moskau mitnehmen sollen, man hätte auf die „Menschenrechtskampagne" verzichten sollen usw. Zugleich hat Carter selbst darauf hingewiesen, daß diese Vorschläge nur eine Verhandlungsgrundlage und nicht „in Beton gegossen" seien, daß die Kremlführung jetzt Zeit zum Überlegen habe, daß man in der bereits vereinbarten zweiten Verhandlungsrunde Gromyko-Vance im Mai weitersehen werde, kurz: daß von beiden Seiten „die Tür nicht zugeschlagen sei" für weitere „Abrüstungsverhandlungen". Damit sollte die Kritik in den USA und Europa abgefangen, ihren Vertretern etwas entgegengekommen, aber auch zum Betrug der Volksmassen der „ehrliche Friedenswille" der USA dokumentiert und so der Vorstoß abgestützt werden.

Die neue US-Politik ...

Der „Abrüstungsvorstoß" der US-Regierung muß im Zusammenhang des veränderten außenpolitischen Kurses der neuen US-Regierung gesehen werden. Das verstärkte Engagement in Europa, die Ankündigung und Inangriffnahme der Entwicklung neuer Waffensysteme und die weitere Aufrüstung im allgemeinen, die „Menschenrechtskampagne" und verstärkte Infiltration in Osteuropa, auch das „Sich-Absetzen" von einigen selbst installierten faschistischen Regimes, eine neue Nahost-Mission vor einigen Wochen, die Bemühungen um die Rückgewinnung der Stützpunkte in der Türkei, die sogenannte „offenere Afrikapolitik" - das alles sind Elemente der neuen US-Außenpolitik. Diese Politik setzt mehr als bisher auf die offene Konfrontation mit der sozialimperialistischen Sowjetunion, während die Linie der Beschwichtigungspolitik gegenüber der SU an Boden verloren hat. Sie ist zugleich der Versuch, die Initiative gegenüber der UdSSR an sich zu reißen und die westlichen Imperialisten und die Völker der Welt hinter einer US-Gegenoffensive zu vergattern. Der „Abrüstungsvorstoß" im Speziellen zielte darauf ab, die Sozialimperialisten als „Abrüstungsadvokaten auszumanövrieren" (Brzezinski), umgekehrt den „Friedenswillen" der USA glaubhaft zu machen und den Gedanken zu verbreiten, daß die Welt am besten fahre, wenn die USA sich angesichts der aggressiven Haltung der SU nach dem Motto „Wenn Du den Frieden willst, bereite den Krieg vor!" verhielten. Es ist der Beitrag der Außenpolitik zur verstärkten und nachhaltig beschleunigten Kriegsvorbereitung in einer Situation, in der die „Entspannungspolitik" immer offenkundiger Schiffbruch erleidet und sich totgelaufen hat, sich immer deutlicher als Betrugsmanöver und Versuch der Übervorteilung des jeweiligen Gegners im Kampf um die Weltherrschaft und in der Vorbereitung des Krieges erweist. Zugleich verschärft sich die Aggressivität und der wahnwitzige Expansionismus des Sozialimperialismus weiter. Die Verhärtung der ideologischen, politischen und diplomatischen Konfrontation der beiden Supermächte bedeutet beschleunigte Vorbereitung der militärischen Konfrontation der beiden größten imperialistischen Räuber, sie bereitet einem neuen Weltkrieg zwischen ihnen um die Weltherrschaft den Boden und verfolgt auch diesen Zweck.

Auch die Mission von Vance in Moskau verfolgte in erster Linie diesen Zweck und nicht etwa den, in puncto „Abrüstung" etwas weiterzubringen oder bei den „Abrüstungsverhandlungen den toten Punkt zu überwinden". An letzterem gemessen wären die Vorschläge Carters tatsächlich absurd und von vornherein „zum Scheitern verurteilt" und seine Moskaureise ein Fiasko gewesen. Daran kann man sie aber nicht messen.

... und die Kritik daran ...

Genau das tun die Vertreter einer Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Sozialimperialismus in den USA und in Europa, einer Politik, deren prominentester Vertreter auf Seiten der USA der frühere Außenminister Kissinger war. Die Vertreter dieser Linie glauben, den Expansionismus des Sozialimperialismus durch Zugeständnisse eindämmen, „nach Osten ablenken" und möglichst viele Positionen des US-Imperialismus bzw. eine weitere Entfaltung der eigenen imperialistischen Politik auf Seiten der anderen imperialistischen Mächte des Westens erhalten zu können. Natürlich sind das Illusionen und führt eine solche Politik nicht zur Beschwichtigung, sondern zur Ermutigung der Raubgier des Sozialimperialismus. Trotz aller spektakulärer Initiativen und Zugeständnisse konnte diese Politik weder den Vormarsch des Sozialimperialismus, noch die zunehmende Isolierung des US-Imperialismus in der Welt aufhalten. Ein Umdenken hat unter der US-Bourgeoisie begonnen und Kissinger mußte abtreten. Immerhin konnte man nach einigen Jahren dieser Politik aber auf die Schwierigkeiten bei der „Abrüstung" hinweisen, dies der Sowjetunion anlasten und die Notwendigkeit der forcierten eigenen Kriegsvorbereitungen begründen.

... sind beide gegen die Völker gerichtet

Das eine wie das andere sind Spielarten imperialistischer Politik und müssen von der internationalen Arbeiterklasse und den Völkern grundsätzlich bekämpft werden. Diese können sich nicht in der Frage engagieren, welche Politik den Interessen des US-Imperialismus besser entspricht. Sie können nicht auf die eine Supermacht gegen die Bedrohung durch die andere setzen. Dient die eine Politik objektiv den aggressiven Bestrebungen und Kriegsvorbereitungen des Sozialimperialismus und der Einschläferung der Völker, so dient die andere der betrügerischen „Reinwaschung" des US-Imperialismus, dem Versuch, die schwächeren westlichen imperialistischen Mächte wieder stärker dem Oberkommando der amerikanischen Supermacht zu unterwerfen und die Völker auf die ihnen zugedachte Rolle als Kanonenfutter des US-Imperialismus im nahenden Weltkrieg vorzubereiten.

Natürlich hat Carter nicht eine Wendung um 180 Grad gegenüber der Ford-Kissinger-Politik vollzogen. Elemente der Beschwichtigungspolitik finden sich nicht nur bei den Kritikern, sondern auch in der Politik der US-Regierung selbst. Die eher abwartende Haltung gegenüber sowjetischen Aggression gegen Zaire ist das jüngste Beispiel. Aber auch die ganze Argumentation, warum die Vance-Mission doch keine „Niederlage" war, knüpfte an vorhandenen Entspannungsillusionen an und suchte auch sie in den Dienst der Kriegsvorbereitungen zu stellen.

Die Sowjetunion hat natürlich alles Interesse, den Anhängern einer Beschwichtigungspolitik in den USA den Rücken zu stärken. Sie hat schon Kissinger gegen Schlesinger verteidigt und in den Himmel gehoben. Heute kritisiert sie an den US-Vorschlägen gerade die „brüske Art" der Präsentierung, die geringe Kompromißbereitschaft der USA, die Übereilung und daß das US-Vorgehen eine „Revision" der bisherigen „Abrüstungsverhandlungen" wäre. Brzezinski weist auf dasselbe hin, wenn er sagt, daß die SU-Reaktion „weniger totale Ablehnung (der „Entspannungspolitik" - W.L), als mehr eine Reaktion der Überraschung und Defensive" bedeute. Für die SU ging es darum, die US-Initiative abzublocken, selbst die Initiative wiederzugewinnen, um weiterhin eine auf allen Linie offensive Politik betreiben zu können, und die Zwietracht in die Reihen der US-Bourgeoisie zu verstärken. Deshalb das Fehlen jeder „Verhandlungsbereitschaft" von ihrer Seite bezüglich der Carter-Vorschläge.

Nach wie vor ist das Gegenstück zur verschärften Rivalität und Konfrontation der beiden Supermächte ihre zeitweilige und relative Kollaboration, ihre reaktionäre Zusammenarbeit gegen die Völker und die Revolution. Diese Kollaboration steht nicht in Widerspruch zu ihrem Ringen um die Weltherrschaft und zu ihren wahnwitzigen Kriegsvorbereitungen, sondern ist ein Bestandteil davon. Einige Beschwichtigungspolitiker sehen in dieser Kollaboration eine Bestätigung für ihre Politik, so etwa, wenn kürzlich ein US-Politiker mit Verweis auf die nach wie vor bestehende gemeinsame Ausbeutung der Erdölvorkommen in Cabinda/Angola durch US-Monopole und die neuen russischen Kolonialherren die Auffassung vertrat, „daß man sich nicht zu sehr vor den Kommunisten fürchten brauche". Für die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt stellen verschärfte Konfrontation wie auch die zeitweilige Kollaboration der beiden größten imperialistischen Räuber und Völkermörder jedoch nur die Bestätigung für die Tatsache dar, daß sie ihren revolutionären Kampf auf der ganzen Welt verstärken, den Kriegstreibern in den Arm fallen und im Frieden wie im Krieg an ihrem Ziel der vollständigen sozialen und nationalen Befreiung, am Kampf um eine Welt ohne Imperialismus, Ausbeutung und Unterdrückung festhalten müssen.

W.L.

Sofortige Aufhebung der Anklage gegen die Angehörigen der slowenischen Volksgruppe!

Am 21.4. hat der leitende Staatsanwalt von Klagenfurt/Celovec eine unmittelbar bevorstehende Prozeßwelle gegen Angehörige der slowenischen Minderheit in Kärnten angekündigt. Bei den Angeklagten handelt es sich ausschließlich um kärntner Slowenen, die im Kampf um die Rechte der Minderheiten die Gesetze übertreten haben, mit denen der Staat gerade jeden selbständigen Kampf der Volksmassen um ihre Rechte verhindern will.

Acht Menschen sollen wegen des Malens von Losungen auf Hauswände etc. verurteilt werden, vier Jugendlichen droht für die Verhinderung der Minderheitenfeststellung im Ort Zell Pfarre/Sele bis zu drei Jahren Kerker.

So will sich der bürgerliche Staat an der sich ausbreitenden Bewegung für die Rechte der Minderheiten für seine Niederlage vom 14. November rächen und gleichzeitig ihnen gegenüber einen Akt der Einschüchterung setzen.

Richtig stellt dazu in einer Erklärung der Rat der Kärntner Slowenen fest: „Mit der Konzentrierung von Prozessen gegen Slowenen, sollte bei diesen offenbar das Gefühl erweckt werden, daß sie sich nur dann sicher fühlen können, wenn sie resignieren und aufhören, um die Erreichung der Gleichberechtigung zu kämpfen...."

Weiters stellt der Rat der Kärntner Slowenen fest, daß er solidarisch hinter den Angeklagten steht und erinnert an seine seinerzeitige Erklärung, „jenen Personen, welche in Zell Pfarre/Sele die Minderheitenfeststellung wirkungsvoll verhinderten, jede moralische, rechtliche und publizistische Unterstützung zu geben."

„Wir werden alles unternehmen, damit sich die Rolle der heute geschmähten slowenischen Angeklagten wandeln wird, damit sie zu Anklägern werden, gegen die jahrzehntelang vorenthaltene Gleichberechtigung!", schließt die Erklärung des Rates.

Wir Kommunisten unterstützen dies voll und fordern gemeinsam mit allen demokratischen Menschen: „Sofortige Zurücknahme der Anklage gegen die Angehörigen der slowenischen Volksgruppe!"

ÖGJ-Bezirk Linz bereitet 1. Mai vor

Linz. Die Gewerkschaftsjugend des Bezirkes Linz beschloß, am 1.Mai zum ersten mal geeint, als Massenorganisation der Arbeiterjugend von Linz zum Kampftag der Arbeiterklasse, zu einem Aktionstag am 30.April und zu einer Maiveranstaltung am 1.Mai im Gewerkschaftsheim aufzurufen. Heuer gelang es endlich, den Fraktionshader beiseite zu schieben und geeint um die Forderungen der werktätigen Jugend Aktionen zum 1.Mai zustandezubringen. Zur Mobilisierung wurde ein Vorschlag für eine Maizeitung erstellt. Hierbei wurde auf die lange Tradition des 1.Mai als Kampftag der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte hingewiesen. Als erster Schwerpunkt wurde der Kampf um eine Lehrlingsausbildung im Interesse des Volkes gestellt. Unter anderem nimmt die Forderung nach einer Ausbildung, die theoretisch wie praktisch alle Hauptzweige der Produktion umfaßt, eine zentrale Stellung ein.

Als zweite wichtige Frage wurde der Kampf gegen die Wehrgesetznovelle behandelt. Hierbei wurde auf die lange Tradition des Kampfes der Jugend gegen Krieg und Militarismus hingewiesen. Die Erfahrungen und Erfolge in der Abwehr der reaktionären Militärpolitik des Staates wurden gezeigt und Forderungen aufgestellt: Weg mit der Wehrgesetznovelle! Keinen Schilling und keinen Mann fürs Bundesheer!

Zu Redaktionsschluß haben wir erfahren, daß die Landesexekutive der ÖGJ die Beschlüsse des Linzer Bezirkes ablehnt. Nun wird es an den Aktivitäten der ÖGJ-Mitglieder selbst liegen, ob sie ihre richtigen Beschlüsse für einen klassenkämpferischen 1. Mai gegen die bürgerliche Gewerkschaftsführung durchsetzen können.

-Red-

Konferenz der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner beschließt Aufmarsch in Zwentendorf

Im niederösterreichischen Tulln, ein paar Kilometer vom ersten und fast fertiggestellten Atomkraftwerk Zwentendorf entfernt, trafen sich am 16.April über 50 Delegierte aus verschiedensten Teilen Österreichs, um über die nächsten Schritte im Kampf gegen das gebaute und weitere geplante Atomkraftwerke und Atommülllagerplätze zu beraten und zu beschließen. Auf der Konferenz der Initiative Österreichische Atomkraftwerksgegner (IÖAG) waren Teilnehmer und Delegierte aus folgenden Städten und Orten anwesend: Tulln, Zwettl, Lengenfeld, Korneuburg, Klosterneuburg, Wien, Linz, Enns, Salzburg, Kufstein, Innsbruck, Imst, Klagenfurt, Graz, Gleisdorf und - selbst nicht anwesend, aber mit schriftlichem Auftrag an andere - Vorarlberger Aktivisten.

Nach dem Aktionstag am 24.März, wo es Demonstrationen in fast allen Landeshauptstädten mit insgesamt über 4.500 Teilnehmern gab, war die Konferenz notwendig, um die nächsten Kampfaufgaben einheitlich festzulegen. Das ist auch geschehen.

Die Versuche von Regierung und Kapitalistenklasse zur Spaltung und Zersetzung der Bewegung von innen und außen haben nichts gefruchtet. Im Gegenteil: Nahezu einstimmig wurde auf der Grundlage entsprechender Beschlüsse in den einzelnen Gruppen und nach harten Debatten auf der Konferenz beschlossen: Sternfahrt nach und zentraler Protestmarsch in Zwentendorf am 11. und 12.Juni. Geschlossenes Fernbleiben von den weiteren Regierungsveranstaltungen, die geheim, ohne Politiker und womöglich während der Aufnahme des Probebetriebes in Zwentendorf stattfinden sollen. Einrichtung eines Koordinationsausschusses, der die IÖAG insgesamt vertritt, der die Beschlüsse der Tullner Konferenz ausführt und bei dem alle Fäden der Bewegung zusammenlaufen.

Jetzt müssen die Ergebnisse der Konferenz breit bekanntgemacht werden, sie müssen zum Willen der Massen werden, dann werden sie auch Massen in Bewegung setzen.

Worum geht es beim zentralen Protestmarsch nach Zwentendorf am 12. Juni?

Es geht darum, einen Schritt weiter zu kommen bei der Mobilisierung im ganzen Land, bei der aktiven und organisierten Einbeziehung der unmittelbar betroffenen Bevölkerung und bei der Gewinnung der Arbeiterklasse für diesen Kampf. Es soll ein Schritt vorwärts sein, um den Ansturm der Massen auf das Atomkraftwerksbauprogramm und die imperialistische Energiepolitik allseitig vorzubereiten.

Es geht am 12.Juni darum, an Ort und Stelle eine machtvolle Demonstration gegen die für nächste Zukunft angekündigte probeweise Inbetriebnahme des Werkes durchzuführen. Es soll ein zentraler Aufmarsch in Form einer Sternfahrt sein, das heißt Vorarlberger Aktivisten werden sich genauso beteiligen wie solche aus Wien.

Es soll ein Aufmarsch in Zwentendorf sein, um die unmittelbar betroffene werktätige Bevölkerung des Tullnerfeldes weiter zusammenzuschließen, ihr Mut zu geben, und unter besonders schwierigen Bedingungen der Irreführung, der Hetze und des Drucks in dieser Gegend den selbständigen Kampf der Massen zu fördern. Es soll ein Aufmarsch an Ort und Stelle sein, um der Regierung und den am Zwentendorfer Werk beteiligten Kapitalisten zu zeigen, daß die Bewegung sich nicht länger mit Versprechungen und Ablenkungsmanövern vertrösten und täuschen läßt, daß sie entschlossen ist, die Forderung „Kein Atomkraftwerk in Zwentendorf!" durch beharrlichen Kampf durchzusetzen.

Es soll dieser Aufmarsch schon bei der Anreise und am Sonntagvormittag dazu genutzt werden, um die Bevölkerung der Umgebung intensiver anzusprechen und einzubeziehen, insbesondere auch im Waldviertel und in der Gegend von St.Pantaleon.

Es soll am Samstag neben vielen kleineren Aktivitäten eine Großveranstaltung mit verschiedenen kulturellen Beiträgen und Berichten über den gemeinsamen Kampf stattfinden und insbesondere auch Anziehungspunkt für die Bevölkerung des näheren Umkreises sein.

Wenn hier die Linie quer durch die politischen Parteien gehe, und deshalb könnte man zu dem Schluß gelangen, daß es sich hier weniger um eine politische, als vielmehr um eine Gewissensfrage handelt" (Regierungserklärung Kreiskys vom November 1975).

Freilich, wenn das Atomkraftwerk schon fertig ist und im Herbst bereits laufen soll, wenn die Entscheidung schon vor Jahren und ganz woanders als im Parlament gefallen ist, da können die Herren Volksvertreter wohl nur mehr ihrem Gewissen und bestimmten Geldquellen, nicht aber dem Volk Rechenschaft legen, so regelt es ja auch die Verfassung und so ist es nicht nur bei den Atomkraftwerken. Die Vorbereitung der „demokratischen Grundsatzentscheidung" in der parlamentarischen Quatschbude durch eine Serie von Regierungsveranstaltungen hat jedenfalls nur zu eindrucksvollen Manifestationen der Atomkraftwerksgegner geführt. Eine Fortsetzung der Veranstaltungsserie hinter verschlossenen Türen - und das ist der nächste wichtige Beschluß der Tullner IÖAG-Konferenz - wird nun von allen Gruppen so gut wie einmütig abgelehnt. Wie ein Vertreter des Arbeitskreises Atomenergie Wien auf der Konferenz berichtete, ist es wahrscheinlich, daß die Regierung angesichts dieses Fernbleibens in Bälde mit ihren Seminaren überhaupt einpackt. Der einzig wahrheitsgetreue Bericht an das Parlament könnte nun wohl nur mehr das Eingeständnis einer vollen Pleite sein.

Beschlüsse der IÖAG zu einer Sternfahrt nach Zwentendorf

Im Tullnerfeld und im Waldviertel, in St.Pantaleon und in Bogenhofen sowie in Vorarlberg und in ganz Österreich wächst der Widerstand gegen Atomkraftwerke. Immer mehr Menschen wollen nicht zulassen, daß ihre Gesundheit und ihre Existenz für die Vorteile der am Atomgeschäft Beteiligten aufs Spiel gesetzt werden. Das hat sich am Aktionstag der IÖAG am 24.3.1977 deutlich gezeigt.

Dennoch läßt die Regierung am Atomkraftwerk Zwentendorf unvermindert weiterbauen. Die volle Inbetriebnahme ist für März 1978 geplant. Schon diesen Sommer aber werden die Brennstäbe eingesetzt, kurz darauf erfolgt der Teillastbetrieb.

Es ging also schon bei der sogenannten Aufklärungskampagne über AKWe der Regierung nicht mehr darum, über den Bau von AKWen in Österreich zu entscheiden, sondern die schon längst getroffenen Entscheidungen sollten der Bevölkerung nachträglich schmackhaft gemacht werden. Während das Parlament im Herbst 1977 angeblich über die Einführung der Energiegewinnung aus Atomkernspaltung entscheiden soll, werden schon vor dem Sommer die Kernbrennstoffe in Zwentendorf erwartet. Der Probebetrieb steht also unmittelbar bevor. Während die Regierung weiter von „sachlichen Diskussionen" redet, bereitet sie sich darauf vor, ihr Atomkraftwerksprogramm mit Gewalt durchzusetzen. In Zwentendorf üben bereits Polizei und Bundesheer den Einsatz gegen AKW-Gegner. Während die Regierung von „demokratischer Willensbildung" redet, läßt sie AKW-Gegner von der Polizei überwachen und gerichtlich verfolgen.

In dieser Situation müssen wir uns auf unsere eigenen Kräfte verlassen, Umsicht bewahren und konsequent unser Ziel verfolgen, nämlich die Inbetriebnahme des AKWs Zwentendorf zu verhindern. Wir dürfen nicht auf die Manöver der Regierung hereinfallen - heute gilt es umso zielstrebiger den Widerstand gegen AKWe auszubauen und organisiert zusammenzufassen. Das ist besonders in den direkt betroffenen Gebieten von entscheidender Bedeutung. Weiters ist es notwendig, den Widerstand aus ganz Österreich am Brennpunkt des Geschehens zu sammeln.

Deshalb beschließt die IÖAG auf der Konferenz in Tulln am 16.4.1977 für den 11./12.Juni 77 zu einer Sternfahrt zum AKW Zwentendorf aufzurufen. Dazu rufen wir alle Österreicher im gesamten Bundesgebiet, insbesondere die Bevölkerung des Tullnerfeldes, sowie alle Organisationen, die sich gegen AKWe ausgesprochen haben auf, sich aktiv sowohl an der Vorbereitung als auch an der Durchführung der Demonstration zu beteiligen.

Die Demonstration soll auch ein kulturelles und informatives Rahmenprogramm erhalten; eine Besetzung des Baugeländes steht heute nicht auf der Tagesordnung und ist daher auch nicht geplant.

KEINE INBETRIEBNAHME DES ATOMKRAFTWERKES ZWENTENDORF:
KEIN NULLAST-, TEILLAST-, PROBE- ODER VOLLASTBETRIEB!
KEIN ATOMKRAFTWERK IN ST.PANTALEON, BOGENHOFEN ODER ANDERSWO IN ÖSTERREICH!
KEIN ATOMKRAFTWERK AN ÖSTERREICHS GRENZEN, WIE Z.B.RÜTHI!
KEINE ATOMMÜLLAGERUNG IM WALDVIERTEL, IN TIROL ODER ANDERSWO IN ÖSTERREICH!
(Mit einer Gegenstimme vom Delegierten aus Klosterneuburg angenommen)

Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner, Postfach 138, 1070 Wien

Regierungsveranstaltungen sind pleite - die „demokratische" Entscheidung im Parlament ist schon im voraus bloßgestellt

Als das österreichische Volk in wachsendem Maß den Bau von Atomkraftwerken unter den heutigen Produktionsverhältnissen abzulehnen begann, griff die Regierung auf die „Demokratie" zurück: „Die letzte Entscheidung aber kann in einer demokratischen Republik niemand jener Institution abnehmen, die auch in anderen Ländern dazu berufen ist, die Volksmeinung zu repräsentieren und Beschlüsse, die für das Vorgehen der Regierung maßgebend sind, zu fassen. Es wäre durchaus verständlich, wenn hier die Linie quer durch die politischen Parteien gehe ..." (see above)

Die Bewegung entwickelt sich im heftigen Kampf gegen Versuche zu ihrer Zersetzung und Spaltung

Was dem Gegner durch Druck von außen nicht gelingt, das versucht er durch Zersetzung und Spaltung von innen zu erreichen. So waren auf der Konferenz aus drei Städten Delegationen anwesend, die entweder überhaupt verschiedene zerstrittene Gruppen aus einer Stadt repräsentierten oder verschiedene Flügel innerhalb von Komitees.

Das Ergebnis der Konferenz aber war nicht Spaltung, sondern Einheit und bessere Voraussetzungen zur praktischen Herstellung derselben an allen Orten. Der Ausgang der Tullner Konferenz läßt sich am kürzesten wohl so charakterisieren: Es wurde hart gekämpft, und es gab große Erfolge.

Das zeigt sich an den einmütigen Hauptbeschlüssen für die Demonstration am 12.-Juni und gegen die Regierungsveranstaltungen, das zeigt sich auch an der Wahl eines 6-köpfigen Koordinationsausschusses der IÖAG, welcher insbesondere die Ausführung der Beschlüsse und die Zusammenfassung und Vereinheitlichung der Bewegung in ganz Österreich zur Aufgabe hat.

Seit dem erfolgreichen Aktionstag ist die Bourgeoisie zunehmend hektischer bemüht, ihre Pläne den Massen noch irgendwie schmackhaft zu machen, den Atomkraftwerksbau als unausweichlich hinzustellen und sich gleichzeitig ernsthaft für eine gewaltsame Verteidigung ihres Objekts in Zwentendorf zu rüsten.

Seien es die Drohungen der Elektrizitätskonzerne, seien es die Meldungen des Gesundheitsministeriums, daß Allensteig als Atommüllplatz doch am besten geeignet sei, seien es die Artikelserien in „Kronenzeitung" und „Kurier", sei es ein Seminar der ÖVP, nach dem sich Taus für einen Aufschub der Inbetriebnahme Zwentendorfs stark macht, oder sei es ein Artikel in der Mai-„Solidarität", nachdem jahrelang praktisch nichts zu der Frage in dieser Gewerkschaftszeitung zu lesen war. Warum all das?

Eben weil der Widerstand unter den breiten Massen groß ist und wächst. Eines steht fest: Die Bewegung wird sich weiterhin gut entwickeln, wenn die guten Ansätze zur Einbeziehung der unmittelbar betroffenen werktätigen Bevölkerung mit vervielfachter Energie weiterentwickelt werden, wir den Gegner in keiner Situation taktisch geringschätzen, und wenn die Arbeiterklasse zur führenden Kraft in der Bewegung wird. Bisher ist sie es weder politisch noch durch ihre direkte Beteiligung. Hier muß die Bewegung in der Vorbereitung des 12.Juni deutlich weiterkommen, und es sollte nicht so weit kommen, daß beispielsweise die Gewerkschaftsführung sich so unverblümt und ausdrücklich wie kürzlich in Westdeutschland für Atomkraftwerke als angebliche Arbeitsplatzsicherung aussprechen kann. Leserbriefe an die „Solidarität" z.B., in denen man den Artikel einer gewissen Elisabeth Preiner nicht unwidersprochen hinnimmt und gleichzeitig auf die Demonstration in Zwentendorf hinweist, sind zwar kleine, aber nicht unnötige Beiträge. Außerdem kann man über den „Solidaritäts"-Artikel und eingesandte Leserbriefe Diskussionen herbeiführen, am Schwarzen Brett oder im Gasthaus, und man kann den „Klassenkampf" hinzuziehen und wird ganz sicher bei jedem Gespräch über die

Fortsetzung auf Seite 4

In immer mehr Gemeinden

Arbeiter und Bauern gemeinsam gegen AKW

Daß die Bewegung gegen Atomkraftwerke sich in den ländlichen Gebieten ausweitet, vor allem in den direkt betroffenen, ist eine der Bedingungen, die ausschlaggebend für die weitere Entwicklung sind. In den letzten Wochen konnten dabei gewisse Fortschritte gemacht werden. Im

Waldviertel

bildete sich am 25.3. in Horn der erste organisierte Zusammenschluß von AKW-Gegnern: „Arbeitskreis gegen Atommüll-Waldviertel". Beim ersten Treffen der AKW-Gegner im Schluß Rosenau bei Zwettl (20 Anwesende aus dem Waldviertel), wurde beschlossen, in Horn, Waidhofen/Th., Zwettl, Weitra und Gmünd Ortsgruppen einzurichten.

Am 17.4. veranstaltete die OG Horn einen ersten Diavortrag mit anschließender Diskussion in Pernegg (nördlich von Horn). Es zeigte sich unter den 40 anwesenden Personen (hauptsächlich Bauern und Bäuerinnen sowie mehrere Jugendliche) reges Interesse und Bereitschaft zur organisierten Arbeit. Am 12. Mai findet in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Drosendorf und dem Arbeitskreis Atomenergie Wien in Drosendorf/Th. eine erste größere Veranstaltung statt. Für den 13. Mai ist in Ludweis (Bezirk Waidhofen/Th.) eine weitere Veranstaltung geplant.

(Kontaktadresse R. Wistrcil, Ferd. Kurzgasse 21, 3580 Horn).

Auch in

Tirol

dringt die Bewegung immer mehr in kleinere Gemeinden vor. In KÖSSEN/Tirol - eine Gemeinde mit 2.700 Einwohnern - wurden innerhalb von 3 Tagen 50 Broschüren der IÖAG verkauft, 250 Unterschriften gesammelt, darunter auch die vom Bürgermeister. Informationsbroschüren der IÖAG und Unterschriftenlisten liegen in mehr als 10 verschiedenen Lokalen und Geschäften auf.

In LANDECK nahmen an der Diskussionsveranstaltung der Bürgerinitiative (BI) gegen AKW in Tirol 50 Menschen teil. Nach der Veranstaltung besprachen in einem Gasthaus 12 Landecker die Möglichkeit des Aufbaus einer Initiative auf der Grundlage der Forderungen der IÖAG. in KUFSTEIN

wurde an einem Fest der „Wühlmäuse" von der Bürgerinitiative ein Flugblatt verteilt, in dem enthüllt wird, daß trotz Leugnen verschiedener Tiroler Landespolitiker, in Rosenheim/BRD nahe Kufstein ein AKW gebaut wird. Die Bürgerinitiative fordert: „Kein AKW an Österreichs Grenzen!"

Die Arbeit der Bürgerinitiative Innsbruck zeigt die Breite, die die Bewegung schon gewonnen hat. So konnte im Fußballverein Wacker Innsbruck eine erfolgreiche Unterschriftensammlung gegen AKW'e durchgeführt werden. 11 Spieler, darunter die Nationalspieler Konzilia, Stering, Pezzei, Welzl, Gombasch, Eigenstiller, Oberacher sowie der Trainer von Sturm Graz, Schlechter, unterschrieben.

In

Oberösterreich

führte die BIAG Linz-Enns in Gmunden und Vorchdorf Veranstaltungen gegen AKW'e durch. Auf den gutbesuchten Veranstaltungen (150 in Gmunden, ca. 40 in Vorchdorf) wurde eine Resolution gegen die Inbetriebnahme und den Bau von AKW'en auf der Linie der IÖAG gefaßt.

Einige Vorchdorfer beschlossen, noch vor dem 1. Mai einen Arbeitskreis zu gründen.

Konferenz der IÖAG beschließt Sternmarsch

Fortsetzung von Seite 3

Atomkraftwerke hinaus auf die Grundlage und Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus zu reden kommen, auf die Auswirkungen des Imperialismus für die Völker und die Weltlage. Nur in diesem Licht kann Klarheit über die sogenannte Energiekrise, ihre Wurzeln und Folgen und über den beschleunigten Bau von Atomkraftwerken geschaffen werden.

Ein gerechter Kampf kann nicht totgeschwiegen werden

Die Teilnehmer und Delegierten der Konferenz waren es, die die Ergebnisse der Tullner Konferenz mündlich schon tags darauf in über 15 Städte und Dörfer getragen haben. Und es werden Flugblätter folgen, es werden Plakate von unzähligen Wänden die Beschlüsse verkünden, und es wird noch viel vehementer als vor dem Aktionstag darum gerungen werden, daß der Aufruf zur Demonstration am 12. Juni in Zwentendorf von Schulklassen, Arbeitskollegen, anderen Versammlungen und Interessensvertretungen massenhaft unterstützt wird.

J.R.

Weg mit der Wehrgesetznovelle

Fortsetzung von Seite 1

fahr für ihre Herrschaft anzeigen. Die weltpolitische Situation ist vor allem gekennzeichnet durch den stürmisch voranschreitenden Kampf der unterdrückten Völker gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus, sowie durch die wachsende Rivalität der Imperialisten untereinander, insbesondere der beiden Supermächte. Die sich verschärfende Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft, die Europa zum Schwerpunkt hat und auf einen Weltkrieg zutreibt, zwingt auch die österreichische Bourgeoisie zu reagieren, um ihre imperialistischen Interessen zu wahren. Während sie einerseits aktiv den Entspannungsschwindel unterstützt, bereitet sie sich gleichzeitig auf den Weltkrieg an der Seite der USA und der NATO vor.

Mitverantwortung für diesen Staat und das Bundesheer übernehmen, heißt also auch: Mitverantwortung für die Vorbereitung des imperialistischen Krieges übernehmen!

Am 1. Mai, dem Tag an dem die Arbeiterklasse ihre Feindschaft gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung auf die Straße trägt und der ein Kampftag der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie und ihren Staat ist, an diesem Tag muß die Losung „Weg mit der Wehrgesetznovelle" heuer wiederum einen wichtigen Platz einnehmen.

Von diesem Gedanken hat sich auch die ÖGJ des Bezirkes Linz leiten lassen, die ungeachtet der politischen Differenzen einzelner Fraktionen untereinander einheitlich beschlossen hat, am 1. Mai über ihren gewerkschaftliche Tätigkeit hinaus den Kampf gegen die Wehrgesetznovelle unter den Losungen „Weg mit der Wehrgesetznovelle!", „Keinen Schilling und keinen Mann fürs Bundesheer" in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten zu stellen. Propagieren wir am 1. Mai das glänzende Beispiel der ÖGJ-Linz! Gewinnen wir möglichst viele Menschen und Organisationen für ähnliche Kampfschritte! Nutzen wir den 1. Mai für erste Schritte im Aufbau einer Kampffront gegen die Wehrgesetznovelle! Weg mit der Wehrgesetznovelle! Nieder mit der imperialistischen Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie! Kampf der Kriegstreiberei der beiden Supermächte! Für ein unabhängiges, sozialistisches Österreich!

W.R.

Die Wehrgesetzn

Für den Kampf gegen die Wehrgesetznovelle ist die Kenntnis der Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie von großer Bedeutung. Das ist klar geworden, seit die SP-Führung versucht hat, die Parteijugend und über diese die ganze Arbeiterklasse im Sinne der „geistigen Landesverteidigung" auf der Linie der Bejahung des imperialistischen Staatsapparates, der Bejahung der imperialistischen Heeresreform und der ganzen imperialistischen Militärpolitik zu vergattern.

Reformen auf dem Gebiet der Wehrpolitik unterscheiden sich von anderen Reformen vor allem dadurch, daß sie unmittelbar in die Organisation, die Aufgaben und den Aufbau des für die Aufrechterhaltung der politischen Macht der Bourgeoisie entscheidendsten Teil des Gewaltapparates, der Armee eingreifen. Deshalb entspringen solche Reformen auch niemals allein dem Hirn eines besonders reaktionären Ministers, die Bourgeoisie überläßt sie auch nicht der tagespolitischen Entscheidung einer einzigen ihrer Parteien. Wehrpolitische Fragen wurden und werden im Parlament „einvernehmlich" entschieden. Wie in keiner anderen Frage steht hier der Arbeiterklasse die einheitliche Front des bürgerlichen Parteiensystems gegenüber.

Die Kriegsgefahr wächst

Die jetzige Wehrgesetznovelle muß im Zusammenhang mit der Entwicklung der militärpolitischen Konzeption der österreichischen Bourgeoisie in den letzten Jahren betrachtet werden. Sie ist das vorläufig letzte Glied in einer Reihe von gesetzlichen Maßnahmen, die der sich ändernden politischen Lage auf der Welt und in Österreich auf militärischem Gebiet Rechnung tragen. Die endgültige Durchsetzung des Revisionismus in der KPdSU hat in den sechziger Jahren die Sowjetunion aus einem sozialistischen Land der Diktatur des Proletariats in ein kapitalistisches und imperialistisches Land unter der faschistischen Diktatur einer bürokratischen staatsmonopolistischen Bourgeoisie verwandelt. Die Sowjetunion ist zu einer sozialimperialistischen Supermacht geworden, die mit der anderen Supermacht, den USA auf der ganzen Welt um die Weltherrschaft ringt. Dieses Ringen treibt zwangsläufig auf einen neuen Weltkrieg zu. Die Sowjetunion ist im Vergleich mit der anderen Supermacht ökonomisch schwach und trachtet daher danach mit militärischen Mitteln die Verfügung über die gewaltigen sachlichen und menschlichen Produktivkräfte Europas zu erlangen, als Sprungbrett für die Errichtung der Weltherrschaft. Die Supermächte planen, Europa in einen Kriegsschauplatz zu verwandeln. Hier haben sie in den letzten Jahren die meisten Truppen massiert und hier stehen sich die beiden Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt direkt gegenüber. Die Sowjetunion kann Europa nicht ökonomisch erobern. Sie ist selber bei den westlichen imperialistischen Mächten, bei der Supermacht USA bis über beide Ohren verschuldet. Erobern kann sie Europa nur durch Krieg. Erobern, das heißt angreifen.

Westeuropa ist gegenwärtig Einflußgebiet der USA. Die USA beherrschen das westliche Bündnis. Aber die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in den imperialistischen Ländern hat neue Widersprüche im westlichen Bündnis hervorgebracht. Gegenwärtig verschärfen sich besonders die Widersprüche zwischen den USA- und BRD-Imperialisten.

Der BRD-Imperialismus hat durch seinen Vorsprung in der Ausbeutung der Arbeiterklasse im Vergleich zu den westeuropäischen Konkurrenten, durch beschleunigte Konzentration und Zentralisation des Kapitals und durch seine Exportoffensive in die ganze Welt seine Stellung innerhalb der EG gestärkt und ist dabei, die Führung zu erobern. Der BRD-Imperialismus kann zwar nach wie vor der Supermacht USA nicht das Wasser reichen, aber er ist in der Lage, bereits eigene Wege zu gehen und an bestimmten Punkten die Konkurrenz auf dem Weltmarkt auszutragen. Das zeigt u.a. die Auseinandersetzung mit den USA in der Frage der Lieferung von Kernkraftwerken nach Brasilien, das zeigen die Auseinandersetzungen um den neuen Kampfpanzer der NATO, wo es darum geht, ob vom westdeutschen Modell Leopard II oder dem amerikanischen XM die wesentlichen Teile beim neuen NATO-Panzer verwendet werden.

Gegenwärtig ist der USA-Imperialismus dabei, unter seinem neuen Präsidenten Carter eine Gegenoffensive gegen den russischen Sozialimperialismus einzuleiten. Dazu muß er im westlichen Bündnis erneut seine unbedingte Führung durchsetzen und eine Kriegskoalition schmieden. Dabei spielen die USA voll die wirtschaftliche Stärke der Supermacht aus, versuchen sie die Konkurrenten zurechtzustutzen und militärisch durch gemeinsame Aufrüstung und Kriegsvorbereitung unter dem bestimmenden Oberkommando der US-Staatsmacht reinen Tisch zu machen.

Die internationale Stellung Österreichs

In einer Zeit, in der die Widersprüche zwischen den imperialistischen Supermächten die Kriegsgefahr in Europa rasch anwachsen läßt, wird auch der Spielraum in militärischen Fragen für ein kleines imperialistisches Land wie Österreich, das noch dazu an der direkten Frontlinie zwischen den beiden Militärblöcken der Supermächte und zwischen den beiden NATO-Staaten BRD und Italien liegt, immer enger. Das imperialistische Österreich ist durch enge wirtschaftliche politische und militärische Beziehungen an die USA und andere imperialistische Länder des Westens, vor allem die BRD, gebunden. Die österreichische Monopolbourgeoisie versucht selbständig und im Gefolge dieser anderen imperialistischen Länder ihre Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagesphären zu erweitern.

Die Neutralität Österreichs - Ergebnis der revolutionären Außenpolitik der damals noch sozialistischen Sowjetunion sowie des Kampfs der österreichischen Arbeiterklasse und gegen den Willen des aggressiven NATO-Blocks 1955 der österreichischen Bourgeoisie aufgezwungen - nutzt heute die herrschende Klasse für die Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen. Sie schafft ihr einen, gemessen an ihrem ökonomischen Gewicht, relativ größeren politischen Spielraum, den sie zur Absicherung ihres ökonomischen Eindringens in die Länder der Dritten Welt und der Ausweitung des Handels mit und des Kapitalexports in den Ländern des RGW zu nützen sucht. Österreich ist heute eines der imperialistischen Länder Westeuropas mit den größten Exportsteigerungsraten in die Länder des Nahen und Mittleren Ostens sowie der verhältnismäßig umfangreichen Kooperation mit osteuropäischen Staatsmonopolunternehmen.

Die Tatsache, daß Österreich bis 1955 von ausländischen Mächten besetzt war, daß der Wiederaufbau des österreichischen Kapitalismus dank der „Marshall-Plan Hilfe" vor allem den westlichen Monopolkapital enorme Extraprofite brachte, daß ein sehr großer Teil der von der österreichischen Arbeiterklasse geschaffenen Werte als Tribut in die Taschen vor allem des amerikanischen und westdeutschen Finanzkapitals floß - diese Bedingungen haben dazu geführt, daß die österreichische Monopolbourgeoisie erst anfang der siebziger Jahre durch eine ungeheure Steigerung der Aus-

ovelle ist Teil der imperialistischen Militärpolitik!

beutung genügend Kapital akkumuliert und zentralisiert hatte, um selbständige imperialistische Aktivitäten entwickeln zu können. Andererseits haben diese Bedingungen auch dazu geführt, daß sich erst Mitte der sechziger Jahre Elemente einer selbständigen Spielart österreichischer Militärpolitik herauszubilden begannen.

Die Entwicklung der österreichischen Militärpolitik

Das Bundesheer, aufgebaut 1955 und vorwiegend mit NATO-Geräten ausgerüstet, spielte trotz der offiziellen Neutralität von Anbeginn an die Rolle eines verlängerten Arms der bewaffneten NATO-Konterrevolution gegen die sozialistischen Länder Osteuropas und gegen die österreichische Arbeiterklasse. Die Herausbildung des österreichischen Imperialismus und die Änderung der Weltlage durch den Machtantritt der Bourgeoisie in der Sowjetunion und einer Reihe von europäischen Volksdemokratien gingen zeitlich Hand in Hand.

Die Ministerratsbeschlüsse von 1963 und 1965 dehnten erstmals die Aufgaben der Landesverteidigung auf den zivilen, wirtschaftlichen und geistigen Bereich zu einer „umfassenden Landesverteidigung" aus und führten zu einem neuen, heute noch gültigen, abgestuften Bedrohungsbild (Krisenfall, Neutralitätsfall und Verteidigungsfall). Die große Bundesheerreform 1971 brachte die Schaffung der Bereitschaftstruppe, einer hochmechanisierten Truppe von Berufssoldaten, und der mobilen und territorialen Landwehr, einer Kadermiliz, die im Mobilmachungsfall rasch mit Reservisten aufgefüllt werden kann, deren Ausbildungsstand durch regelmäßige Waffenübungen relativ hoch ist.

„Raumverteidigung"

Kernstück des neuen Verteidigungskonzeptes der „Raumverteidigung" ist die Aufgabe des Ziels, das gesamte Staatsgebiet militärisch zu verteidigen. Stattdessen soll sich der militärische Abwehrkampf gegen einen sozialimperialistischen Angriff aus dem Osten auf die Verteidigung eines „Zentralraumes" in den Alpen und das Halten von „Schlüsselstellungen", die den Truppen des Warschauer Pakts den Zugang nach Bayern und Oberitalien verwehren sollen, beschränken.

Die Bereitschaftstruppe hat diesem Konzept zufolge die Aufgabe, im „Verteidigungsfall" die Evakuierung der Regierung und der zentralen Verwaltungsstellen des österreichischen Staates in vorbereitete verbunkerte Anlagen im Ausseer Land durchzuführen, um im „Zentralraum" die „Eigenstaatlichkeit Österreichs" aufrechtzuerhalten. Ferner soll die Bereitschaftstruppe die hochmechanisierten und technisch komplizierten Waffensysteme wie Panzer, Jagdpanzer, Raketen und Flugzeuge zur Verstärkung der Verteidigung der „Schlüsselzonen" bedienen und darüber hinaus sollen noch Spezialeinheiten der Bereitschaftstruppe, die „Jagdkommandos", den Kleinkrieg in dem den sozialimperialistischen Besatzern überlassenen Teil Österreichs führen, um starke Kräfte des Aggressors zu binden.

Die Masse der Wehrpflichtigen soll in der Landwehr kämpfen. Sie dient als Kanonenfutter. Sowohl gegenüber der ersten Angriffswelle der Truppen des WAPA als „Abhaltungsstreitkräfte an bedrohten Grenzen und deren anschließenden Operationsräumen" (Lütgendorf in der Österreichischen Militärischen Zeitschrift 2/1972) oder in den befestigten Stellungen in den „Schlüsselräumen", die „unbedingt gehalten werden müssen". Die meisten dieser Befestigungsanlagen befinden sich entlang der Linie Gmünd-Scheibbs zur Sicherung des „Schlüsselraums" Donautal nach Westen und an der kärtner-steirischen Grenze, zur Sicherung des Drautals.

Die Politik der Bourgeoisie läuft auf die Spaltung Österreichs hinaus

Das Wehrkonzept der österreichischen Bourgeoisie läuft nicht auf den Partisanenkrieg (den Kleinkrieg sollen nur die Berufssoldaten als „Nadelstichtaktik" führen) hinaus, wie es erst unlängst die breite Debatte in der bürgerlichen Öffentlichkeit über die sogenannte „Spannocchi-Doktrin" den Massen weismachen wollte, sondern auf die Spaltung Österreichs. So soll z.B. Wien und Graz kampflos in die Hände der russischen Sozialimperialisten fallen. „In der ersten Phase der erlittenen Aggression ... kommt es darauf an, daß man akzeptiert, dem Feind klassische Punkte des eigenen Landes nicht verwehren zu können, aber ebenso wesentliche Räume in diesem angegriffenen Staat unter eigener Kontrolle zu halten, so daß der Feind seines Besitzes im operativen Sinn nicht froh wird." (Spannocchi, ÖMZ 5/1972)

Wie ernst es der Bourgeoisie in dieser Frage ist, zeigt die Tatsache, daß sie mit den Stimmen aller drei Parteien im Juni 1975 die Verfassung ändern ließ. Bei dieser Verfassungsänderung wurden nämlich nicht nur die Prinzipien einer „umfassenden Landesverteidigung" in den Verfassungsrang erhoben, sondern auch der Artikel 79, Abs. 1 der Verfassung geändert. Er lautete in seiner ursprünglichen Form: „Dem Bundesheer liegt der Schutz der Grenzen der Republik ob." Diese „nicht mehr zeitgemäße Formulierung" wurde folgendermaßen abgeändert: „Dem Bundesheer obliegt die militärische Landesverteidigung". Daß diese volksfeindlichen Pläne in der öffentlichen Diskussion nicht besonders breitgetreten werden, ist verständlich. Darüber kann sich vielleicht der bekannte Reaktionär Professor Ermacora wundern, der in seiner großen Freude darüber, daß die SPÖ endlich mit der Verfassungsänderung einem alten Wunsch der Volkspartei nachgegeben hat, große Verwunderung gezeigt hat, daß „die parlamentarische Debatte weder in den Zeitungen noch in Rundfunk und Fernsehen gebührend besprochen wurde." (Berichte und Informationen, Heft 1492, 1975). Da hatte der Bundeskanzler Kreisky schon ein weit besseres „G'spür" für die Volksmeinung. „Aber es wäre sehr gefährlich, wenn von siebeneinhalb Millionen Österreichern sechseinhalb Millionen zu der Auffassung gelangen sollten, daß sie auf einem Gebiet leben, das nicht verteidigt werden kann." (Stenographisches Protokoll, 16.12.1970). Und bei der vor einem Monat ausgestrahlten Fernsehdiskussion über die „Raumverteidigung" sagte der General Kundtner: „Eine große Schwierigkeit besteht darin, z.B. den Burgenländern zu erklären, daß sie in Kärnten verteidigt werden." Und auf die berechtigte Frage des Reporters, ob die Russen nicht gegen die unter ihrer Gewalt stehende Zivilbevölkerung Repressalien anwenden werde, hatte er praktisch nichts zu antworten.

Nach der Aufgabe Ostösterreichs soll die NATO „helfen"

Doch damit nicht genug. Nach dieser „ersten Phase" der Verteidigung, bei der ein großer und vor allem der dichtbesiedeltste Teil Österreichs dem sozialimperialistischen Aggressor in die Hände fallen soll, will die österreichische Bourgeoisie die NATO und hier wiederum vor allem die Truppen der BRD ins Land holen. Armeekommandant Spannocchi schreibt dazu in seinem neuen Buch: „Durch die Aggression ging die Neutralität verloren ... Hilfe wird nur dort zu erwarten sein, wo die österreichische Aktion - oder besser Gegenaktion - dem Interesse des weltpolitischen Gegners des Angreifers entspricht. Dieses Interesse wird aber dort sehr rasch wahrgenommen werden, wo die Bedeutung des kräftezehrenden Zeitfaktors eines derartigen Widerstandes erkannt wird. Der ‚große Bruder' ist bei der Bipolarität der europäischen politischen Welt eine Selbstverständlichkeit ... (es gilt) dem Gegner des Angreifers zu beweisen, daß der eigene Kampf auch zu dessen Nutzen ist und, bei dem subtilen Kräfteverhältnis in Europa, der eigene Kampf zu einem Abziehen der feindlichen Kräfte von wichtigeren Stellen führen muß. Dann allerdings kommt Hilfe automatisch - aber nur, wenn eine Aufnahmeorganisation dies ermöglicht. Gerade dies aber ist in der Festhaltung des Staatsgebietes jederzeit möglich und nach einer längeren Anlaufzeit auch mit Sicherheit wirksam. Bei der Anwendung dieser Taktik aber muß die Verteidigung sich im klaren sein, daß die Hilfe von außen in der Regel nur materiell und aus der Luft bzw. in der Luft möglich ist. Die Phase taktischen Gleichgewichts (also die Spaltung Österreichs, ohne daß die Sozialimperialisten bis in die BRD oder nach Italien gekommen sind, W.K.) lädt selten den zur Hilfe Bereiten dazu ein, mit eigenen Verbänden einsam zu werden ... Es mag sein, daß die Wirkung materieller Hilfe von außen die ursprünglich territorial verankerten Landwehrverbände für den Mobileinsatz fähig macht (falls sie noch nicht ganz aufgerieben sind, W.K.). Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß zuvor in der gesamten strategischen Entwicklung in Europa die Würfel gefallen sind, dann wird aus der dritten Phase (der sich in Europa abzeichnenden Niederlage der Sozialimperialisten der SU, W.K.), ein Zurück zur klassischen Armee. Einer klassischen Armee, die zur Hilfe fähige Verbände von außen gleichberechtigt empfangen kann und als politischer Preis dieser ganzen ungeheuren Anstrengung als souveräner Partner behandelt wird. Dann natürlich läßt sich jeder Verband verlegen und jede Schlacht, da der Überlegenheit der Position heraus, auch wagen." (Verteidigung ohne Schlacht, S. 70 ff)

Österreich soll zum Kriegsschauplatz werden

Bei dieser militärpolitischen Rechnung der österreichischen Monopolbourgeoisie wird nur eine Größe sicher aufgehen: Die Spaltung des Landes und die Tatsache, daß Österreich zum Kriegsschauplatz wird. Der „Preis dieser ganzen ungeheuren Anstrengung" werden Hunderttausende oder Millionen Tote sein. Die „materielle Unterstützung" der NATO „vorwiegend aus der Luft" werden Bomben, Napalm und sogar „taktische" Atomwaffen sein, „um dem Aggressor die Schlüsselräume zu verwehren". Die österreichische Bourgeoisie erhofft sich von diesem Gemetzel die „Behandlung als souveräner Partner", sie erhofft sich ein wenig „Gleichberechtigung" bei der Verteilung der Beute, wenn es der NATO gelingt, den Sozialimperialismus in einer Konteraggression zurückzutreiben. Diese Rechnung ist unsicher wie die ganze „Hilfe" des westlichen Bündnisses. Es ist gut möglich, daß die NATO und speziell die BRD es gar nicht erst darauf ankommen lassen, ob es dem Bundesheer gelingt, die Schlüsselräume zu halten. Im Gegenteil ist z.B. die sofortige Besetzung des Inntals zur Sicherung des Transportweges zwischen der BRD und Italien zu erwarten. Die „Erdbebenhilfe" der deutschen Bundeswehr für Friaul im vergangenen Jahr bestand zum allergrößten Teil aus einer Durchmarschübung von motorisierten Verbänden durch das Inntal. Weil sie „unbewaffnet" waren, hat die österreichische Bourgeoisie zugestimmt. Bei einem der letzten Manöver vergangenen Herbst übten deutsche Heimatschutzkommandos den Kampf gegen Truppen des Warschauer Pakts, die über österreichisches Gebiet nach Bayern gekommen waren.

Möglich und durchaus wahrscheinlich ist daher, daß die österreichische Militärpolitik dazu führt, daß Österreich im Osten von den Sozialimperialisten, im Westen von deutschen oder amerikanischen NATO-Verbänden besetzt wird. Das sind die Konsequenzen der Politik der österreichischen Monopolbourgeoisie. Sie selbst erhofft sich weiterhin Extraprofite, wenn es sein muß auch durch Kollaboration mit den Supermächten oder mittleren imperialistischen Ländern wie der BRD. Das Militärkonzept läuft auf die Preisgabe der Souveränität und territorialen Integrität sowie der völligen Abhängigkeit Österreichs hinaus.

Wehrgesetznovelle - Teil der Bundesheerreform

Die Bundesheerreform, deren vorläufig letzter Schritt die Wehrgesetznovelle 1976 darstellt, bereitet diese Entwicklung vor. Die Bereitschaftstruppe ist im Aufbau. Sie ist jedenfalls bereits zur „Sicherung der verfassungsmäßigen Einrichtungen der Republik", also zum Einsatz für den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse fähig. Ihre Sollstärke von 30.000 Berufssoldaten soll sie bis 1980 erreicht haben. Die Umstellung auf das Kadermilizheer der Landwehr macht keine so guten Fortschritte. Es fehlen die geeigneten Kader und vor allem es melden sich zu wenig Freiwillige. Das nächste Problem sind die Mobilmachungsübungen in Friedenszeiten. Dafür sind die geltenden gesetzlichen Vorschriften zu umständlich. Es bedarf der Zustimmung des Landesverteidigungsrates und eines Regierungsbeschlusses. Schließlich hat sich durch die gestiegene Ausbeutung, „falsche", weil billige Ernährungsgewohnheiten, der allgemeine Gesundheitszustand der Arbeiterjugend in den letzten Jahren immer mehr verschlechtert. Die Chancen stehen nicht gut, daß sie genügend lange im Kriegsfall in den Stellungen der Schlüsselräume aushalten. Diese Probleme will die Bourgeoisie mit der Wehrgesetznovelle lösen. Sie löst sie auf ihre Art: Zwangsverpflichtung, Recht des Verteidigungsministers zur Anordnung von Mobilmachungsübungen, verschärfte Stellungspflicht mit mehrtägigen „Eignungstests". Durchführen muß diese Novelle die SP-Regierung. Sie ist dabei auf unerwartet großen Widerstand gestoßen. Sie zögert noch, versucht zu spalten, aber ihr Spielraum wird geringer, je mehr sich die Kriegsgefahr in Europa verstärkt.

Die Bundesheerreform 1971 konnte die SPÖ noch als Erfolg bei den Massen verbuchen. Es ist ihr gelungen, die Sache als Verkürzung der Wehrdienstzeit im verhaßten Bundesheer zu verkaufen. Die Verfassungsänderungen 1975 hat sie totgeschwiegen. Die Zwangsverpflichtung war nicht totzuschweigen. Zu sehr hat sie noch im Nachhinein den Wahlbetrug von 1970 sichtbar gemacht. Nicht Demokratisierung des Bundesheeres, sondern Einschränkung der allgemeinen Wehrpflicht durch Berufsarmee und ausreichende allseitige militärische Ausbildung nur mehr für geeignete Kader, das ist die Praxis der Militärpolitik.

Alle wesentlichen Gesetzesänderungen in Militärfragen wurden bereits von der ÖVP-Alleinregierung ausgearbeitet. Erst der SPÖ als Geschäftsführerin der Bourgeoisie ist es gelungen, sie bisher ohne nennenswerten Widerstand der Arbeiterklasse durchzuführen.

Das Vertrauen in diese sozialdemokratische Regierung schwindet immer mehr. Das ist ein Ausdruck der beginnenden Linksentwicklung in der Arbeiterklasse und im Volk.

W.K.

Landeck/Kufstein: Postler fordern gewerkschaftliche Kapfmaßnahmen

Die Betriebsversammlungen der Postler in Tirol gehen weiter. Nach Protestversammlungen in Innsbruck am Jahresanfang 1977, nach Resolutionen von einzelnen Postämtern und der Tiroler Gewerkschaftsführung gegen den hohen Personalunterstand (wir berichteten darüber), setzten nun die Postler in Landegg und Kufstein Kampfmaßnahmen.

Schon damals war im Mittelpunkt der Kampfmaßnamen die Rücknahme des 1 % igen Personalabbaus im öffentlichen Dienst gestanden, die sofortige Behebung der Misere im Personalstand, die Rücknahme der angeordneten Urlaubseinschränkungen, wie die Gehaltsrunde.

Die Lage für die Postler hatte sich nach dem letzten Sommer drastisch verschlechtert. Von den Sommeraushilfskräften, von den befristet aufgenommenen Sonderkreditkräften wurde der Großteil entlassen. Der Beschluß zur Kürzung des Personalstands um 1 % trug das übrige dazu bei. Die Stimmung in den Belegschaften stieg auf Sturm. Die Tiroler Gewerkschaftsführung sah sich gezwungen, Kampfschritte einzuleiten. Diese Kampfschritte allerdings mußten auf Umweg eingeleitet werden - über die Vertrauensmänner in den Postämtern, da die Gewerkschaftsführung der Post- und Telegraphenbediensteten in Wien zur Durchführung gewerkschaftlicher Maßnahmen keine Genehmigung erteilten. Trotzdem fanden Versammlungen statt:

beim Telegraphenbauamt Innsbruck,
beim Umleitepostamt 6020 Innsbruck,
beim Postamt und Telegraphenbauamt Lienz,
beim Post- und Telegraphenamt 6010 Innsbruck.

Überall kam der wachsende Unmut der Kollegen zum Ausdruck. Überall aber gelang es der Tiroler Gewerkschaftsführung, den Unmut abzufangen und Hoffnung auf ihre Verhandlungskünste unter den Kollegen zu säen. Die Rechnung folgte auf dem Fuß. Die Verhandlungen, die im Feber in Wien beginnen sollten, brachten kein Ergebnis. Vielmehr startete der Ressortminister Lanc einen Gegenangriff. Die von beiden Fraktionen (ÖAAB und SP) eingeleiteten und unterstützten Maßnahmen wurden in einer APA-Aussendung als „parteipolitische Aktionen" bezeichnet (nach einer Aussendung des Personalausschusses bei der Post- und Telegraphendirektion für Tirol und Vorarlberg vom 1.2.77).

Die Tiroler Gewerkschaftsführung steckte zurück. Die Ruhe dauerte aber keine 2 Monate. Die Lage der Postler ist zu schlecht, um weiterhin ruhig sein zu können.

Am 14. April kam es zur Betriebsversammlung in LANDECK. Ausgangspunkt ist der Personalunterstand von 1481 Postlern in Tirol. Allein in Landegg beträgt der Urlaubsrückstand für 1976 604 Tage. Soll überhaupt der Urlaub 1977 möglich sein, heißt das für die arbeitenden Kollegen Überstunden, zusätzliche Dienste.

Eine Woche später war es in KUFSTEIN so weit: Neben den prekären räumlichen Verhältnissen - seit 1964 arbeiten die Postler in der „Übergangslösung" Baracke, beträgt der Personalunterstand, wenn keiner krank oder auf Urlaub ist, sechs (von 88 Dienstposten sind 82 besetzt) im Durchschnitt über 10. Schon im Normalzustand eine untragbare Lage mit ihren Folgen von Überstunden, praktisch einer Urlaubssperre und zusätzlicher Belastung durch Sperren von Postschaltern. Von den Urlaubsansprüchen von 1976 besteht noch ein Rest von 814 Tagen, 1977 kommen 1870 Tage Urlaubsanspruch dazu (wobei bei den Postlern nach wie vor der Mindesturlaub 3 Wochen ist!). Nach den Erfahrungen aus den letzten Jahren Urlaubsansprüche der einzelnen Postler, die nicht in Anspruch genommen werden können.

Das alles hat das Faß zum Überlaufen gebracht. „Sofortige Hebung des Personalstandes" ist die Forderung der Kufsteiner und Landecker Postler.

Die Gewerkschaftsführung aber hat ihre Haltung nicht geändert.

Nach wie vor versucht sie, die Kollegen auf ihre Verhandlungen zu vertrösten. Die Forderungen der Kollegen aus den Postämtern nach sofortiger Hebung des Personalstandes unterläuft sie mit der Forderung nach Angleichung an die um 4 % günstigere Personalunterstandslage in den anderen Bundesländern. Nicht auf Kampf richten sie die Postler aus, sondern auf Feilschen. Nicht Kampfschritte werden in Aussicht gestellt, die Betriebsversammlungen nicht als Kampfmittel geführt, sondern, so der Obmann der Personalvertretung, Köchl, um die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Neue Verhandlungen sollen am 26. April stattfinden. Für die Postler ist es wichtig, ihrer Gewerkschaftsführung genau auf die Finger zu schauen und falls die Verhandlungsrunde so wie die letzten verläuft, den Beschluß der Landecker und Kufsteiner Postler umzusetzen und gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zu fordern.

A.C, Ortsgruppe Innsbruck

Öffentlicher Dienst: Den Reallohnabbau und den Angriff auf die Arbeitsbedingungen stoppen!

Am 3.Mai beginnen die Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst. Der Druck vor allem der Arbeiter und kleinen Bediensteten im öffentlichen Dienst hat die Gewerkschaftsführung zur vorzeitigen Verhandlungsaufnahme gezwungen. Über die Höhe der Gehaltsforderungen seitens der Gewerkschaften ist noch wenig konkretes bekannt. Messen wird man diese Forderungen aber daran müssen, ob sie geeignet sind, den Reallohnabbau im öffentlichen Dienst zu stoppen, der spätestens seit der skandalösen 1,5% Erhöhung ab 1.1.1977 scharf an den Tag getreten ist. Notwendig wäre auf jeden Fall ein Abschluß in einer entsprechenden Höhe und ein Abschluß, der mit Verhandlungsende auch in Kraft tritt.

Denn der niedrige letzte Abschluß ist noch verschärft worden durch die lange Laufzeit von 18 Monaten. Schlecht ist es, daß sich die Führungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes schon jetzt auf einen Abschluß erst per 1.1.1978 orientieren.

Bei dieser Gehaltsrunde ist es aber auch nötig, daß sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Klarheit über den Gegner, die Regierung, verschaffen. Kreisky und Androsch denken an einen Abschluß um die 6 - 7 %. Ein derart niedriger Abschluß würde die Masse der niedrig bezahlten Beschäftigten des öffentlichen Diensts weiter hinunterdrücken. Das ist auch das Ziel der Regierung und ein wichtiges Mittel in ihrer gegenwärtigen Politik der Reorganisation und Durchrationalisierung des Staatsapparats, in Verfolgung ihrer reaktionären Interessen gegenüber der erstarkenden Arbeiter- und Volksbewegung, in Verfolgung ihrer Politik der „Lösung" der Wirtschaftskrise durch verstärkte Ausbeutung, Steuerausplünderung und Unterdrückung der Werktätigen im Innern zugunsten verstärkter ökonomischer Expansion nach außen, zugunsten der Vorbereitungen auf die Teilnahme am heranahenden imperialistischen Krieg. Der Druck auf den Lohn der Arbeiter, kleinen und mittleren Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist Teil dieser Politik und der Interessen des Finanzkapitals bezüglich des Staatsapparats und seiner Tätigkeiten, er geht Hand in Hand mit einer kapitalistischen Rationalisierungswelle im öffentlichen Dienst und mit einer reaktionären Verschärfung des besonderen Dienstrechts. Daß dieses Programm nicht ohne Widerstand über die Bühne geht und gehen wird, zeigt die ständige Unruhe unter den im öffentlichen Dienst Beschäftigten, die Unruhe über den niedrigen Lohn, vor allem auch über die immer unzumutbareren Arbeitsbedingungen, wie sie schon in einigen Korrespondenzen der letzten „Klassenkampf"-Nummern zum Ausdruck kam, wie es etwa auch die jüngsten Protestversammlungen der Postler zeigen.

Diskussion über Gehaltsrunde für niedrigere Klassenschülerhöchstzahl

Am 20. April hielt die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten für die Pflichtschullehrer vom Bezirk Linz-Land ihre Jahresversammlung ab.

Von den 529 Mitgliedern waren gut 450 anwesend. Während die von der Fraktion christlicher Gewerkschafter dominierte Gewerkschaftsführung als Errungenschaften gewerkschaftlicher Betätigung Bildungsreisen, Beförderungsrichtlinien und Behandlung von Spartenproblemen sowie die Wiederherstellung der Gehaltsrelationen (d.i. die Bezahlung der Lehrer mit Päd.Ak.-Ausbildung irgendwo zwischen A- und B-Beamten) hervorhob, stand für die Lehrer die Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen und das nächste Gehaltsabkommen im Mittelpunkt des Interesses. Der Vortragende hatte schon vorher erklärt, daß die Gewerkschaft für die Senkung der Schülerzahlen von 36 pro Klasse, die in vielen Fällen sogar übertroffen werden, weil in Oberösterreich über 1000 Pflichtschullehrer fehlen, eintreten wird. Ein entsprechender Antrag eines Kollegen aus St.Florian, der die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl von 36 (derzeit) auf 30 forderte, wurde daher auch einstimmig angenommen. Zur Gehaltsfrage äußerte sich der Gewerkschafter Paul Raab zwar sehr wortradikal, betonte die Stärke der Lehrergewerkschaft durch den hohen Organisationsgrad (72 %) und wies auf den Lehrerstreik vor einigen Jahren hin, rechnete vor, daß die Benya-Formel, die den Reallohn halten und Steuerprogression und Wirtschaftswachstum berücksichtigen und eine Lohnerhöhung bringen soll, überhaupt nicht eingehalten wird und leitete daraus eine gleichprozentige Gehaltsforderung ab, ohne ein Wort über die Höhe zu verlieren.

Ein Kollege zeigte zwar auf, daß ein Volksschullehrer heute netto 6.500,- verdient und die Situation an den Hauptschulen durch die teilweise noch geleisteten Überstunden verzerrt ist, daß eine Schillingforderung von etwa 1.000,- für alle gleich notwendig wäre und auch die Kampfbedingungen wesentlich verbessern würde, konnte sich mit einem derartigen Antrag aber nicht durchsetzen, weil die Gewerkschaftsführung eine Diskussion darüber auf kaltem Wege abblockte. Bei der Abstimmung enthielt sich die Mehrheit der Kollegen. Das zeigt vor allem, daß eine breite Diskussion unter den Kollegen über Höhe und Form von Gehaltsforderungen erst geführt werden muß, wenn wir der heute drohenden Gefahr eines massiven Reallohnabbaus wirklich entgegentreten wollen. Der Dienstgeber plant ja eine gewaltige Verschlechterung der Lage der Lehrer: z.B. weil nächstes Jahr um 600 Hauptschüler weniger in Oberösterreich erwartet werden, soll der Dienstpostenplan um 20 Lehrer gekürzt werden.

Ortsgruppe Linz

Lohnrunden g…

Dem Großteil der Lohnabhängigen bringen die neuen Kollektivverträge keinerlei besseren Schutz vor den Angriffen und Absichten der Kapitalisten. Im Gegenteil. Durch die Bank ist es den Kapitalisten gelungen, solche Änderungen in den Kollektivverträgen durchzusetzen, die günstigere Bedingungen für die Steigerung der Mehrwertauspressung bieten:

Ende März veröffentlichte der ÖGB seine Streikstatistik für das Jahr 1976.

2352 Arbeiter und Angestellte streikten insgesamt 4711 Stunden. Im Schnitt macht das 6,3 Streiksekunden auf jeden unselbständig Beschäftigten. Das ist die niedrigste Zahl seit 1951.

Was ist davon zu halten? Auf den ersten Blick scheinen die Kapitalisten auf keine große Gegenwehr bei ihren Angriffen zu stoßen. Der Widerstand der Lohnabhängigen scheint abzunehmen und zu erlahmen.

Die Bourgeoisie selbst sieht das anders. Entsprechend zurückhaltend haben ihre Sprecher auch die Lohnrunden und die Streikstatistik beurteilt und eingeschätzt.

Das entspricht der Realität. Der Widerstand der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen selbst hat nämlich keineswegs abgenommen. Er hat sich in weniger Streikaktionen niedergeschlagen. Das drückt sich auch in der Statistik des ÖGB aus. Nichtsdestoweniger ist es so, daß die Lohnabhängigen nicht nachgelassen haben in der Abwehr der Angriffe der Kapitalisten.

Die Empörung und Kampfbereitschaft unter den Lohnabhängigen breitet sich aus und wächst

Was sind die Tatsachen? Auch wenn wir uns nur auf wenige Beispiele einlassen können, weil eine genauere Behandlung das Format der Zeitung sprengen würde, sie sind für diesen Zweck ausreichend:

* in der Verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie kam es letztes Jahr zu einer breiten Auseinandersetzung gegen den Versuch der Konzernleitung, die seit Jahren in der ungefähren Höhe eines Monatslohnes ausgezahlte „Erfolgsprämie" zu streichen. Es gab Betriebsversammlungen, Betriebsratbeschlüsse, vereinzelte Unterschriftensammlungen unter den Arbeitern. Auch wenn auf den ersten Blick nicht viel Aufregendes passiert ist:

Seit mehreren Jahren ist es erstmals wieder in Kernschichten der österreichischen Arbeiterschaft zu Auseinandersetzungen gekommen. Mehr als 100.000 Beschäftigte waren in dieser oder jener Form in die Auseinandersetzung einbezogen, z.T. sehr aktiv, z.T, nur am Rande.

In der traditionellen Hochburg der Sozialdemokratie gab es Widerstand gegen die Absichten sozialdemokratischer Manager.

* Im Bergbau, vor allem in Fohnsdorf und Hüttenberg, ließen sich die Bergarbeiter weder von der Regierung noch von den sozialdemokratischen Spitzen im ÖGB abhalten, gegen die Schließung und für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen. Die Sozialdemokraten wurden bei ihren Beschwichtigungsversuchen ausgepfiffen und niedergebuht.

* Auch im öffentlichen Dienst, unter den Vertragsbediensteten und Beamten nimmt der Widerstand gegen die zunehmende Ausbeutung und Unterdrückung zu. Nicht bei den Ministerialräten und Sektionschefs, versteht sich. Aber bei den kleinen Postbediensteten, den Eisenbahnern, den Krankenschwestern und den Gemeindeangestellten, ja sogar bei den Lehrern beginnt das Diktat des Dienstrechts, das jede Auf-

Streikstatistik Nimmt der Widerstand der Lohnabhängigen gegen Lohnraub und Steigerung der Ausbeutung ab?

lehnung gegen den Dienstgeber unter Strafe stellt und zum Verbrechen macht, seine Wirkung zu verlieren.

Das zeigt sich auch am Verlauf der Lohnrunden

* Bei den Verhandlungen über den neuen Kollektivvertrag der Handelsangestellten kommt es zu mehreren Protestversammlungen in einigen Städten, als die Kapitalistenvertreter die Verhandlungen platzen lassen wollen. Ein landesweiter Streik wird von der Gewerkschaft angedroht. In Ortsgruppenversammlungen wird die Streikandrohung begrüßt.
* Bei den Verhandlungen über den neuen Kollektivvertrag der Versicherungsangestellten im Innendienst finden eine Reihe von Betriebsversammlungen sowie eine Großversammlung mit mehr als 5000 Teilnehmern in Wien statt, auf der in einer Resolution das provokante Vorgehen der Kapitalisten, die niedrigen Angebote und die Verschleppung der Verhandlungen verurteilt wurden.
* Bei der Vorbereitung der Verhandlungen über den neuen Kollektivvertrag der Industrieangestellten schlägt sich der Unmut über die Gewerkschaftspolitik der Reformisten bis zum Zentralvorstand durch und das Präsidium wird gegen seinen Willen gezwungen, einen Mindestbetrag von 730,- Schilling ins Forderungsprogramm aufzunehmen.
* Bei den Verhandlungen über den neuen Kollektivvertrag für die Metall- und Bergarbeiter greift die Gewerkschaftsspitze zu einem großangelegten Streikmanöver, um gegenüber der Empörung breiter Teile der Kollegen das Gesicht zu wahren und zugleich selbständigen Aktionen einzelner Belegschaften vorbeugen.
* Zu Kampfaktionen kommt es bei den Verhandlungen Druck und Papier und bei den Brauereien, beidemale gegen die provokante Haltung der Kapitalisten und ihre Absichten, die Verhandlungen zu verschleppen.

Auch diese wenigen Beispiele, denen man noch einiges hinzufügen könnte, wie den Kampf in Möllersdorf gegen die Betriebsschließung, den Streik bei Wertheim gegen die Entlassung von im Streik befindlichen Kollegen und für eine innerbetriebliche Lohnerhöhung, den Streik der Rylex-Arbeiterinnen gegen die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes, usw.usf., auch diese wenigen Beispiele zeigen vorerst eines deutlich: Es hat sich nicht viel mit dem sozialen Frieden und dem Kuschen vor den Kapitalisten.

Den geänderten Bedingungen entsprechen geänderte Kampfformen

Untersucht man die angeführten Beispiele, so fällt auf:
* Trotz der zunehmenden und sich ausbreitenden Empörung ist es zu weniger offenen Streikkämpfen einzelner Belegschaften gekommen als in den Jahren vorher;
* hauptsächlichen Ausdruck hat der Kampfwille gefunden in Zusammenhang mit den Lohnrunden.

Woran liegt das? Das liegt einerseits daran, daß in der Zeit von Anfang 1976 bis circa September 1976 die wirtschaftliche Lage der Kapitalisten vorübergehend sich besserte und vielfach schon die Drohung einer Betriebsversammlung oder einer Zusammenrottung der Arbeiter in einer Abteilung genügte, um dem Kapitalisten etws abzutrotzen. Die Auftragslage war in vielen Betrieben derart hoch und die Kapazitäten derart ausgelastet, daß die Unternehmer lieber nachgaben, als einen Stillstand der Produktion zu riskieren. Zugleich aber waren auch große Teile der Lohnabhängigen durch den letzten KV-Abschluß und die ständigen Angriffe der Kapitalisten geschwächt und gespalten, nicht in der Lage, im Betrieb den Kampf gegen den Lohnraub und die Steigerung der Arbeitshetze aufzunehmen.

Aus diesem Grund und unter dem Druck der erneut sich verschärfenden Krise der kapitalistischen Wirtschaft mit Ende des Jahres gewannnen die Lohnrunden und die Hoffnung auf einen guten und ausreichenden Abschluß vorrangige Bedeutung und es orientierte sich auch die große Masse der Lohnabhängigen darauf, dort ihren Willen zum Kampf und ihren Unmut in die Waagschale zu werfen.

Die Reformisten ändern ihre Taktik

Worin besteht die geänderte Taktik? In erster Linie darin, daß die Reformisten auf den zunehmenden Druck, auf die Empörung und den Kampfwillen der Lohnabhängigen mit scheinbarer Kampfentschlossenheit gegen die Kapitalisten ihrerseits reagierten. Am deutlichsten wurde das bei den Lohnverhandlungen. Sie spielen mit dem Streik, organisieren von sich aus Protestversammlungen und drohen den Kapitalisten mit der Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder. Die Reformisten kommen immer stärker in die Zwickmühle. Auf der einen Seite müssen sie sich bis zu einem gewissen Grad auch gegen die Forderungen und Absichten der Kapitalisten behaupten, auf der anderen Seite müssen sie vor den Gewerkschaftsmitgliedern ihr Gesicht wahren. Zugleich jedoch bereiten sie die Kapitulation vor den Kapitalisten vor, und wollen die Lohnabhängigen auf die Gesetze der Profitwirtschaft festnageln.

Diese Taktik der Reformisten, unter großen Gebärden das fortzusetzen, was sie als ihre Lebensaufgabe ansehen, nämlich den Ausverkauf der Arbeiterinteressen und die Bindung der Arbeiterklasse an das Lohnsystem und den Kapitalismus, erweist sich zunehmend als schädlich und gefährlich für die Lohnabhängigen, gerade dort, wo diese selbst bereits darangehen, den Kampf gegen die Kapitalisten zu organisieren. Vor allem, wenn den Reformisten die Festlegung des Kampfziels und der Kampfformen bleibt, werden sie dies schamlos zur Organisierung der Niederlage ausnutzen wollen. Das war z.B. bei Wertheim der Fall, wo dem Betriebsrat die Festlegung der Lohnforderung und das Vorgehen überlassen blieb und die Belegschaft letztlich einen harten Kampf darum führen mußte, daß zumindest ein geringer Prozentsatz der ursprünglichen Forderung durchgesetzt werden konnte.

Um ihre Kampfkraft voll entfalten zu können, müssen die Lohnabhängigen den Reformismus überwinden

Der Kampfwille der Lohnabhängigen hat sich bisher nur geringfügig in sichtbaren Erfolgen niedergeschlagen

Die Ursache dafür liegt zweifellos in der noch immer bestehenden tiefen ideologischen und politischen Spaltung der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen. Die Spaltung drückt sich aus in der Bindung großer Teile der Lohnabhängigen an die SPÖ und eines kleineren Teiles an die KPÖ. SPÖ und KPÖ waren vormals Parteien der Arbeiterklasse und sind heute bürgerliche Parteien. Ihre Vergangenheit nutzen sie, um in der Gegenwart die Arbeiterklasse vom Klassenkampf abzuhalten, sie den Interessen des Kapitals zu unterwerfen und sie an die bürgerliche Demokratie und an das Lohnsystem zu fesseln. Das geschieht auf vielfältige Weise und der Reformismus der SPÖ wird durch den Revisionismus der KPÖ ergänzt.

Gegenwärtig befinden sich auch die Gewerkschaften in der Hand der Bürgerlichen und damit in der Hand des Kapitals. Die derzeitigen Gewerkschaftsführer organisieren die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Interessen des Kapitals anstatt die Durchsetzung der Arbeiterinteressen gegen das Kapital.

Das alles hemmt die Arbeiterklasse, erschwert ihr den Kampf um die Tagesfragen und verunmöglicht den Kampf zum Sturz des Lohnsystems überhaupt.

Im täglichen Klassenkampf muß die Arbeiterklasse die Kräfte sammeln zum Sturz des Lohnsystems

Gegenwärtig unternimmt die Kapitalistenklasse alles mögliche, um die Lage der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen zu verschlechtern. Neben dem Angriff auf das Lohnniveau in den Betrieben setzt sie vor allem auf eine Aushöhlung und Verschlechterung des Arbeiterschutzes. die Arbeitszeit soll perfekt an die Bedingungen der Profitproduktion angepaßt werden. Das Gesundheitswesen soll noch stärker den Kapitalinteressen unterworfen und noch mehr vom Geld der Lohnabhängigen finanziert werden. Der Urlaub soll dann genommen werden, wenn gerade keine Aufträge vorhanden sind und nicht dann, wenn es die Lohnabhängigen wollen usw. usf.

Die Kapitalisten wollen die Aushöhlung des gesetzlichen Arbeiterschutzes, um die Ausbeutung der Arbeiterklasse ausweiten und intensivieren zu können.

Die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen müssen um die Durchsetzung solcher Arbeiterschutzgesetze kämpfen, die einer Steigerung der Ausbeutung entgegentreten, die Lohnabhängigen vor körperlichem und geistigem Verfall bewahren und die Bedingungen für den Kampf um den Sturz des Lohnsystems insgesamt verbessern. Die richtige Antwort auf die Absichten der Kapitalisten wären Forderungen nach:
* 7-Stunden-Tag; 35-Stunden-Woche; Verbot der Überstundenarbeit!
* Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme!
* Mindesturlaub von 8 Wochen jährlich!
* Verbot von Nacht- und Schichtarbeit, außer in Fällen, in denen sie aus technischen, vom Betriebsrat, wenn dies nicht möglich ist, von der Gewerkschaft, anerkannten Gründen unvermeidbar ist; Beschränkung der Nachtarbeit auf die Hälfte des Normalarbeitstages!

Falsch und gefährlich wäre es, sich darauf zu verlassen, daß die Gewerkschaftsführung die Sache in die Hand nimmt und zugunsten der Lohnabhängigen ausficht. Nur wenn die Arbeiterklasse in den Betrieben selbst die Initiative ergreift, werden sich auch die Gewerkschaftsführer gezwungen sehen, gegen die Aushöhlung des Arbeiterschutzes vorzugehen. Am besten dazu geeignet ist das Verabschieden von entsprechenden Beschlüssen und Resolutionen gegen die Absichten der Kapitalisten und für eine Verbesserung des Arbeiterschutzes. Diese Beschlüsse und Resolutionen müssen an die Zentralvorstände gerichtet sein. Dazu ist es notwendig, die Betriebsräte als Bindeglied zur Gewerkschaft, entweder von der Richtigkeit des kompromißlosen Kampfes gegen die Absichten der Kapitalisten zu überzeugen, oder, wenn das nicht geht, sie zumindest zu zwingen, die Position der Mehrheit der Belegschaft in den Ortsgruppenversammlungen und Betriebsrätekonferenzen zu vertreten.

In der nächsten Zeit finden eine Reihe von Gewerkschaftstagen statt.

Geht es nach den Sozialdemokraten, werden diese Gewerkschaftstage keinen Fortschritt bei der Organisierung der Lohnabhängigen gegen die Kapitalisten bringen, sondern nur den Ausverkauf der Arbeiterinteressen und der Gewerkschaft an das Kapital vorantreiben.

Verhindert werden kann das nur durch die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben. Das würde den Zusammenschluß der Lohnabhängigen voranbringen, die Einheit und Selbständigkeit gegen die Kapitalisten fördern und für die Durchsetzung einer klassenkämpferischen Politik in der Gewerkschaft ein wichtiger Schritt vorwärts sein.

Das würde auch ein wichtiger Schritt vorwärts sein im Kampf gegen die Kapitalsherrschaft überhaupt, gegen das Lohnsystem, für den Sturz des Lohnsystems.

G.Sch.

Gießerei-KV: Zusätzliche Spaltung durch individuellen 1,5 % Aufschlag auf Ist-Lohn-Erhöhung

Die an sich viel zu niedrige und spalterische Erhöhung des Ist-Lohns um 7,5 % brutto für 14 Monate besteht aus:
* zunächst 6 %, welche alle Kollegen bekommen sollen,
* und dann weiteren 1,5 %, welche die Kapitalisten „individuell", das heißt, nach ihren Vorstellungen und Absichten, auf die Belegschaft verteilen können.

Den Gießereikapitalisten war es also nicht genug,
* daß die 7,5 % für alle viel zu wenig bringen und außerdem für jeden etwas anderes, daß der Abschluß daher nicht nur den Reallohn-Abbau der letzten 14 Monate besiegelt, sondern die Spaltung vertieft,
* daß die 9,28 %-Erhöhung des kollektivvertraglichen Mindestlohns den großen Unterschied zwischen den Ist-Löhnen und den KV-Löhnen nicht verringert, sondern eher erhöht, daß also die Möglichkeit zur Lohndrückerei für die Kapitalisten weiter gesichert bleiben oder gar verbessert wurden.

Das alles war für die Kapitalisten der Gießerei-Branche nicht genug. Sie wollten ein weiteres, direktes Mittel der Spaltung und Antreiberei. 1,5 % individuelle Lohnerhöhung:

In einigen Abteilungen ist bekannt, daß der Betriebsrat dieses Spiel im Interesse der Unternehmer mitspielt. Bei der individuellen Aufteilung der 1,5 % soll er seine Finger im Spiel haben. Da muß sofort Klarheit geschaffen werden. Sollten wir tatsächlich unterschiedlich viele Prozente auf den Stundenlohn und auf die Zulagen bekommen, so ist es höchste Zeit, dagegen zu protestieren.

Die Aufgabe des Betriebsrates ist es, gemeinsam mit uns jede Spaltungsabsicht der Unternehmer zu verhindern, und diese Abwehr zu organisieren. Keineswegs aist es aber seine Aufgabe, diese Spaltung im Auftrage der Kapitalisten zu organisieren!
* Falls eine neue Lohnliste mit einer individuellen Aufteilung der 1, 5 % existiert, so muß der Betriebsrat sich sofort dafür einsetzen:

WEG MIT DIESER LOHNLISTE!
FÜR EINE EINHEITLICHE AUFTEILUNG DER 1,5 %!

Zelle TRM, Ortsgruppe Innsbruck

Die Arbeiterbauern dürfen sich von der Bourgeoisie nicht für Spalterzwecke einsetzen lassen

Mehr als 50% aller bäuerlichen Betriebe in Österreich sind Nebenerwerbsbetriebe. Der überwiegende Teil der Nebenerwerbsbauern, die Arbeiterbauern, arbeitet als Lohnarbeiter in fast allen Industriezweigen.

Oft kommt es in den Betrieben zu heftigen Konflikten zwischen den langjährigen Industriearbeitern und den Arbeiterbauern: Die Arbeiterbauern geben sich leicht mit wenig zufrieden, treten meist fürs Stillhalten ein und stehen bei Kämpfen der Arbeiter oft abseits.

Im Rahmen der Kollektivvertrags-Verhandlungen wurde z.B. bekannt, daß die Arbeiterbauern bei der VÖESt in Linz sich schon mit 6,9% Ist-Lohn-Erhöhung zufriedengeben wollten.

Vor allem SPÖ und ÖVP entwickelten in der letzten Zeit hektische Aktivitäten, um, was die SPÖ anstrebt, ihren Einfluß auf die Arbeiterbauern weiter auszubauen oder, wie die ÖVP, ihn zu halten. Als Stimmvieh der bürgerlichen Parteien sollen die Arbeiterbauern zur Spaltung der Arbeiterklasse dienen. Sie sollen unter den Arbeitern auch das Bewußtsein fördern, daß es dem Arbeiter möglich ist, Besitz zu erwerben, und daß er es nicht notwendig hat, für den Sturz der Kapitalistenordnung und für den Sozialismus zu kämpfen.

Die Größe der Nebenerwerbsbetriebe (1970)

Größe	Betriebe
bis 2 ha	59.576 Betriebe
2 ha bis 5 ha	41.345 Betriebe
5 ha bis 10 ha	20.907 Betriebe
10 ha bis 20 ha	10.924 Betriebe
20 ha bis 50 ha	6.209 Betriebe
50 ha bis 100 ha	1.393 Betriebe
100 ha bis 200 ha	468 Betriebe
200 ha und mehr	355 Betriebe
	141.177 Betriebe

In Österreich hat die Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft die Klasse der Bauern aufgespalten: In die kapitalistischen Großagrarier und Großbauern auf der einen und das Landproletariat und die Arbeiterbauern sowie die Kleinbauern, die schon weitestgehend von den Banken und Agrarkonzernen abhängig sind, auf der anderen Seite. Karl Marx hat dies als ein notwendiges Gesetz bezeichnet: „Der Handwerker oder Bauer, der mit seinen eigenen Produktionsmitteln produziert, wird sich entweder nach und nach in einen kleinen Kapitalisten verwandeln, der auch fremde Arbeit exploitiert (ausbeutet, Red.) oder er wird seiner Produktionsmittel verlustig gehen (dies mag zunächst geschehen, obgleich er ihr nomineller Eigentümer bleibt, wie beim Hypothekenwesen) und in einen Lohnarbeiter verwandelt werden. Dies ist die Tendenz in der Gesellschaftsform, worin die kapitalistische Produktionsweise vorherrscht." (Marx/Engels-Werke, Bd. 26, S. 384)

Besonders stark hat sich seit 1960 in Österreich die Zahl der Nebenerwerbsbauern erhöht. Schon 1970 waren von 362.000 landwirtschaftlichen Betrieben 141.000 Nebenerwerbsbetriebe und 43.000 Zuerwerbsbetriebe. Seit 1970 ist dieser Prozeß noch rascher weitergegangen und heute sind weit mehr als 50 % aller bäuerlichen Betriebe Nebenerwerbsbetriebe. Von den 141.000 Nebenerwerbsbetrieben lagen 121.000 in der Größenordnung von 1-10 Hektar. Also Betriebe in einer Größe, die eine Familie nicht mehr ernähren können und deshalb die Arbeit in einer Fabrik notwendig machen. Der selbständige Kleinbauer wurde zum Arbeiter. Zum Arbeiter, der keine Ausbildung für einen Industrieberuf mitbringt. 35 % aller Arbeiterbauern sind Hilfsarbeiter, 31 % Facharbeiter. Etwa 80% der Nebenerwerbsbauern sind als Arbeiter tätig, also der Arbeiterklasse zuzuzählen.

Der Arbeiterbauer hängt aber noch sehr stark an seiner Wirtschaft: War auch sein kleines Fleckchen Boden nicht mehr in der Lage, ihn und seine Familie zu ernähren, sodaß er seine Arbeitskraft an einen Kapitalisten verkaufen mußte, so will er doch sein kleinbäuerliches Parzelleneigentum behalten, auch wenn es für ihn doppelte Arbeitsbelastung bedeutet.

Ist so der Arbeiterbauer auch schon zum Lohnarbeiter geworden, so ist sein Bewußtsein durch den Besitz des kleinbäuerlichen Eigentums gefesselt. Das erschwert es ihm, in den Zielen der Arbeiterklasse, dem Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und der Errichtung der Diktatur des Proletariats zur Durchführung der sozialen Befreiung auch seine Perspektive zu erkennen.

Dem kleinen Arbeiterbauern geht es da ähnlich dem Kleinbauern, von dem Stalin schreibt:

„Was ist es, das den Kleinbauern in Westeuropa an seine kleine Warenwirtschaft fesselte, fesselt und fesseln wird? In erster Linie und hauptsächlich das Vorhandensein einer eigenen Parzelle, das Vorhandensein des Privateigentums an Grund und Boden. Er hat jahrelang Geld gespart, um ein eigenes Stück Land zu kaufen, er hat es gekauft und es ist selbstverständlich, daß er sich davon nicht trennen will, daß er eher bereit ist, jede Entbehrung zu ertragen, wie ein Wilder zu leben, nur um sein Stückchen Land, die Grundlage seiner individuellen Wirtschaft, zu behaupten." (Stalin-Werke, Band 12, S. 133)

Das nützt die Kapitalistenklasse auch aus, um ihn und damit die ganze Arbeiterklasse besser niederhalten zu können.

Sein Unmut über den Ruin seiner kleinen Wirtschaft soll gedämpft werden und er soll glauben, daß er mit dem Geld, das er in der Fabrik verdient, Maschinen kaufen und später wieder nur mehr Bauer sein kann. Gönnerhaft sagen deshalb die Kapitalisten: „Ihr könnt den Lohn in eure Landwirtschaft investieren! Seid froh - daß ihr - wenn auch wenig - so doch überhaupt was verdienen könnt."

Der Arbeiterbauer hat nun bei jeder Auseinandersetzung Angst, daß er das Wenige auch noch verlieren könnte und mahnt deshalb leichter als die anderen Arbeiter zum Nachgeben, Kuschen und Stillhalten.

Dabei wird er doppelt und dreifach betrogen:

Vom Fabrikskapitalisten als billige Arbeitskraft ausgebeutet, schuftet er dann nach 8 Stunden Fließband mit seiner Familie in der Landwirtschaft. Für die Produkte, die er dort produziert, bekommt er von den Agrarkonzernen so niedrige Preise, daß sie kaum seinen Arbeitsaufwand decken. Dazu kommt oft noch, daß er für die Umstellung seiner kleinen Wirtschaft Kredite aufnehmen mußte, was ihn in Abhängigkeit von den Banken brachte.

Eine Anzahl von Nebenerwerbsbauern sind dazu auch schon „Vertragsbauern", d.h. daß sie für Lebensmittelkonzerne bestimmte Mengen von Gemüse, Obst, Fleisch etc. von bestimmter Qualität zu niedrigsten Preisen produzieren. Sie haben fast keine Verfügungsgewalt mehr über ihre Produktionsmittel. Sie sind Heimarbeiter.

Der Arbeiterbauer Bernhuber aus dem Puchwerk Graz z.B. erzählte in einem Interview mit der Kronenzeitung, daß er pro Tag 120 km Anfahrtsweg zur Arbeit habe. Nach der Schicht arbeitet er im Jahresschnitt drei Stunden in seiner 5 ha großen Wirtschaft. Zu Erntezeiten oft bis 23 Uhr. Fürs Familienleben hat er wenig Zeit und das tägliche Fahren in die Arbeit ist gefährlich. „Im Winter sind auf der Schneefahrbahn ein paar Kollegen, die aus Rudersdorf zu Puch nach Graz gefahren sind, schwer verunglückt. Man weiß nicht, ob man nicht selber auch einmal dran ist."

Bernhuber mästet Schweine. Für ein Hundertkilo-Schweindl krieg ich ungefähr 2000.- Schilling. Des is nix. Weil das Ferkel kostet mich schon 800.- Schilling, das Futter kostet ein paar Hunderter. Wir bringen net einmal die Unkosten herein." (ein 100-kg-Schwein muß etwa ein 3/4 Jahr gefüttert werden.)

Während also die Agrarkonzerne, die Banken und der kapitalistische Staat unter der SP-Regierung die Enteignung der Kleinbauern und Nebenerwerbsbauern vorantreiben, wollen sie den Arbeiterbauern rückständig halten und ihn für Spalterzwecke einsetzen. Damit dies so bleibt, müssen die Arbeiterbauern weiterhin und besser getäuscht werden.

Was erwartet die Bourgeoisie von den Arbeiterbauern?

„Für die SPÖ ist der Nebenerwerbsbauer heute ein Landwirt, den die Landwirtschaft braucht, der seine Aufgabe voll und ganz erfüllt, der zur Sicherung der Ernährung unserer Bevölkerung beiträgt, der beiträgt zur Erhaltung unserer Erholungs- und Kulturlandschaft, der wesentlich dazu beiträgt, daß die Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes erhalten bleibt. Er ist aber auch ein voll anerkannter Arbeiter oder Angestellter .. (aus: „Bauer und Betrieb", eine Fibel für Nebenerwerbsbauern; Wien: SPÖ 1977, S. 9)

Im Klartext heißt das, daß sich der Arbeiterbauer als Bauer fühlen soll, der „aus freien Stücken" in die Fabrik geht und der sich vorstellt, daß er nach einiger Zeit Arbeit in der Fabrik wieder nur mehr auf seinem Hof zu arbeiten braucht. Er soll sich auch als „Arbeiter mit Besitz" fühlen, der sich von den anderen Arbeitern abhebt und mehr als sie zu verlieren hat.

Diese Illusionen sollen ihn für weitere Auspressung präparieren: Er soll weiters die Landwirtschaft in Schuß halten, für die kapitalistische Fremdenverkehrsindustrie Landschaftsgärtner spielen, das Land und die Grenzgebiete bevölkern, was vor allem für Kriegszeiten wichtig ist.

Immer mehr Kleinbauern und Arbeiterbauern werden ruiniert

Schaut man sich die Entwicklung seit 1960 an, so sieht man gleich, daß aus den Illusionen vieler Arbeiterbauern, daß sie nach einiger Zeit wieder nur mehr Bauern sein würden, nichts geworden ist. Es sind immer mehr Nebenerwerbsbauern geworden, viele von ihnen haben auch ihr letztes Fleckchen Boden verkaufen müssen. Nur wenige, und das waren jene, die 20 oder mehr Hektar hatten, konnten in die Landwirtschaft zurück und haben heute einen kapitalistisch geführten Agrarbetrieb.

Der Arbeiterbauer, der nur für wenige Jahre Arbeiter sein wollte, wird Arbeiter bleiben. Die Spaltung zwischen den Arbeiterbauern und den traditionellen Industriearbeitern besteht aber noch und sie ist in manchen Betrieben sehr tief. So erzählte Kreisky bei der Enquete in Wien voller Stolz: „Die Nachtschicht bei der VÖESt-Alpine wäre kaum möglich, wenn nicht tausende Nebenerwerbsbauern dort ihre Arbeit verrichteten."

Noch immer lassen sich die Arbeiterbauern viel zu viel gefallen und schrecken noch immer leicht vor Kampfschritten zurück. All das sind Hemmnisse für den Kampf der Arbeiter, die überwunden werden müssen. Ist die Arbeiterklasse durch diesen Zwist gespalten, dann kann sie umso besser von den Kapitalisten niedergehalten und ausgepreßt werden.

Gegen die Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeits- und Lebensbedingungen muß die Einheit zwischen Arbeitern und Arbeiterbauern herge stellt werden

Gerade der niedrige KV-Abschluß hat für die Kapitalisten die Bedingungen verbessert, weitere Angriffe auf den Lohn und die Arbeitsbedingungen zu starten. Damit diese zurückgeschlagen werden können, tut die Einheit not. Die Arbeiterbauern müssen sich auf die Seite der Arbeiter stellen und diese nach Kräften unterstützen. Sie müssen von den Kampferfahrungen der langgedienten Industriearbeiter lernen und sich nicht von den schönen Worten der Kapitalisten verwirren lassen.

Die Industriearbeiter ihrerseits müssen den Arbeiterbauern helfen, zu erkennen, daß ihre Perspektive nicht im Kampf zur Erhaltung ihres kleinen Fleckchens Erde, sondern in der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln liegt. In der sozialistischen Gesellschaft wird „die Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft dann allgemeines Gesetz der gesamten gesellschaftlichen Produktion werden." Damit wird die Rückständigkeit der Landwirtschaft aufgehoben und die Produktion von industriellen und landwirtschaftlichen Produkten zum Wohl der werktätigen Volksmassen organisiert werden können. Hepu., Ortsgruppe-Graz

Der Sozialismus - die gemeinsame Perspektive für die Arbeiter und Arbeiterbauern

Um die Einheit der Arbeiterklasse mit den Klein- und Arbeiterbauern im Kampf für den Sozialismus zu sabotieren, hat die Bourgeoisie immer Gerüchte in Umlauf gesetzt, daß die Arbeiterklasse, wenn sie die Macht errungen hätte, die Kleinbauern aufhängen und ihnen alles wegnehmen würde. Schon Friedrich Engels stellte dazu klar, daß es zwar so ist, „daß wir den unvermeidlichen Untergang der Kleinbauern voraussehen, aber keineswegs berufen sind, ihn durch Eingriffe unsererseits zu beschleunigen. Und zweitens ist es ebenso handgreiflich, daß (..) wir nicht daran denken können, die Kleinbauern gewaltsam zu expropriieren (..), wie wir dies mit dem Großgrundbesitzern zu tun genötigt sind. Unsere Aufgabe gegenüber den Kleinbauern besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck." (Engels aus: Die Bauernfrage in Deutschland und Frankreich).

Reformismus und Revisionismus in der Studentenbewegung

Vielen Arbeitern ist noch gut in Erinnerung, welche Rolle die Hochschulen als Hort der bürgerlichen Reaktion in der Geschichte Österreichs gespielt haben. Dazu muß man sich erst gar nicht an die 30-er und 40-er-Jahre zurückerinnern, als die Nazis einen guten Teil ihrer Propagandisten und Schlägergarden von den Hochschulen rekrutierten. Dazu genügt es, an die ersten zehn, zwanzig Jahre der 2. Republik zurückzudenken, in denen die breite Masse der Studenten, von den Professoren und anderen Eminenzen erst gar nicht zu reden, nie an der Seite der Arbeiterklasse und des Volkes in ihren Kämpfen zu finden war.

Seit Ende der 60-er-Jahre aber tritt deutlich eine neue Tendenz unter den Studenten und in den unteren Rängen der Universitätshierarchie hervor, die bereits Massenumfang erreicht hat. Diese Tendenz besteht darin, daß eine breite Masse der Studenten und Teile des unteren Lehrpersonals an den Universitäten, mehr oder weniger offen und direkt ihre Bereitschaft ausdrücken, an der Seite des Volkes und in seinem Interesse wirken zu wollen und an den Bewegungen und Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volks teilzunehmen.

Ein heute noch geringer Teil davon bekennt sich offen zu den revolutionären Zielen der Arbeiterklasse, zur sozialistischen Revolution, zum Sozialismus und Kommunismus. Sie treten organisiert in den Studentenorganisationen des Kommunistischen Bundes (Marxistisch Leninistische Studenten Wien und Linz, Marxistischer Studenten Bund Salzburg) für diese Ziele ein und führen den Kampf um die Gewinnung der Studenten für diese Ziele. Der weitaus größere Teil der Studenten, die heute diese Tendenz tragen, steht jedoch unter dem Einfluß verschiedener Spielarten des Reformismus und des modernen Revisionismus.

Diese Tendenz und ihre Grundlage zu verstehen, ist für das Proletariat wichtig, um auch unter den Studenten die Aufgabe lösen zu können, „die Masse der werktätigen, ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerung für sich und seine Ziele zu gewinnen und sie unter seiner Führung zu sammeln." (Programm des KB Österreichs, Seite 25)

Diese Tendenz, sich auf die Interessen des Volkes zu beziehen und für sie tätig zu werden, wie auch das Auftreten von Reformismus und modernem Revisionismus in dieser Tendenz, sind keine zufälligen und vorübergehenden Episoden. Beides sind historisch unvermeidliche Erscheinungen, die von der ökonomischen und politischen Entwicklung hervorgetrieben werden.

Reformismus und Revisionismus in der Arbeiterbewegung

Ihre allgemeine ökonomische Grundlage ist dieselbe, auf der sich auch in der Arbeiterbewegung Reformismus und moderner Revisionismus historisch notwendig entwickelt haben.

Reformistische und andere bürgerliche Strömungen hat es in der Arbeiterbewegung immer gegeben. Im Prozeß der Entwicklung der modernen bürgerlichen Gesellschaft im Kampf gegen den Feudalismus und der damit einhergehenden Entstehung des Proletariats, waren reformistische und andere bürgerliche Strömungen in der Arbeiterbewegung auf Grund der niedrigen ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungsstufe der Klassenverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft naturgemäß vorherrschend. Erst auf einer bestimmten Stufe dieser Entwicklung konnte der Marxismus als revolutionäre Wissenschaft und Ideologie der Arbeiterklasse entstehen und sich in harten, jahrzehntelangen Kämpfen in der Arbeiterbewegung durchsetzen.

Ab Ende der 90-er-Jahre des vorigen Jahrhunderts, als der Marxismus als politisch-ideologische Grundlage der Arbeiterbewegung sich vollends durchgesetzt hatte, konnten der Arbeiterbewegung feindliche, bürgerliche, reformistische Strömungen schon nur mehr auf der allgemeinen Plattform des Marxismus, als Revision des Marxismus, als seine Entstellung und Verfälschung auftreten und Einfluß gewinnen. Der soziale Boden, auf dem sich diese ersten revisionistischen Strömungen entfalten konnten, wurde durch den ökonomischen Prozeß des massenhaften Ruins kleinbürgerlicher Schichten durch die Entwicklung des Kapitalismus bereitet, durch die massenhafte Durchsetzung der Reihen des Proletariats mit gerade erst proletarisierten kleinbürgerlichen Elementen.

Mit dem Hinüberwachsen des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium Anfang des 20. Jahrhunderts, verfestigte und erweiterte sich diese soziale Basis der bürgerlichen Ideologie und Politik in der Arbeiterbewegung. Die imperialistischen Extraprofite ermöglichten es der Bourgeoisie, einen Teil der Arbeiterklasse in mannigfacher Weise zu bestechen, eine Arbeiteraristokratie und verbürgerlichte Arbeiterbürokratie heranzuziehen und zu ihrer sozialen Hauptstütze in der Arbeiterbewegung zu machen. Auf dieser Grundlage gelang es ihr, die erste große Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung im ersten Weltkrieg herbeizuführen und die proletarische Revolution in einer Reihe von Ländern mit Hilfe des revisionistisch entarteten Teils der alten Sozialdemokratie zu verhindern.

Im Gefolge des zweiten Weltkrieges erstarkten auch in vielen kommunistischen Parteien unter dem Druck und der Korruption des Imperialismus revisionistische Strömungen, die sich in den 50-er und 60-er-Jahren, massiv unterstützt durch den Machtantritt des modernen Revisionismus in der Sowjetunion, in zahlreichen Parteien durchsetzen konnten. Auch diese Strömungen konnten sich nur unter Berufung auf den Marxismus und sein großes Ansehen in der Arbeiterbewegung durchsetzen, indem sie ihn zugleich allseitig revidierten und durch ein Sammelsurium bürgerlicher ideologischer und politischer „Theorien" ersetzten.

Reformismus und moderner Revisionismus spalten und fesseln die Arbeiterbewegung. „Kerngedanke dieser bürgerlichen Strömungen in der Arbeiterbewegung ist die Ablehnung der Diktatur des Proletariats und die Befürwortung der Klassenversöhnung und der Klassenzusammenarbeit. ... In jeder revolutionären Krise schlagen sich die Reformisten und Revisionisten offen auf die Seite der Bourgeoisie und helfen ihr direkt bei der blutigen Unterdrückung der revolutionären Bestrebungen der Arbeiterklasse und des Volkes." (Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs, Seite 20)

Ökonomische Grundlagen des Auftretens von Reformismus und Revisionismus an den Hochschulen

Solange es an den Hochschulen darum ging, „die bürgerliche Wissenschaft und Philosophie von staatlich ausgehaltenen Professoren im staatserhaltenden Geist lehren zu lassen, um die heranwachsende Jugend der besitzenden Klassen zu verdummen und sie auf den inneren und äußeren Feind zu 'dressieren'" (Lenin in: Marxismus und Revisionismus), konnten Reformismus und moderner Revisionismus unter den Studenten nur in geringem Ausmaß Fuß fassen. Die offen bürgerlichen und reaktionären „Theorien" und „Wissenschaftsrichtungen" herrschten vor.

Anders verhält es sich, seit an den Hochschulen die Studentenschaft anwächst, und sich mehr und mehr aus den verschiedensten Teilen des Volkes und auch aus der Arbeiterklasse rekrutiert. Diese Entwicklung ist selbst die notwendige Folge der ökonomischen und politischen Entwicklung des Imperialismus.

Der Imperialismus ist parasitärer und faulender Kapitalismus. Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse werden zur immer engeren Fessel der Entwicklung der Produktivkräfte. Die Vergesellschaftung der Produktion schreitet stürmisch voran, jedoch auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse mit dem kapitalistischen Privateigentum als Kern und Bedingung für die Fortdauer der privaten Aneignung.

Die Bourgeoisie ist durch und durch reaktionär geworden. Ökonomisch längst überflüssig, tritt sie mehr und mehr neben den kapitalistischen Produktionsprozeß und verwandelt sich in eine Bande von Spekulanten und Kuponschneidern. Ihr Geschäft der kapitalistischen Organisierung des Produktionsprozesses, tritt sie ab an einen ständig wachsenden Apparat von Agenten der Mehrwertauspressung. Zugleich wird, um die kapitalistische Produktion aufrechtzuerhalten, der unproduktive Sektor der Gesellschaft ständig vergrößert.

Auf der Grundlage der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion bei Fortexistenz des kapitalistischen Privateigentums, bläht sich der imperialistische Staatsapparat immer mehr auf, zieht immer mehr gesellschaftliche Funktionen an sich und verwandelt sie in bürokratische Tätigkeiten seiner Verwaltungs- und Unterdrückungsmaschinerie.

Für die Verwaltung und Beaufsichtigung der Produktion, für eine Reihe unproduktiver Tätigkeiten, die die kapitalistische Produktion notwendig macht, und für die wachsenden staatlichen Verwaltungs- und Unterdrückungsaufgaben braucht die Bourgeoisie spezifisch auf diese Zwecke hin qualifiziertes Personal. Schon lange ist sie, durch Konkurrenz und Inzucht dezimiert, nicht mehr in der Lage, mit ihrem eigenen Nachwuchs an den Hochschulen für entsprechenden Nachschub in diese ständig zunehmenden Funktionen zu sorgen. Sie muß diesen Nachschub aus dem Volk holen und an den Hochschulen auf ihre künftigen Aufgaben hin dressieren. So stammt heute auch bereits die breite Masse der Studenten nicht mehr aus den Reihen der Kapitalisten und wird auch in Zukunft nicht als Kapitalist, auf der Grundlage von Privateigentum an Produktionsmitteln, auf eigene Rechnung Arbeit betreiben, sondern ihre Arbeitskraft verkaufen, um in vielfältigen Funktionen und Abstufungen für die Kapitalistenklasse das Ausbeutungs- und Unterdrückungsgeschäft zu organisieren und durchzuführen.

Der objektive Widerspruch zwischen diesen Studenten, die kein Privateigentum besitzen, aber in vielfältiger Weise in den Dienst des Privateigentums gepreßt werden und daraufan den Hochschulen durch ideologischen, politischen und bürokratischen Druck dressiert werden, findet seinen Ausdruck in der anfangs festgestellten neuen Tendenz unter der heutigen Studentenschaft.

Von ihrer Herkunft, ihrer unterdrückten Existenz in der Gegenwart und ihrer Zukunft als Lohnabhängige her drängen breite Teile der Studentenschaft in unterschiedlicher Weise darauf hin, den Interessen des Volks zu nützen. Die Korruption einer besser bezahlten Funktion und andere Privilegien nimmt mit dem Anwachsen der Heerschar derart spezifisch qualifizierter Funktionäre des Kapitals in ihrer Bedeutung und Wirkung ab: Das Zwangsverhältnis unter der Fuchtel von Kapital und imperialistischem Staat während und nach dem Studium tritt für die breite Masse dieser Studenten immer unverbrämter hervor und damit auch der Widerspruch zu den subjektiven Absichten und Hoffnungen, eine dem Volk dienliche Qualifikation zu erhalten und später eine entsprechende Tätigkeit entfalten zu können.

Dieser Widerspruch wird verschärft unter dem Einfluß der Entwicklung des Klassenkampfs im internationalen und nationalen Maßstab und den Erfahrungen, die diese Studenten bei der aktiven Teilnahme und bei der Verfolgung dieser Entwicklung machen.

Dieser Widerspruch verschafft sich Geltung in der Entwicklung eines Teils der Studenten hin zum Marxismus-Leninismus, zur bewußten Parteinahme für die revolutionäre Sache des Proletariats, worin die Lösung dieses Widerspruchs angelegt ist. Er macht sich aber zugleich auch in der Verbreitung einer Vielfalt reformistischer und revisionistischer Strömungen unter den Studenten geltend, die diesen Widerspruch bemänteln bzw. Scheinlösungen für ihn anbieten.

Kerngedanken von Reformismus und Revisionismus unter den Studenten

Der Kerngedanke dieser bürgerlichen Strömungen unter den Studenten ist, daß auch ohne Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums und ohne Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates die Studenten in ihren künftigen Funktionen im Sold des Privateigentums und des imperialistischen Staates dem Volk dienen können. Dieser Kerngedanke knüpft an verschiedenen Tatsachen an, die der fortgeschrittenen Vergesellschaftung der Produktion bei Aufrechterhaltung der privaten Aneignung und der fortwährenden Verschärfung dieses grundlegenden Widerspruchs im Imperialismus entspringen:

* an der Tatsache, daß die Kapitalisten selbst längst neben den Produktionsprozeß getreten sind und seine Organisierung und Leitung einer vielfältigen Hierarchie von Agenten der Kapitalverwertung übertragen

Fortsetzung auf Seite 10

Am 11/12. Mai: Jede Stimme für Kommunisten in der Österreichischen Hochschülerschaft - eine Stimme für Sozialismus und Kommunismus!

„Im schroffen Gegensatz zu allen Apologeten und Dienern des Kapitals haben die kommunistischen Studenten an den Hochschulen nie einen Zweifel daran gelassen, auf wessen Seite der Platz der großen Masse der Studenten ist: Auf Seiten der Arbeiterklasse und des Volkes, auf Seiten der revolutionären Völker der Welt, im Kampf für Frieden und Sozialismus, für eine Welt ohne kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung. Dieses Ziel haben sie auch in allen Tageskämpfen verfolgt und dazu haben sie auch die Tribüne der verschiedenen Vertretungskörperschaften der Österreichischen Hochschülerschaft genutzt. Jede Stimme für die Kandidaten des Kommunistischen Bundes und seiner Studentenorganisationen bei den bevorstehenden ÖH-Wahlen wird eine Stimme für seine Ziele sein." (aus dem Aufruf des KB zu den Hochschülerschaftswahlen)

Wählt kommunistische Studenten in die Studienrichtungsvertretungen!
Wählt die Kommunistischen Studentenorganisationen in die Fakultätsvertretungen und Hauptausschüsse!
Wählt die Liste Kommunistischer Hochschulorganisationen (LKH) in den Zentralausschuß der ÖH!

Reformismus und Revisionismus in der Studentenbewegung

Fortsetzung von Seite 9

haben,
* an der Tatsache, daß der imperialistische Staat immer mehr gesellschaftliche Funktionen an sich zieht,
* und an der Tatsache, daß er zugleich in bestimmten Perioden des Klassenkampfs als eine über den Klassen stehende Macht erscheint.

Reformismus und moderner Revisionismus knüpfen an diesen Tatsachen an und versuchen zu vertuschen, daß das Kapital, solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht beseitigt ist, sein Ausbeutungsinteresse heute auch ohne direkte leitende und organisierende Teilnahme der Kapitalisten am Ausbeutungsprozeß uneingeschränkt und sogar noch „reiner" geltend macht, als das in früheren Entwicklungsphasen der Fall war; daß der imperialistische Staat gerade dann, wenn er als über den Klassen stehende Macht erscheint, am besten und uneingeschränktesten als Instrument der herrschenden Klasse funktioniert und alle gesellschaftlichen Funktionen, die er an sich reißt, im Dienste der gesamten Kapitalistenklasse ausübt.

Reformismus und moderner Revisionismus bieten eine Reihe von „Theorien" an, daß und wie die Studenten in ihrem Studium und ihren künftigen Funktionen sich „im Interesse des Volks" von den herrschenden Kapitalinteressen und von der Klassenfunktion des imperialistischen Staates „emanzipieren" können, durch ihre Tätigkeit als Funktionäre des Kapitals die Kapitalsherrschaft verändern oder mildern und ihr entgegenwirken können, den imperialistischen Staatsapparat in den „Dienst des Volkes" stellen können usw. Die Kraft des Marxismus und der internationalen revolutionären Bewegung des Proletariats und der Völker zeigt sich darin, daß auch unter den Studenten ein großer Teil dieser bürgerlichen Strömungen nur auf der allgemeinen Plattform des Marxismus, als Revision des Marxismus, auftreten kann. So buntscheckig das Bild der reformistischen und revisionistischen Strömungen auch ist, von der „antimonopolistischen Demokratie" bis zum „langen Marsch durch die Institutionen" - allen gemeinsam ist die Leugnung der Tatsache, daß die besitzlosen Studenten im Interesse des Volks nur wirken können, wenn sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen und für die sozialistische Revolution eintreten, für die Zerschlagung des imperialistischen Staats, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln als Voraussetzung für den Aufbau einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, in der auch die heutigen Studenten erst endgültig von einer Existenz als Funktionäre von Ausbeutung und Unterdrückung befreit sein können.

Das Auftreten von Reformismus und Revisionismus in der Studentenbewegung von heute hat sich notwendig entwickelt und wird sich notwendig weiter entwickeln auf der Grundlage der ökonomischen Entwicklung, der auf Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse stattfindenden Vergesellschaftung der Produktion, die über die Schranken des kapitalistischen Privateigentums hinaus und nach Anerkennung ihres gesellschaftlichen Charakters drängt. Diese Entwicklung hat das Heer von Funktionen im Dienst der Monopole und des Staats hervorgetrieben, auf die eine große Zahl von Studenten aus dem Volk gegen die Interessen ihrer Herkunft und ihrer Zukunft gedrillt werden. Sie hat zugleich den Boden geschaffen, auf dem Reformismus und Revisionismus heute ihr schmutziges Geschäft betreiben, um im Interesse der Bourgeoisie die daraus entspringenden Widersprüche zu dämpfen und zu kanalisieren. Gerade weil es sich dabei um eine historisch notwendige Erscheinung auf Grundlage der gegebenen ökonomischen Entwicklung handelt, muß sich die Arbeiterklasse auf einen langandauernden Kampf gegen diese Strömungen unter den Studenten einstellen, um die breite Masse von ihnen für die sozialistische Revolution zu gewinnen.

Sie muß dazu den theoretischen Kampf gegen Reformismus und Revisionismus führen mit dem Hauptgewicht auf den Kerngedanken dieser Strömung in ihrer unterschiedlichen Ausprägung. Sie muß der Spaltung durch Reformismus und Revisionismus entgegentreten durch die Förderung des politischen Zusammenschlusses der besitzlosen Masse der Studenten und der anderen Teile des Volkes gegen den imperialistischen Staat auf der Grundlage positiver Vorschläge für diesen Kampf. Sie muß dabei, ausgehend von den Erfolgen der Massen, die Unvereinbarkeit der Ideologie und Politik des Reformismus und Revisionismus mit den Interessen der Arbeiterklasse enthüllen. Deren Verwirklichung allein kann die Lösung des Widerspruches bringen, der heute zwischen dem Drang breiter Teile der Studentenschaft zum Dienst an den Interessen des Volks und ihrer realen Existenz und Zukunft im Kapitalismus besteht.

G.St.

Wiener Studenten dulden keine Faschisten an der Hochschule

Am Mittwoch den 20.4. demonstrierten über 500 Studenten durch eine Kundgebung auf der Universitätsrampe, daß sie nicht gewillt sind, die Etablierung der faschistischen ANR auf der Universität zuzulassen. Zu dieser Kundgebung hatte unter anderem die Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation (MLS) aufgerufen. Daß sich über 500 Studenten versammelten, obwohl zur selben Zeit zahlreiche Vorlesungen stattfanden, widerlegt die Behauptung der bürgerlichen Presse, daß nur eine kleine Minderheit der Studenten den Faschisten entgegentreten möchte.

Die Hauptparolen der Studenten waren: NIEDER MIT DER ANR! NAZI RAUS AUS DER UNI! VERBOT DER ANR! KEINE KRIMINALISIERUNG VON ANTIFASCHISTEN! EINSTELLUNG DES VERFAHRENS GEGEN W.PÜHRINGER!

(W.Püringer wurde, wie wir im letzten Klassenkampf berichteten, am 30.3. verhaftet, als er sich mit etwa 200 seiner Kollegen an der Verhinderung einer faschistischen Kundgebung auf der Universitätsrampe beteiligte. Er wurde über eine Woche in Untersuchungshaft gehalten. Jetzt soll ihm der Prozeß gemacht werden.)

Die ANR-Faschisten sind von der Masse der Studenten völlig isoliert. Die JES, eine Organisation von Kindern von Kapitalisten und Großgrundbesitzern und der RFS (Ring freiheitlicher Studenten) sind die einzigen Studentenorganisationen, die die ANR ziemlich offen unterstützen. Sogar die traditionelle Studentenorganisation der ÖVP, die ÖSU, sah sich angesichts der Stimmung unter den Studenten gezwungen, ein Verbot der ANR zu fordern. Dementsprechend wurde die Forderung nach Verbot der ANR auch von der Österreichischen Hochschülerschaft erhoben.

Der Staat bemüht sich jedoch zäh, sich dieser breiten Strömung der Ablehnung unter den Studenten entgegenzustellen und den Faschisten einen Platz an der Hochschule zu sichern. Eine wichtige Frage in diesem Zusammenhang ist die Zulassung der ANR-Faschisten zu den Hochschülerschaftswahlen im Mai. Die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) lehnte die Zulassung der ANR entschieden ab, Minister Firnberg nahm für eine Kandidatur der ANR Stellung. In der Wahlkommission, die über die Zulassung entscheidet, überstimmte dann der weisungsgebundene Ministerialbeamte die Hochschülerschaftsmehrheit (ÖSU und VSStÖ). Der Ministerialbeamte ist laut ÖH-Gesetz Vorsitzender der Wahlkommission und hat nicht nur eine Stimme, sondern entscheidet sogar bei Stimmengleichheit. Damit sicherte die Regierung die Kandidatur der ANR.

Die Bourgeoisie wünscht die Faschisten auf der Hochschule, damit sie durch offene rassistische, chauvinistische und antikommunistische Propaganda einen Ausgleich dafür schaffen, daß die traditionellen bürgerlichen Studentenorganisationen oft dem Druck der Studenten nachgeben und sich gegen die Politik der Bourgeoisie aussprechen müssen, um nicht ihren Einfluß zu verlieren. So nahm die Hochschülerschaft beispielsweise gegen die Minderheitenfeststellung und gegen die Wehrgesetznovelle Stellung. Gleichzeitig soll die ANR als Prügelgarde dienen, um das öffentliche Auftreten fortschrittlicher Studenten zu behindern und die Studenten einzuschüchtern.

Die Regierung widersetzt sich in diesem Sinne auch hartnäckig der Forderung nach Verbot der ANR. Im Wiederbetätigungsgesetz (Verbot der Wiederbelegung des Nationalsozialismus) und im Staatsvertrag mußte sich der Staat als Zugeständnis an die antifaschistische Haltung der Massen verpflichten, faschistische Propaganda und faschistische Organisationen nicht zuzulassen. Das hinderte Minister Rösch jedoch nicht, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß ihm beim besten Willen die Gesetzeslage ein Verbot der ANR nicht gestatte.

Ob die Bourgeoisie eine faschistische Organisation stützen will, oder ob sie eine revolutionäre verbieten will, sie wird die Gesetze immer so interpretieren oder einfach ändern, wie sie es braucht. Die antifaschistisch eingestellten Menschen werden sich aber nicht dadurch unterkriegen lassen, daß sich die Regierung hinter den Gesetzen verschanzt. Sie werden sich dadurch nicht abhalten lassen, das Verbot der ANR zu fordern, zu fordern, daß der Staat das Wiederbetätigungsgesetz, das ein Zugeständnis an den antifaschistischen Kampf ist, anwendet.

Für Mittwoch, den 27.4., wurde daher von einer Aktionseinheit, in der sich neben dem Kommunistischen Bund Österreichs, dem Verband Kommunistischer Intellektueller, der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation und dem Roten Schüler Bund, sozialdemokratische und konfessionelle Organisationen, die KPÖ, die Gruppe Revolutionärer Marxisten und andere beteiligten, eine Demonstration beschlossen. Die zentralen Forderungen der Demonstration sind:

VERBOT DER ANR! EINSTELLUNG DES VERFAHRENS GEGEN W.PÜHRINGER!

H.S., Marxistisch Leninistische Studentenorganisation Wien

Zum bevorstehenden Tre[ffen der Komitees für die] Rechte der [Minderheiten]

Am 14./15.Mai findet in Klagenfurt/Celovec in den Räumlichkeiten des Zentralverbandes Slowenischer Organisationen in Kärnten ein Treffen der vier Solidaritätskomitees für die Rechte der Minderheiten statt. Folgende Fragen sollen auf dem Komiteetreffen behandelt werden:

1. Berichte der Komitees über die bisherige Arbeit
2. Bericht der Slowenischen Zentralorganisationen über die Ablehnung von Volksgruppengesetz, Volkszählungsgesetz und Gehaltsüberleitungsnovelle
3. Forderungen der slowenischen Zentralorganisationen
4. Gemeinsame Aktivitäten der Komitees und Zentralorganisationen
5. Weitere Zusammenarbeit der Komitees und eventuelle Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen.

Wir Kommunisten begrüßen es, wenn nun ein Treffen der verschiedenen Solidaritätskomitees stattfinden kann, auf dem zum ersten Mal nach dem 14.November eine tiefgehende und gründliche Debatte über die geleistete und bevorstehende Arbeit der Komitees geführt wird. Tatsächlich hätte das Treffen, das auf eine Initiative des Komitees aus Klagenfurt/Celovec zurückgeht schon lange vorher stattfinden sollen, doch war es bis zuletzt unter den Komitees zu keiner Einheit über Inhalt und Notwendigkeit des Treffens gekommen.

Heute gibt es in Wien, Graz, Salzburg und Klagenfurt/Celovec Komitees für die Rechte der Minderheiten. Sie alle sind vor dem 14.November entstanden, als die Frage der Rechte der Minderheiten vor allem durch die bevorstehende Minderheitenfeststellung im Zentrum der Politik stand. Die vier Komitees haben seit ihrer Gründung eine verschiedene Entwicklung durchgemacht. Jedoch sind nach dem 14. November mehr oder weniger überall Differenzen über die Fragen, welche Organisationsform, welchen Inhalt die Komitees haben und worauf sie ihre Arbeit konzentrieren sollen, entstanden.

Wir Kommunisten meinen, daß hinter den Differenzen dieser Art in Wirklichkeit Differenzen über die Einschätzung der Lage im Kampf für die Rechte der Minderheiten stehen. Während auf der einen Seite die beiden slowenischen Zentralorganisationen selbst oft genug klar gesagt haben, daß der Kampf für die Rechte der Minderheiten ein langandauernder Kampf ist, dessen Ziel die vollständige bedingungslose Durchsetzung der berechtigten Forderungen der Minderheiten, gibt es in der Bewegung politische Kräfte und Personen, die durch ihre Haltung eine andere Absicht zum Ausdruck bringen. *Das ist ein Problem, das auf dem Treffen offen auf den Tisch gelegt und beraten werden soll, denn dies ist die Gewähr dafür, daß nachher in den Komitees die offenen Fragen in einem richtigen Sinne gelöst werden können.*

Was diese offenen Fragen sind, zeigt sich, wenn man die Bilanz über die bisherige Arbeit der Komitees zieht und wird sich auch auf dem Treffen zeigen.

Die brennendste Frage, die sich aus dieser Bilanz ergibt, ist die Frage, welche organisatorische Form die Komitees haben und worauf sie ihre Arbeit konzentrieren sollen. Dazu hat es im Klagenfurter Komitee vor einigen Wochen Auseinandersetzungen und in der Folge einige Beschlüsse gegeben. So haben die Klagenfurter die Umwandlung ihres Komitees in ein Personenkomitee und die Konzentration auf die Arbeit unter den Massen beschlossen. Diese Beschlüsse haben eine fruchtbare Arbeit eingeleitet. In zahlreichen Aktivitäten wurden immer mehr Menschen aktiv in den Kampf um die Rechte der Minderheiten einbezogen und immer mehr Menschen mit der Minderheitenfrage vertraut ge-

en der Komitees für die inderheiten

macht. Auf aktives Betreiben der KPÖ, der vor allem die Tatsache, daß nun jeder Aktivist für die Rechte der Minderheiten im Komitee mitbestimmen kann ein Dorn im Auge ist, haben sich nun einige Komiteemitglieder außerhalb dieser Beschlüsse gestellt und im Komitee ist eine Initiativgruppe entstanden, die faktisch die gesamte politische Arbeit macht. Im Grazer Komitee wiederum haben zwei Leute die Auffassung vertreten, daß man das jetzige Komitee in ein „Antifaschistisches Komitee" umwandeln soll und damit eine Diskussion über die Frage, wer der Gegner im Kampf um die Rechte der Minderheiten ist, entfacht. Nachdem sich die Aktivisten des Komitees klar für ihre jetzige Organisation ausgesprochen haben, weil sie der Meinung sind, daß der Hauptgegner im Kampf um die Rechte der Minderheiten in erster Linie der Staat und damit die Regierung und nicht etwa die deutschnationalen Kreise sind, haben diese zwei Mitglieder die Arbeit eingestellt und das Komitee verlassen. Das Wiener Komitee ist als letztes Komitee noch ein reines „Persönlichkeitskomitee" und hat seine Arbeit bis zum heutigen Tage im wesentlichen auf Presseerklärungen und Unterschriftensammlungen unter „Persönlichkeiten" beschränkt. Immer mehr Menschen treten jedoch auch in Wien für die Rechte der Minderheiten ein und suchen nach einer Möglichkeit, sich zu organisieren. Das Wiener Komitee bietet nicht einmal den Funken solch einer Möglichkeit und die Lösung dieses Problems ist nun schon seit langem fällig.

Als beispielhaft erwiesen hat sich die Tätigkeit des Salzburger Komitees, das viele Menschen im Kampf für die Rechte der Minderheiten erfaßt hat, auf zahlreichen Veranstaltungen die minderheitenfeindliche Politik der Regierung angeprangert und den Protest dagegen formiert hat und eine regelmäßige Informationsschrift herausgibt.

All die negativen und positiven Erfahrungen sollten auf dem Treffen gegenübergestellt und beraten werden und es ist wünschenswert daß das Treffen eine Empfehlung zur Lösung der brennendsten organisatorischen Fragen in den Komitees beschließt.

Die Erledigung dieser beiden Probleme ist heute eine Notwendigkeit dafür, daß alle Komitees ihren Aufgaben gerecht werden können, die minderheitenfeindliche Regierungspolitik zu entlarven, die Forderungen der Minderheiten propagieren und die Massen für die Durchsetzung dieser Rechte zu gewinnen.

Möge das Treffen am 14./15. Mai in Klagenfurt/Celovec die Grundlagen für die richtige Lösung dieser Probleme schaffen!

G.F.

Die Nummer 3/77 unseres Theoretischen Organs „Kommunist" enthält einen Artikel über die geschichtliche Entwicklung der Kärntner Slowenen bis in die Zwischenkriegszeit.

Steuerkampagne der KPÖ

Programm der Aussöhnung mit dem bürgerlichen Staat

Seit einigen Wochen stellt die KPÖ die Unterschriftenaktion zur „sozialen Steuerreform" in den Mittelpunkt ihrer Politik. Sie knüpft dabei an der Unzufriedenheit der Massen über die ständig steigende Steuerausplünderung an. Die Staatseinnahmen werden zu einem immer größeren Teil aus den Massensteuern finanziert. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer haben sich in den letzten sechs Jahren versechsfacht und die Progression wurde mit den betrügerischen Steuerreformen ständig hinaufgeschraubt. Die bürgerlichen Parteien suchen den Unmut über diese Lage auszunutzen und auf ihre Mühlen zu lenken. Die SP wetterte in der Zeit der VP-Alleinregierung über den Steuerdruck, heute stellt sie die VP bei der Erfindung von neuen Steuern und Tarifen und bei deren Erhöhung noch in den Schatten. Die VP will aus dieser Frage Kapital schlagen. Und die KPÖ? Was hat sie im Sinn? Das soll im folgenden untersucht werden.

Will die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Steuerausplünderung aufnehmen, so braucht sie zuallererst Klarheit über den Gegner. Der bürgerliche Staat ist Instrument der Kapitalistenklasse zur Sicherung ihrer Herrschaft. Im Imperialismus ordnet sich das Finanzkapital, der dominierende Teil der Kapitalistenklasse, den Staat immer mehr unter. Das Finanzkapital ist es auch in erster Linie, das sich der Staatsausgaben als zusätzlicher Quelle der Bereicherung bedient: Über die Staatsverschuldung sowie über die vielfältigen Zuwendungen, die es zur Sicherung der Profitproduktion und seiner Expansion nach außen erhält. Neben diesen Ausgaben verschlingt der Ausbau des Gewaltapparates selbst, insbesondere des Gewaltapparates, immer mehr Geld. Die Lasten für den wachsenden Geldbedarf des Staates tragen in immer größeren Maße die Arbeiterklasse und das Volk, da die Kapitalisten ihre Profite möglichst ungeschmälert wieder in der Mehrwertproduktion anlegen wollen. Die Steuerpolitik des Staates ist also Ausdruck der Tatsache, daß der Staat Instrument der Kapitalistenklasse ist. Will die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Steuerausplünderung aufnehmen, muß sie davon ausgehen, daß sie diesem Staat feindlich gegenübersteht und daß sie ihn schließlich zerschlagen und ihre eigene Herrschaft aufrichten muß, um die soziale Revolution durchführen zu können. Daher wird sie Forderungen erheben, die die Einkommen der unterdrückten Klassen von der Steuerbelastung befreien. Sie wird dafür kämpfen, daß die Kapitalisten - solange dieser Staat noch besteht - selbst für seine Finanzierung aufkommen sollen. Auf dieser Linie müssen die Kommunisten in den Auseinandersetzungen um die Steuerfrage eingreifen.

Was macht die KPÖ zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen?

Sie wendet sich gegen die zunehmende Steuerbelastung der Arbeiterklasse und des Volkes und kritisiert, daß die Besitzenden immer weniger zur Finanzierung der Staatsausgaben herangezogen werden. „Arbeiter, Angestellte und Pensionisten sollen Opfer bringen. Die Unternehmer aber bekommen dutzende Milliarden an Steuergeschenken." Sie zieht daraus nicht den Schluß, daß dies so sein muß, da der Staat Instrument der Kapitalistenklasse ist und sich die Arbeiterklasse von diesem Staat keine Besserung ihrer Lage erwarten kann. Im Gegenteil: Die KPÖ meint, man müsse den Staat bloß zwingen, sozialer zu sein. Sie nimmt die Forderungen, die sie erhebt, als Anlaß zur Propagierung einer Reihe von bürgerlichen Reformvorschlägen.

Bürgerliche Rezepte zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Krise

Die SP weist die Forderung nach einer Steuerreform mit dem Verweis auf die zur Arbeitsplatzsicherung notwendigen Mittel zurück. Erst kürzlich stellte Kreisky fest, daß kein Groschen von den der Wirtschaft zufließenden Geldern eingespart werden könnte und er malte das Schreckgespenst einer Massenarbeitslosigkeit an die Wand. Unter dem Mantel der „Arbeitsplatzsicherung" werden den Kapitalisten die dem Volk abgepreßten Steuern zugesteckt, um ihre Konkurrenzfähigkeit im In- und Ausland sowie die Profitproduktion überhaupt zu sichern. Die Gefahr der Arbeitslosigkeit wird damit nicht gebannt. Die Konkurrenz untereinander zwingt die Kapitalisten zur schrankenlosen Ausdehnung der Produktion. gleichzeitig verengt sich der innere Markt durch die Senkung des Lebensniveaus der Massen und der äußere Markt durch die Konkurrenz der Imperialisten untereinander und die Schläge, die der Befreiungskampf der unterdrückten Völker dem Imperialismus erteilt. Das führt ständig zu Überproduktionskrise mit Stockungen der Produktion, Bankrotten und Schaffung von Arbeitslosenheeren. Rationalisierungen und Verschärfung der Ausbeutung machen ständig Arbeitsplätze überflüssig. Diese Erscheinungen sind untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden und können durch staatliche Maßnahmen nicht verhindert werden. Das Gerede von der Arbeitsplatzsicherung ist bloße Demagogie.

Die KPÖ ist von solchen Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus weit entfernt. Sie nimmt die SP beim Wort. Sie hat aber andere Vorschläge. Sie klärt die Bourgeoisie und die Regierung auf, daß sie unvernünftig und kurzsichtig handeln. Richtig wäre es nach Meinung der KPÖ, die Belastungen der Massen durch Lohnsteuer und indirekte Steuern zu mildern, - darauf zielen die ersten drei Forderungen der KPÖ zur Steuerreform ab; die Kaufkraft der Massen würde damit gesteigert, die Wirtschaft angekurbelt und damit auch die Arbeitsplätze gesichert. Für Kapitalisten und Arbeiter soll bei diesem famosen Vorschlag etwas abfallen.

Bei den Kapitalisten hat die KPÖ bisher kein Verständnis für ihr Rezept gefunden. Das ist auch kein Wunder. Sie können gerade in der wirtschaftlichen Krise auf den allseitigen Angriff auf die Löhne und Arbeitsbedingungen, auf die staatliche Unterstützung nicht verzichten. Die verschärfte Konkurrenz unter den Kapitalisten zwingt ihnen eine harte Gangart gegenüber der Arbeiterklasse auf, das zeigt etwa ihr Vorgehen bei den letzten Kollektivvertragsverhandlungen. Daß sich damit gleichzeitig der innere Markt für ihre Waren verengt, ist ein dem Kapitalismus innewohnender Widerspruch, der auf dem Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung der Produkte beruht, was im Kapitalismus selbst nicht aufgehoben werden kann.

Die Arbeiterklasse führen diese Vorschläge der KPÖ in die Irre. Sie muß den Kampf gegen Lohnabbau, gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und gegen die Steuerausplünderung führen um sich vor Verelendung zu bewahren und ihre Einheit und Kampfkraft zu sichern. Sie muß dabei allein von ihren eigenen Interessen ausgehen und erkennen, daß im Kapitalismus für sie keine sichere Existenz, kein Schutz vor Elend und Arbeitslosigkeit möglich ist. Die KPÖ will die Arbeiterklasse vor solchen Erkenntnissen „bewahren". Sie will die Arbeiterklasse an das Gedeihen der kapitalistischen Wirtschaft binden und unternimmt den vergeblichen Versuch, die antagonistischen Klasseninteressen zu versöhnen. Sie erweist sich damit als Vertreter der sozialpartnerschaftspolitik, bloß einer anderen Variante als die der SP.

Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat

Die SPÖ wirft der KPÖ vor, sie dürfe die Gesamtheit der Aufgaben des Staates nicht außer acht lassen. Der Staat brauche für Bildung, Gesundheitswesen, u.ä. Geld. Die Volksmassen hätten Interesse an der Staatstätigkeit und müßten mit ihren Steuern dafür aufkommen. Die SP sucht damit die Massen für den Gedanken vom Staat als etwas über den Klassen stehendes und für die Mitverantwortung am Staat und seinem Budget zu gewinnen.

Die KPÖ, die sich längst mit dem bürgerlichen Staat ausgesöhnt hat, ist sich ihrer Verantwortung für den Staat und seine Finanzen durchaus bewußt. Sie schlägt nur eine andere Finanzierungsweiseund gewisse Umschichtungen im Budget vor. Die durch die Steuersenkungen für die Massen bewirkten Mindereinnahmen des Staates müßten durch Streichung von Steuerbegünstigungen, Beseitigung der Steuerprivilegien der Spitzenpolitiker, wesentlich höhere Besteuerung des Großkapitals, u.ä. hereingebracht werden (Forderung des Steuerreformprogramms der KP). Der richtige Gedanke, daß sich die Kapitalisten ihren Staat, solange er noch besteht, selbst finanzieren sollen, der die Feindschaft zwischen Arbeiterklasse und bürgerlichen Staat zum Ausdruck bringt, wird von der KP in sein Gegenteil verkehrt, indem der Gedanke der Mitverantwortung am Staat und seinen Finanzen verbreitet wird.

Die KPÖ verlangt weiters Umschichtungen von „unnötigen" Bereichen der Staatstätigkeit zu „nützlichen" und „sozialen", das heißt etwa vom Bundesheer zum Bildungswesen. Ist das Bildungswesen etwa kein Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie? Im Bildungswesen werden die Jugendlichen entsprechend den Interessen und der Ideologie der Bourgeoisie ausgebildet. Dem bürgerlichen Staat muß auch die Herrschaft über das Bildungswesen entrissen werden. Mit mehr Geld, mit Budgetumschichtungen wird das kapitalistische Volksbildungswesen als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie nicht angetastet.

Ist nun schon der Gedanke von „nützlichen" und „schädlichen" Teilen der Staatstätigkeit offene Kapitulation vor der Bourgeoisie, so hat man die Gefährlichkeit des KPÖ-Vorschlags damit noch nicht ganz erfaßt.

Das Bundesheer bezeichnet sie deswegen als „unnötig" und Ausgaben für Aufrüstung als sinnlos, weil die „Entspannung" und die Stärke der Sowjetunion die Grenzen Österreichs sichere. Damit erweisen sie sich einmal mehr als offene Agenten des Sozialimperialismus. Ist es doch gerade die russische Supermacht, die am eifrigsten die „Entspannung" propagiert, um die Völker über ihre aggressiven Absichten hinwegzutäuschen. Die Tatsachen bringen es allerdings immer offener ans Tageslicht, daß die Gefahr des militärischen Zusammenstoßes der beiden Supermächten ständig wächst, und die SU gerade als diejenige, die weniger Einflußgebiete als die USA besitzt, besonders aggressiv ist und auf die Neuaufteilung der Welt drängt.

Fassen wir zusammen:

Die Politik der KPÖ sucht den aufbrechenden Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Volk einerseits und bürgerlichem Staat andererseits, zu vertuschen, um die Massen für bürgerliche Reformkonzepte zu gewinnen. Außerdem betätigt sie sich als Agentin des russischen Sozialimperialismus. Allen Grund also für die klassenbewußten Arbeiter, der KPÖ überall scharf entgegenzutreten, wo sie für ihre betrügerische Steuerreformkampagne zu werben versucht.

W.St.

Polen: Die Arbeiterklasse gibt sich nicht mit „Gnadenakten" zufrieden

Seit ihrem Überfall auf die CSSR im Jahre 1968 hat die Sowjetunion Zug um Zug die Kontrolle und Ausplünderung der osteuropäischen Länder verschärft. Ein weitverzweigtes Netz von „Verträgen über Freundschaft und gegenseitige Hilfe", von „Programmen zur Wirtschaftsintegration" und zur „Koordinierung der Außenpolitik" hat sie aufgebaut, um diese Länder unter ihre Knute zu bekommen, deren Reichtümer für den eigenen Wirtschaftsaufbau und deren Territorien als Aufmarschgebiet bei ihren Kriegsvorbereitungen zu nutzen.

Sowjetische Truppen sind zu Hunderttausenden in Polen, der DDR, in Ungarn und der Tschechoslowakei stationiert. Allein in der DDR befinden sich nicht weniger als 350.000 Mann sowjetischer Truppen als Garant für die „Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen". Seit 1974 haben die Sowjetimperialisten jeweils in Polen, der DDR und Bulgarien Kriegskommandostellen für Nord-, Mittel- und Südeuropa errichtet und einige „integrierte Armeen" mit allen 3 Teilstreitkräften gebildet.

Schwierigkeiten in der industriellen Produktion, Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge, Zwang zu enormen Getreideimporten, Preissteigerungen, Inflation, rasche Zunahme der Auslandsverschuldung und beständig wachsende Außenhandelsdefizite - das sind die Folgen der „internationalen Arbeitsteilung", die die Sowjetunion ihren „Bruderländern" aufzwingt.

Der Kampf der polnischen Arbeiterklasse ist die entschlossenste Kampffront der osteuropäischen Völker gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Er setzt sich zum Ziel den Sturz der faschistischen Diktatur der neuen Bourgeoisie und der sozialimperialistischen Fremdherrschaft, mit der Perspektive der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Mit ihrem Kampf versetzen die polnischen Arbeiter den Weltherrschaftsbestrebungen und Kriegsvorbereitungen des Sozialimperialismus schwere Schläge und leisten damit einen großen Beitrag zum weltweiten Kampf gegen Imperialismus und Krieg.

Streikkämpfe 1970 und 1976 - „Nieder mit der bürgerlichen Diktatur!"

Der Aufstand im Winter 70/71 und die mächtige Streikbewegung im Sommer 1976 sind die bisherigen Höhepunkte dieses Kampfes, in denen der hohe Grad an Bewußtheit und Organisiertheit der polnischen Arbeiter, ihre Feindschaft gegenüber der herrschenden Clique, die sich mit Haut und Haaren den Sozialimperialisten verschrieben hat, klar hervortrat.

Unmittelbarer Auslöser für diese Kämpfe waren in beiden Fällen massive Preiserhöhungen vor allem der Grundnahrungsmittel. Sowohl im Jahr 1970/71 als auch 1976 mußte die polnische Regierung diese Preiserhöhungen zurücknehmen, vor dem Druck der Streikenden zurückweichen. In beiden Fällen griff sie sowohl zu offenem Terror als auch zu den verschiedensten Spaltungsmanövern, um die Kampffront zu brechen und in beiden Fällen erreichte sie damit nicht viel mehr als eine kurze Atempause.

Im Dezember 1970 deklarierte die polnische Regierung von einem Tag auf den anderen Preiserhöhungen auf Lebensmittel um durchschnittlich 17%. Um diese ungeheuerliche Ausplünderung der Werktätigen zu verschleiern, wurde er als „Preisreform" deklariert: Die Preise derjenigen Güter wurden gesenkt, die nur ein Mal in vielen Jahren angeschafft werden, wie etwa Eiskästen sowie von Luxusartikeln, die ohnehin nur von der neuen Bourgeoisie bezahlt werden können. In diese Preissenkungen wurden auch solche Produkte einbezogen, die - wie die Regierung später selber zugab - „auf dem Markt gar nicht vorhanden waren, wie beispielsweise Produkte der elektrotechnischen Industrie".

Als erste reagieren die Werft-Arbeiter in Gdansk, die in einem Protestmarsch zum Gebäude der „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei" ziehen. Sie führen Spruchbänder mit, auf denen steht: - „Wir wollen Brot!" - „Nieder mit der bürgerlichen Diktatur Gomulka!" - „Es lebe die Diktatur des Proletariats!" und singen die Internationale. Es kommt zu ersten Zusammenstößen mit der Polizei, die Tränengas einsetzt und die auf 20.000 Menschen angewachsene Menge auseinanderzutreiben versucht. Bei der am nächsten Tag folgenden Demonstration wird eine Frau erschossen.

Die scharfe Reaktion der Regierung läßt die Empörung der Arbeiter nur noch größer werden. In Gdansk selbst formiert sich in den Fabriken der Widerstand, Milizionäre werden überrannt, das Parteihaus steht in Flammen. Noch in der Nacht rükken Panzer-, Miliz- und Truppenverbände gegen Gdansk vor. Als es die ersten Verwundeten und Toten gibt, löst das den Aufstand auch in den Städten Gdynia und Sopot aus. Auch hier geht die neue Bourgeoisie mit Truppen und Panzern vor. Der Aufstand greift auf Szcecin und Elblag über, auf die Hauptstadt und eine Reihe anderer großer Städte. Überall bilden sich Arbeiter-Einheitskomitees und Werft-Milizen zum Schutz gegen die Überfälle der Staatsmacht, in einigen schließen sich die Arbeiterräte zu einem einheitlichen Arbeitersowjet zusammen, der die Kämpfe in der ganzen Stadt leitet. Ein Augenzeuge berichtet: „In jenen Tagen war die einzige Macht das Streikkomitee der Werft, zu dem sich auch Vertreter andrer Betriebe einfanden.

Auf Anordnung des Komitees und nur auf seine Anordnung, buken die Bäcker Brot für die Bevölkerung, fuhren die Straßenbahnen einwandfrei und kam eine Sonderausgabe der Zeitung heraus."

Während die Straßenkämpfe zunehmen, und die 50.000 Mann starken russischen Besatzertruppen in Polen selbst wie auch in der angrenzenden DDR bereits in Alarmbereitschaft versetzt werden, versuchen hohe Partei- und Regierungsmitglieder die Arbeiter zur Aufgabe des Streiks zu bewegen. Selbst der Rücktritt des Generalsekretärs Gomulka bringt wenig Beruhigung. Erst als Mitte Februar die Preiserhöhungen zurückgenommen werden und der neue Generalsekretär Gierek demagogisch eine Reihe von Zusagen an die polnische Arbeiterklasse macht, wird der Streik abgebrochen.

Dezember 1970: 3000 Werftarbeiter aus Danzig marschieren zum Parteihaus der revisionistischen Herrscherclique.

In den nächsten Jahren hört die Kampftätigkeit keineswegs auf, es gab unzählige Arbeitsniederlegungen und Streiks, die es der neuen Bourgeoisie erschwerten, die Krisenlasten der zerrütteten Wirtschaft voll auf die arbeitenden Massen abzuwälzen und gleichzeitig mittels neuer Arbeitshetze die Ausbeutung zu verschärfen.

Die Ausplünderung durch die Sowjetunion hat sich in den letzten Jahren ungeheuer verschärft. Die nationale Wirtschaft, durch die „Regeln der Gemeinschaft" in eine Zwangsjacke gepreßt, führte zu einer immer einseitigeren Entwicklung der Produktion und zu einer immer stärkeren Abhängigkeit von der Sowjetunion. So mußte Polen, früher ein bekannter Fleischexporteur, im letzten Jahr über 55.000 t Schweinefleisch importieren. Der Getreideimport, der in den 50er Jahren etwa eine Million Tonnen betrug, stieg in den 60er Jahren auf rund 2 Millionen Tonnen, in den Jahren 75/76 kletterte er auf über 7 Millionen t. Die Preise der von der Sowjetunion exportierten Brenn- und Rohstoffe wurden drastisch erhöht. (Erdölpreis 1975 um 130%, 1976 um 8% und erst kürzlich wieder um 22%), bei gleichzeitiger Kürzung der Liefermengen. Im vergangenen Jahr führte das zur Rationierung von Kohle und zu akutem Elektrizitätsmangel, für den die polnische Regierung selbst das östliche Verbundsystem verantwortlich machte.

Im Zuge der verstärkten Kriegsvorbereitungen des Sozialimperialismus wird Polen immer mehr auch als Aufmarschgebiet für einen kommenden Krieg ausgebaut. Das militärische Programm des Warschauer Paktes sieht den beschleunigten Bau von Schnellverbindungen für Truppen und Waffentransporte in westlicher Richtung vor, so den forcierten Bau einer sowjetisch-polnischen Eisenbahnlinie mit sowjetischer Breitspur quer durch Polen sowie einer Autobahnverbindung. In dem neueröffneten Riesenstahlwerk in Kattowice werden die enormen Kapazitäten nicht zur Entwicklung der polnischen Industrie genutzt, sondern lassen sich Moskaus neue Zaren Panzer produzieren.

In einer solchen Situation der durch die jahrelange Ausplünderung des Landes völlig zerrütteten Wirtschaft, einer durch die Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion hohen Militarisierung, verbunden mit der faschistischen Unterdrückung der Volksmassen, entflammte im vergangenen Sommer ein Generalstreik. Das auslösende Moment der Massenstreiks waren wieder eine horrende Preiserhöhung, die die polnische Regierung bekanntgab. Wieder waren die Arbeiter der großen Betriebe führend. Der Streik erfaßte zur gleichen Zeit das Küstengebiet, die Kohlengruben und Eisenwerke in Schlesien, die Betriebe der Fahrzeugindustrie in Warschau, die Textilindustrie in Warschau, die Textilindustrie in Lodz und viele andere Industriezentren Polens. Wieder nahm dieser Streik rasch sehr scharfe Formen an: in vielen großen Städten gab es mächtige Demonstrationen, in der landwirtschaftlichen Traktorenfabrik „Ursus" in Warschau besetzten die Arbeiter die Bahndämme wichtiger Fernverkehrslinien, demolierten die Gleise und brachten eine Lokomotive zum Entgleisen. In Radom gab es mehrere Stunden dauernde Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Sonderabteilungen der Polizei, in deren Verlauf Barrikaden errichtet und Parteihäuser in Brand gesteckt wurden.

Die polnische Regierung erkannte rasch - der Aufstand vom Dezember 1970 war ihr noch in guter Erinnerung - daß es ihr leicht um Kopf und Kragen gehen könne, daß sie auf einem Pulverfaß sitzt und daß das Pulver die Kampfbereitschaft der Arbeiter ist. Sie trat einen überstürzten Rückzug an: 24 Stunden nach Verlautbarung des Plans für die Preiserhöhungen nahm sie diese wieder zurück und erklärte, es habe sich nur um einen „Vorschlag" gehandelt. Und führte gleichzeitig unter jenen, die diesen „Vorschlag" abgelehnt hatten, Massenverhaftungen durch.

Eine Beruhigung der Lage konnte die neue Bourgeoisie weder durch offenen Terror, noch durch ideologische Hetzversuche gegen die kämpfenden Arbeiter erreichen.

Vor Weihnachten verlangten mehrere hunderte Arbeiter der Ursus-Werke eine Generalamestie. Zur Unterstützung dieser Forderungen schlossen sich in ganz Polen eine Reihe von Intellektuellen in ein „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter" zusammen und entwickelten trotz massiver Einschüchterungsversuche eine breite Öffentlichkeitsarbeit. Die polnischen Machthaber versuchten das Mittel der Spaltung und Abwiegelung: im Feber dieses Jahres verkündete der Staatsrat, daß ein Gnadenausschuß die ganze Angelegenheit der an den Junistreiks beteiligten Arbeiter einzeln untersuchen solle. Da, wo Reue gezeigt werde und in Fällen, wo Hoffnung bestehe, daß die „Schuldigen" nicht erneut auf den Weg des „Verbrechens" geraten würden, können die Strafen annulliert, gemildert oder herabgesetzt werden. Um diesem „Gnadenakt" Nachdruck zu verleihen, sprengte die Polizei mehrmals Versammlungen des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" und verhaftete die Anwesenden. Unter dem Druck der Öffentlichkeit mußten die Verhafteten genauso oft wieder freigelassen werden. Sie blieben bei ihren Forderungen nach einer Generalamnestie, nach Wiedergutmachung gegenüber allen Geschädigten und nach Bestrafung der Polizisten für verübte Brutalitäten.

Die Entwicklung zeigt, die Lage in Polen wird sich nicht beruhigen, sondern verschärfen. Denn sie ist Ausdruck des scharfen Klassenkampfs, des Kampfs der polnischen Arbeiterklasse gegen die Handvoll neuer Herren, die die polnische Arbeiterklasse und alle werktätigen Schichten des Volkes unterdrücken und den Sozialismus verraten haben. Das ZK der Kommunistischen Partei Polens, die von den revisionistischen Machthabern Polens verboten ist, erklärte nach der Rücknahme der Preiserhöhungen im Sommer 76 in einem Aufruf: „Was den endgültigen Sieg entscheiden kann, ist weder ein Kompromiß, noch Klassenversöhnung, sondern ein vom Proletariat gegen die Bourgeoisie geführter Klassenkampf auf Leben und Tod". (nach Peking-Rundschau 29/76)

E.R.

Neuer Aufschwung des Kampfs im besetzten Palästina

Der Kampf der Bevölkerung im besetzten Palästina hat in den letzten Wochen einen neuen Aufschwung genommen. Die Bewegung richtet sich gegen die israelische Besatzermacht, vor allem gegen die Errichtung weiterer zionistischer Siedlungen und die Unterdrückungsmaßnahmen der Besatzer.

Am 11. März, einen Tag vor Beginn des Palästinensischen Nationalrates, kommt es im Westjordanland zu großen Demonstrationen zur Unterstützung der PLO und ihres Kongreßes. Am gleichen Tag gehen in Tel Aviv ein Munitionslager und in Haifa eine Waffenfabrik in Flammen auf und in Beersheba wird von Befreiungskämpfern ein dreistöckiges Haus zionistischer Offiziere in die Luft gejagt. Der Nationalrat selber hat auf seinem Kongreß die Intensivierung des bewaffneten Kampfes im besetzten Gebiet beschlossen. Er hat festgehalten, daß der bewaffnete Kampf das entscheidende Mittel ist, um die Rechte des Volkes zu erlangen, durch die Errichtung eines demokratischen palästinensischen Staates.

Seit 10 Jahren hält das israelische Siedlerregime den gesamten palästinensischen Boden besetzt, den Großteil schon seit 1948. Der Staat Israel wurde aufgebaut als ein Militärlager der Imperialisten und deren Stützpunkt. Heute steht er unter dem direkten Schutz der beiden Supermächte USA und Sowjetunion. Die 1967 besetzten Gebiete halten sie sich wegen des Bodens, den sie auspressen, und der palästinensischen Arbeitskräfte, die sie brauchen, weil ihre eigenen Arbeitskräfte in der Hauptsache unproduktive Tätigkeiten zur Aufrechterhaltung der Besatzung verrichten müssen. Die Siedler haben ihren Staat auf Landraub gegründet; so ist die palästinensische Frage eine Landfrage. In Galiläa etwa haben sie von 400.000 Hektar Boden, der arabischen Bauern gehörte, 320.000 ha enteignet. In den 1967 besetzten Gebieten haben sie die Landwirtschaft ruiniert und bisher 70, meist paramilitärische, Siedlungen errichtet.

Gegen den fortgesetzten Landraub hat das palästinensische Volk seit letztem Frühjahr den Kampf verstärkt. Der 30. März ist zum Kampftag, zum Tag des Bodens geworden. Die gesamte arabische Bevölkerung hat ihn heuer gefeiert: in Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks. In den arabischen Gemeinden Israels sind Tausende auf die Straße gegangen. So etwa in Baqa al-Gharbiya und Jatt, zwei Dörfern in Galiläa, wo über 3000 an einer Demonstration teilnahmen. Wie in anderen Teilen des Landes, hat die Besatzerarmee hineingeschlagen. 25 Bewohner wurden zum Teil schwer verletzt, 100 festgenommen. Vier Tage später waren mehrere Dörfer Galiläas im Streik, um gegen das Vorgehen der Armee und für die Freilassung der Gefangengenommenen zu protestieren. Im Westjordanland hat am 30. März ein lückenloser Generalstreik stattgefunden. Die Bewohner griffen die ungeheuer verstärkten Besatzertruppen mit allem an, was sie zur Hand hatten, Stöcken, Steinen und Flaschen. Tausendfach schallte den Truppen die Losung entgegen: Nieder mit der Besatzermacht - Es lebe die PLO! Barrikaden wurden errichtet und Straßenverbindungen blockiert. In Al-Khalil (Hebron) wurde ein Restaurant der Besatzungstruppen gesprengt. Im ganzen palästinensischen Gebiet ist eine Erklärung der PLO verteilt worden. Darin heißt es, daß der Zionistenstaat ein Fremdkörper ist, den die Imperialisten zur Ausplünderung der arabischen Völker hier errichtet haben. Ihre Pläne werden scheitern an der Mauer, die das Volk mit dem Körper und dem Blut der Märtyrer errichtet hat und die von der Palästinensischen Revolution verkörpert wird. Am 5. April beginnt eine Reihe von Demonstrationen und Kämpfen. Sie richten sich gegen den Siedlungsbau und den Marsch der Siedlerbewegung Gush-Emounin, die damit für die vollständige Annektierung der Westbank demonstrierte. In Nablus kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Armee. Mehrere Tage sind in Nablus und Cabash alle Läden geschlossen.

Um die Kampfmoral der Volksmassen zu brechen, werfen die Zionisten Tausende Palästinenser in ihre Gefängnisse. Sie behandeln sie als einfache Kriminelle und unterwerfen sie den elendsten Haftbedingungen. Zwei Quadratmeter stehen jedem im Durchschnitt nur zur Verfügung. Ihre Räume haben weder Betten noch Tische und Stühle. In dünne Decken gehüllt, schlafen die Häftlinge auf dem Boden, der mit Glassplittern belegt ist. Der Gefängnisdirektor von Ashkelon hat die Zahl von 5852 politischen Gefangenen genannt. Weil sie nicht als solche anerkannt werden, haben die Gefangenen den Kampf aufgenommen unter den Losungen: Anerkennung als Kriegsgefangene!, was Anerkennung des palästinensischen Kampfes als nationalen Befreiungskampfes bedeutet. Und unter der zweiten Losung: Weg mit der Administrativhaft! Mit dieser Administrativhaft kann jeder auf unbegrenzte Zeit festgehalten werden. Tatsächlich ist gegen die Mehrheit der Gefangenen noch nie Anklage erhoben worden. Sie sitzen in Administrativhaft. Unter der Folter, die in den Gefängnissen alltäglich ist, sind schon mehrere umgekommen. Nach fünf Wochen Hungerstreik zur Jahreswende, haben die Patrioten im Gefängnis von Ashkelon am 24. Februar den Streik wieder aufgenommen. Kurze Zeit später sind 200 Gefangene in Ramallah, 100 in Jenin, weitere in Nablus und Al-Khali ebenfalls in den Hungerstreik getreten.

Der Kampf der Gefangenen wird von den Massen unterstützt. Vor den Gefängnissen bilden die Mütter, Frauen und Kinder der Gefangenen den Kern der Massenversammlungen. Zur Unterstützung der Häftlinge von Ashkelon (das im israelischen „Kernland" liegt), begannen am 7.3. in Ramallah Kämpfe, die fünf Tage anhielten. 17 Demonstranten und vier Soldaten sind verletzt worden. „Sprechchöre zugunsten der PLO wurden laut ... eine Reihe von Jugendlichen wurde festgenommen" (Süddeutsche Zeitung, 8.3.). In Nablus wurde anläßlich eines Foltertodes die Stadt bestreikt und am 15.3. demonstrierten Schülerinnen in Beit Sahur aus dem selben Anlaß.

Mit der Einkerkerung der Patrioten wollte die Besatzermacht der Volksbewegung die Kraft nehmen. Aber sie hat sich gestärkt und ihr Zusammenhalt mit der Palästinensischen Befreiungsbewegung ist fester geworden. Selbst die dunklen zionistischen Gefängnisse sind heute vom Licht des Widerstandes erhellt.

H.L.



Mütter, Frauen und Kinder der Gefangenen unterstützen heftig den Kampf für Anerkennung als Kriegsgefangene und Abschaffung der Administrativhaft.

Türkei: Carter greift zur offenen Erpressung

Das Ringen der beiden Supermächte um die Beherrschung des östlichen Mittelmeeres hat in den letzten Monaten immer schärfere Formen angenommen. Auf Zypern versuchen sie eine imperialistische „Lösung" durchzusetzen, die die griechischen und türkischen Teile des zypriotischen Volkes einsperren, auf ewig spalten und so der imperialistischen Einmischung offenhalten soll. Der US-Imperialismus will sich die Militärstützpunkte auf Zypern erhalten, und dazu muß er den Zusammenschluß der Völker für die vollständige Unabhängigkeit Zyperns verhindern.

Eine solche Politik entspricht nicht den Interessen der Völker Griechenlands, der Türkei und Zyperns, deren Kampf für den Abzug aller fremden Truppen der Ägäis und dem Mittelmeer, die Auflösung aller Militärstützpunkte und die Schließung der Meerengen für die Flotten der Imperialisten, in den letzten Jahren einen Aufschwung genommen hat. Erpressung ist notwendig, um die reaktionären Pläne durchzusetzen.

Seit dem letzten Zypern-Konflikt haben die US-Imperialisten ein Waffenembargo über die Türkei verhängt. Sie nutzen das als Druckmittel gegen die Türkei, die vom Infantriestiefel bis zum Kampfflugzeug von amerikanischer Ausrüstung abhängig ist. Carter hat jetzt ganz offen die Aufhebung des Embargos davon abhängig gemacht, daß die türkische Regierung den Ansprüchen Griechenlands hinsichtlich Zyperns nachgibt. Griechenland wiederum ist dazu bereit, zwischen den beiden zypriotischen Volksgruppen eine „Pufferzone" einzurichten, in der sich die Imperialisten unter dem Deckmantel der UNO direkt einzunisten gedenken. Kissinger hatte eine derart offene Form der Erpressung zu vermeiden gesucht, Carter führt sie jetzt durch. Er tut das, weil die US-Imperialisten es eilig haben, sich der Herrschaft über das östliche Mittelmeer zu versichern. Die Stützpunkte auf Zypern und in der Türkei brauchen sie zur Überwachung des Luftraums der Sozialimperialisten. Gleichzeitig hat Carters Abgesandter Clifford Ende Feber auch mit der türkischen Regierung darum verhandelt, die Stützpunkte auch „der amerikanischen Nah-Ost-Politik zur Verfügung zu stellen ... Während des Oktoberkrieges von 1973 erlaubten die Türken eine amerikanische Zwischenlandung nicht." (Neue Zürcher Zeitung, 4.3.1977)

Gar nicht sicher ist, ob die türkische Regierung der Erpressung durch den US-Imperialismus nachgeben kann, angesichts des Kampfes der Völker gegen die Kriegstreiberei der beiden Supermächte. Bei einem von den arabischen Botschaftern gegebenen Diner am Abend des Abfluges Cliffords aus der Türkei wurde die Innigkeit der türkisch-arabischen Beziehungen von beiden Seiten betont.

M.Z.

Der US-Imperialismus schleift am zionistischen „Degen"

Kurz vor Ende der Frist für die Anmeldung der Spitzenkandidaten zur israelischen Parlamentswahl am 17. Mai ist der amtierende Ministerpräsident und Premierkandidat Rabin zurückgetreten. An seine Stelle als Spitzenkandidat der Arbeiterpartei ist der Verteidigungsminister Peres gerückt, der bei den parteiinternen Wahlen vor zwei Monaten knapp gegen Rabin verloren hatte. Der ehemalige Kriegsminister Dayan rutschte auf der Kandidatenliste gleich einige Plätze vor.

Anlaß des Rücktritts Rabins war ein mit seiner Frau gemeinsames Dollarkonto in den USA, was gegen die israelischen Devisengesetze verstößt. Man kann ruhig davon ausgehen, daß Rabin nicht der einzige Politiker des vom US-Imperialismus ausgehaltenen Kolonialstaates Israel ist, der ein solches Konto besitzt. Auch Abba Eban, Außenminister-Kandidat der Arbeiterpartei an dritter Stelle, wurde jetzt ein solcher Gesetzesbruch der Devisenbestimmungen nachgewiesen.

Wenn jetzt nach und nach die Existenz solcher Konten an die Öffentlichkeit dringen, so zeigt das nur, daß die US-Imperialisten direkten Einfluß auf die Aufstellung der Regierungsmannschaft zu nehmen beginnen, die nach ihren Vorstellungen in nächster Zukunft das reaktionäre Bollwerk Israel auf arabischen und palästinensischen Boden verteidigen soll. Rabins Konto ist kurz nach seinem Washington-Besuch an die Öffentlichkeit gedrungen. Offensichtlich schätzt ihn die US-Monopolbourgeoisie als nicht geeignet für die schärfere Gangart ein, auf die sie sich im Nahen Osten einstellt.

Diese Gangart der Imperialisten gegen den Befreiungskampf und für die Erhaltung des reaktionären Zionistenstaates zeichnet sich aus durch hektische Geheimdiplomatie der beiden Supermächte über das „Problem Naher Osten", das eines der Themen bei den Moskauer „Abrüstungs"-verhandlungen war, zeichnet sich gleichzeitig aus durch Aufrüstung der israelischen Militärmacht. In diese Entwicklung paßt es, wenn durch die laufenden Enthüllungen über US-Konten israelischer Politiker gerade jene zum Abtritt von der politischen Bühne gezwungen werden, die auf einen gewissen Spielraum durch Verhandlungen setzten. Dieser Spielraum aber schrumpft zusammen angesichts der fortschreitenden Zerrüttung Israels unter den Schlägen des Kampfes der arabischen Völker und des palästinensischen Volkes.

Diesen Befreiungskampf zu zerschlagen, ist den Imperialisten bisher nicht gelungen und wird ihnen auch weiterhin nicht gelingen. Aber die Völker müssen wachsam sein, wenn die US-Bourgeoisie in ihren eigenen Reihen mit dem Köpferollen beginnt. Vorbereiten tut sie damit einen Schlag gegen die Revolution.

M.Z

Die Zerschlagung der „Viererbande" war ein großartiger Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution

Immer wieder versuchen die bürgerlichen Meinungsmacher den Sieg des chinesischen Volkes über die „Viererbande" als Schlag gegen die Kulturrevolution hinzustellen oder zumindest als „Neufassung der Geschichte der Kulturrevolution". Auch manche Genossen und fortschrittliche Menschen sind der irrigen Ansicht, daß heute die Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution revidiert würden. Die „Viererbande" selbst tat alles, um ihre Nahmen und Ansichten eng mit dem Ruhm der Kulturrevolution zu verbinden. So nannte sich Djang Tjing gerne „Bannerträgerin der Revolution in Literatur und Kunst", oder Wang Hung-wen „Repräsentant der korrekten Linie" oder „Vorreiter der Großen Proletarischen Kulturrevolution". Um hier klar zu sehen, muß man wissen was die Kulturrevolution eigentlich ist, wie ihre Ziele, Aufgaben und Methoden festgelegt wurden.

Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die große proletarische Kulturrevolution

(Angenommen am 8. August 1966)

1

Ein neues Stadium in der sozialistischen Revolution

Die große proletarische Kulturrevolution, die sich jetzt entfaltet, ist eine große Revolution, die die Menschen im Innersten bewegt und in der Entwicklung der sozialistischen Revolution unseres Landes ein neues Stadium darstellt, das noch tiefer und weiter als das vorangegangene ist.

Auf der 10. Plenartagung des VIII. Zentralkomitees der Partei sagte Genosse Mao Tse-tung: Um eine politische Macht zu stürzen, ist es immer notwendig, vor allem die öffentliche Meinung zu schaffen und in der ideologischen Sphäre zu arbeiten. Das gilt für die revolutionäre Klasse genau so wie für die konterrevolutionäre. Diese These des Genossen Mao Tse-tung hat sich in der Praxis als völlig richtig erwiesen.

Obwohl die Bourgeoisie gestürzt worden ist, versucht sie immer noch, die alten Ideen, die alte Kultur, die alten Sitten und Gebräuche der Ausbeuterklassen zu verwenden, um die Massen zu korrumpieren, ihre Herzen zu gewinnen und sich anzustrengen, ein Comeback zu inszenieren. Das Proletariat muß genau das Gegenteil tun: es muß jeder Herausforderung der Bourgeoisie im ideologischen Gebiet hartnäckig begegnen und neue Ideen, eine neue Kultur, neue Sitten und Gebräuche des Proletariats anwenden, um das geistige Antlitz der gesamten Gesellschaft zu ändern. Im Augenblick ist unser Ziel der Kampf gegen jene Leute an der Macht, die den kapitalistischen Weg eingeschlagen haben, und ihre Vernichtung, die Kritik und Zurückweisung der reaktionären bürgerlichen akademischen „Autoritäten" und der Ideologie der Bourgeoisie und aller anderen Ausbeuterklassen sowie die Umformung der Erziehung, Literatur und Kunst und aller anderen Teile des Überbaus, die nicht der sozialistischen Wirtschaftsbasis entsprechen, damit die Konsolidierung und Entwicklung des sozialistischen Systems gefördert werden.

2

Die Hauptströmung und die Zickzackwege

Die Massen der Arbeiter, Bauern und Soldaten, der revolutionären Intellektuellen und Funktionäre bilden die Hauptkraft in dieser großen Kulturevolution. Eine große Anzahl revolutionärer junger Leute, die vorher völlig unbekannt waren, sind zu mutigen und wagenden Bahnbrechern geworden. Sie sind energisch in der Tat und intelligent. Durch die Medien der Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen und der großen Debatten diskutieren sie die Dinge aus, entlarven und kritisieren sie gründlich und greifen entschlossen die offenen und versteckten Vertreter der Bourgeoisie an. In solch einer großen revolutionären Bewegung ist es kaum vermeidbar, daß sie diese oder jene Mängel offenbart haben, aber ihre allgemeine revolutionäre Orientierung war vom Anfang an richtig. Dies ist die Hauptströmung in der großen proletarischen Kulturrevolution. Es ist die Hauptrichtung, in der die große proletarische Kulturrevolution weiter fortschreitet.

(Reproduktion aus „Peking Rundschau" 33/1966.)

Diesen Aufruf zum Kampf *„gegen jene Leute an der Macht, die den kapitalistischen Weg eingeschlagen haben"* zum Zweck der *„Konsolidierung und Entwicklung des sozialistischen Systems"* verunstaltete die Viererbande, um sich selbst an die Macht zu schwingen. Sie schwangen heftig die Fahne der Kulturrevolution, um hinterrücks und unbeachtet die Revolution sabotieren und behindern zu können. Doch der Lauf der Großen Proletarischen Kulturrevolution selbst, die durch sie erzogenen und gestählten Volksmassen, Armee und Partei entlarvten die „Viererbande" selbst als bürgerliche Machthaber, gegen die heute der Hauptschlag gerichtet werden muß.

Nur einige ihrer bisher aufgedeckten Machenschaften, mit denen sie versuchten, unter der Fahne der Kulturrevolution gegen die Kulturrevolution anzugehen, können hier behandelt werden.

Verkehrung der proletarischen Klassenlinie in ihr Gegenteil um den Charakter der Partei zu ändern

Im Punkt 5 des Beschlusses vom 8.8.1966 - „Führt entschlossen die Klassenlinie der Partei durch" - heißt es: *„Wer sind unsere Feinde? Wer sind unsere Freunde? Das ist eine für die Revolution und auch für die große Kulturrevolution erstrangige Frage.* "Die Parteiführung muß es verstehen, gestützt auf die Revolutionäre, *„sich mit der großen Mehrheit zu vereinen, so daß wir am Ende der Bewegung die Einheit von mehr als 95 % der Funktionäre und der Massen erreichen." „Das Hauptangriffsziel der gegenwärtigen Bewegung sind jene innerhalb der Partei, die an der Macht sind und den kapitalistischen Weg gehen."*

Die „Viererbande" hielt sich von Beginn der Kulturrevolution an nicht an diese zentralen Weisungen. Sie dichtete im Komplott mit Lin Biao den Charakter der Kulturrevolution aus heiterem Himmel um in einen „Kampf zwischen der neuen Kulturrevolutionsgruppe" - worunter sie gerne sich selbst verstanden wissen wollte, - „und der alten Regierung" - wobei sie ihren Angriff direkt auf Ministerpräsident Tschou En Lai, der in der Kulturrevolution in Übereinstimmung mit den Weisungen Mao Tsetungs als erster unter die Massen ging und an vorderster Front im Kampf gegen das bürgerliche Hauptquartier Liu Schao Tschis teilnahm, richtete.

Die theoretische Untermauerung ihrer neuen These war die Behauptung, daß die alten Kader, die der Partei während der demokratischen Revolution beitraten, unvermeidlich samt und sonders zu Machthabern auf dem kapitalistischen Weg werden, das sei das unwiderstehliche Gesetz der historischen Dialektik und dergleichen hochtönende Worte, um die Massen einzuschüchtern. Demgegenüber hat Mao Tsetung festgehalten, daß die große Mehrheit der Kader, die in der Periode der neudemokratischen Revolution in die Partei eintraten, bereits durchaus ideologische Vorbereitung besaßen für die sozialistische Revolution. Ein großer Teil derjenigen Leute, die kleinbürgerlicher Herkunft waren und verschiedene nichtproletarische Gedanken und politische Forderungen mit sich brachten, konnten ebenso bereits in dieser Periode im Geist des Kommunismus erzogen werden. Nur eine verschwindende Minderheit war es, die trotz geduldiger Umerziehungsversuche nicht bereit war, ihren kleinbürgerlichen Klassenstandpunkt zu verlassen und die deshalb nach und nach hinausgesäubert werden mußten.

In der Kulturrevolution prägte die KP Chinas den wissenschaftlichen Begriff „Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg", der zum Ausdruck bringt, daß es unter der Diktatur des Proletariats innerhalb der Partei Repräsentanten der Bourgeoisie gibt, die versuchen werden, die „Festung", welche von außen im offenen Angriff gegen das Proletariat nicht mehr zerstört werden kann, nun von innen her zu nehmen. Diesen exakten Begriff wollte die „Viererbande" nun plötzlich so interpretiert haben, als gäbe es eine ganze Schicht in der Partei, als sei die Kapitalistenklasse als Ganzes in der Partei vertreten.

Eine politische Partei ist aber immer Produkt und Repräsentant einer einzigen Klasse, entweder bürgerliche oder proletarische Partei.

So verkehrte die „Viererbande" nicht nur die Klassenlinie der Partei in ihr Gegenteil, indem sie mit Vorbedacht die Beziehungen zwischen den revolutionären Volksmassen und dem Feind in der Geschichtsperiode des Sozialismus verwechselten; sie richtete damit die Speerspitze ihres Angriffs gegen die Partei des Proletariats, gegen die Diktatur des Proletariats, und gegen die am Marxismus festhaltenden führenden Kader. Sie war darauf aus, den Klassencharakter der Partei und des Staates selbst zu ändern. Mit ihren Theorien wollten sie ideologische Verwirrung stiften, um sich so die Voraussetzungen für ihren Putsch zu schaffen.

Falsche Behandlung von Widersprüchen im Volk um einen Bürgerkrieg anzuzetteln und das Volk zu schwächen

So sind auch die von Djiang Tjing und Dschang Tschun-tjiao in Kollaboration mit Lin Piao und dessen Komplizen in der Kulturrevolution lancierten Losungen „An allem zweifeln" und „Alles niederschlagen!" zu verstehen. Nichts anderes konnte damit gemeint sein, als die Aufforderung zum Bürgerkrieg. Im Verlauf der ganzen Kulturrevolution gab es im ganzen Land tausende und abertausende Debatten, die oft in sehr heftiger Form ausgefochten wurden. Im Punkt 6. des „Beschlusses" - „richtige Behandlung von Widersprüchen im Volk" - heißt es:

„Wenn es eine Debatte gibt, soll sie mit Argumenten, nicht aber mit Zwang und Gewalt geführt werden." Die „Viererbande" propagierte andere Ansichten: „Greift mit Argumenten an, aber verteidigt euch mit jeder Waffe, die zur Hand ist.", mit dem Ziel, Schlägereien, Zerstörungen und Räuberein in großem Maßstab anzuzetteln und den Geist der Spaltung und des Fraktionismus in die Massenbewegung hineinzutragen sowie das Land in ein Chaos zu stürzen.

Neben Tschou En Lai hat auch Hua Guofeng hart dafür gekämpft, gewaltsame Auseinandersetzungen zu verhindern, die große Vereinigung der verschiedenen revolutionären Massenorganisationen zu fördern, um auf diese Weise zur großen Einheit im ganzen Land beizutragen und die Früchte der Kulturrevolution zu sichern.

Gegenüberstellung von Revolution und Produktion

„Revolution bedeutet Befreiung der Produktivkräfte" (Hua Guo-feng auf der II. Landeskonferenz zum Lernen von Dadschai). Deshalb ist sie ja auch eine unvermeidliche historische Notwendigkeit und deshalb wird sie von der Arbeiterklasse und den Volksmassen angestrebt und gemacht. Unmißverständlich wird dies auch im „Beschluß..." festgehalten. Im Punkt 14 - „Die Revolution fest in der Hand haben, um die Produktion anzuregen" - heißt es: *„Das Ziel bei der großen Proletarischen Kulturrevolution ist die Revolutionierung der Ideologie der Menschen, damit die Arbeit auf allen Gebieten mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher geleistet wird." „Jede Ansicht, die große Kulturrevolution der Entwicklung der Produktion entgegenzusetzen, ist falsch."* Genau das aber tat die „Viererbande". Die Ansicht, daß eine der grundlegenden Aufgaben der Diktatur des Proletariats ist, tatkräftig die sozialistische Wirtschaft zu entwickeln, verteufelten sie als „Theorie vom Primat der Produktivkräfte". In dem Satz der „Viererbande", ein unpünktlicher, revolutionärer Zug sei ihr lieber, als ein pünktlicher, aber revisionistischer, kommt diese falsche Gegenüberstellung deutlich zum Ausdruck. Genosse Tschen Yung-gui, der sich als Sekretär der Parteizelle von Dadschai ungeheure Verdienste für den sozialistischen Aufbau erworben hat und heute Mitglied des Politbüros des ZK der KP Chinas ist, berichtete auf der II. Landeskonferenz von Dadschai, was die „Viererbande" über ihn sagte: „Das einzige, was er kann, ist hart arbeiten und schwitzen, aber von der politischen Linie hat er keine Ahnung." Mit der Gegenüberstellung von Revolution und Produktion bezweckte die „Viererbande", die Produktion zu sabotieren und die Revolution vom Aufbau des Sozialismus abzulenken.

Heute ist die Diktatur des Proletariats gefestigt wie noch nie

Die „Viererbande" ist mit ihrem Versuch, eine öffentliche Meinung zu schaffen, um durch ihren Putsch die Diktatur der Bourgeoisie wieder aufzurichten, gründlich gescheitert.

Unter Führung der KP Chinas mit Genossen Hua Guo-feng an der Spitze, haben die Volksmassen des ganzen Landes sie als Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen, entlarvt und bekämpfen sie heftig. Die Zerschlagung der „Viererbande" genau im richtigen Moment, als China vor der großen Gefahr stand, die Farbe zu wechseln, ist ein weiterer großartiger Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution.

Dies zu verwechseln und hier Verwirrung zu stiften, liegt der Bourgeoisie natürlich am Herzen. Sie will damit die „Viererbande" in den Augen der Massen emporheben als „Revolutionäre" und die Begeisterung der Völker der Welt für das sozialistische China und die KP Chinas brechen, und auf diese Weise unter den Revolutionären selbst Verbündete gegen das sozialistische China gewinnen. Andererseits hat sie höchstes Interesse daran, unter den Massen über die Diktatur des Proletariats Verwirrung zu stiften, die Ziele der Revolution und der Kulturrevolution zu verfälschen.

Die Tatsachen selbst schieben der Bourgeoisie dabei einen Riegel vor. Heute sehen wir in China einen heftigen Aufschwung des Klassenkampfes, der Revolution, auf allen Gebieten. Die Entwicklung in China selbst beweist: Nach der Zerschlagung der „Viererbande" ist die Diktatur des Proletariats in China gefestigt wie noch nie und es kommt zu einem neuen Sprung vorwärts!

C.R.

Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (VRA) und „Viererbande":

In der Haltung zur Diktatur des Proletariats kann es keine Kompromisse geben

Im „Klassenkampf" Nr. 1/77 haben wir die Haltung der „Vereinigung Revolutionärer Arbeiter" (VRA) zur Entwicklung in China kritisiert. Die VRA hatte sich damals in einigen Äußerungen in ihrer Zeitschrift „Volksmacht", im Auftreten einiger ihrer führenden Funktionäre und ihrem praktischen Verhalten in der Innsbrucker Österreich-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft in versteckter und offener Form gegen den großen Sieg des chinesischen Volkes über die konterrevolutionären Machenschaften der „Viererbande" gestellt und sich damit objektiv in das Fahrwasser der imperialistischen Hetz- und Verwirrungskampagne gegen die Fortführung der sozialistischen Revolution in China begeben.

Unsere entschiedene und offene Kritik an dieser Entwicklung in der VRA war notwendig und richtig. Die Stellung zur Fortführung der Revolution in China und zur Verteidigung der Diktatur des Proletariats ist keine beliebige Frage der politischen Linie, sondern eine Grundsatzfrage. Ein Verlassen der grundsätzlichen Positionen des Marxismus-Leninismus auch nur in dieser Frage allein führt, wenn es sich voll durchsetzt, verfestigt und unumkehrbar wird, unweigerlich zum Farbwechsel der betreffenden Organisation. Angesichts der immer offeneren Parteinahme von seiten der VRA für die Kräfte der Konterrevolution in China war es unsere Pflicht, dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzuwirken, sie offen zu bekämpfen und so der VRA zu helfen, die Einflüsse des Imperialismus und der Reaktion in ihren Reihen zu bekämpfen und zu besiegen. In diesem Sinn haben wir auch schon im Jänner an die VRA den Appell gerichtet, umzukehren und ihre Haltung in dieser entscheidenden Frage zu korrigieren.

Die glänzende Entwicklung des Klassenkampfs in China selbst, die immer umfassendere Enthüllung der ideologischen, politischen und organisatorischen Verfälschungen des Marxismus-Leninismus und der Mao Tsetung-Ideen durch die „Viererbande" und ihres Staatsstreichversuches haben seither die Bedingungen weiter verbessert, die imperialistische Kampagne zur Zerstörung des revolutionären Ansporns des Beispiels der chinesischen Revolution im Bewußtsein der internationalen Arbeiterklasse und der Völker zunichte zu machen. Sie haben die Bedingungen verbessert, den Plan der Weltreaktion zu vereiteln, die Verbrechen der „Viererbande" zur Isolierung der chinesischen Revolution und zur Spaltung der marxistisch-leninistischen Bewegung zu nutzen. Sie haben die Bedingungen dafür verbessert, aber diese Bedingungen müssen auch genutzt werden. Darauf war auch unsere öffentliche Kritik an dem gefährlichen Kurs gerichtet, den die VRA einzuschlagen begonnen hatte. Darauf waren auch die zahlreichen Berichte und Analysen über die Entwicklung in China im „Klassenkampf" gerichtet.

Unsere Kritik hat zweifellos das ihre dazu beigetragen, daß sich dieser reaktionäre Kurs noch nicht so weit in der VRA durchsetzen konnte, daß sie sich auf der ganzen Linie offen auf die Seite der Konterrevolution in China stellte und unwiderruflich die Position der Bourgeoisie und der Reaktion bezog. Der Kampf in der VRA ist noch nicht endgültig entschieden. Allerdings hat sich die Lage weiter verschlechtert.

„Einmischung in die inneren Verhältnisse" oder proletarischer Internationalismus

In der „Volksmacht" Nr. 126 vom März 1977 veröffentlichte die VRA eine Auswahl von Mao Tsetung-Zitaten und stellte ihr eine Einleitung voran, die in noch unverhohlenerer Form als bisher, wenn auch nach wie vor in Andeutungen, ihre Parteinahme für die Konterrevolution in China zum Ausdruck bringt.

Angesichts der Entwicklung in China ist jedem denkenden Leser der „Volksmacht" durchaus klar, was gemeint ist, wenn die VRA in dieser Einleitung schreibt, daß „wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, das Proletariat in dieser Periode der sozialistischen Gesellschaft Niederlagen erleiden kann;" was gemeint ist, wenn es dort heißt: „Wir müssen den Mut haben, gegen die Strömung anzukämpfen." Diese allgemein richtigen Aussagen werden hier in ihr reaktionäres Gegenteil verkehrt, indem sie unter der Hand die Niederlage der Konterrevolution in China in eine Niederlage des Proletariats umdichten und nicht den Kampf gegen die konterrevolutionäre Strömung, sondern gegen die revolutionäre Strömung als Aufgabe proklamieren.

Diese versteckten, wenn auch äußerst durchsichtigen Angriffe auf die revolutionäre Entwicklung in China, werden mit einigen jesuitischen Bemerkungen garniert, die Beachtung verdienen. So heißt es: „Es ist nicht unsere Aufgabe, uns in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen und den Arbeitern dieser Länder Ratschläge zu erteilen oder einzelne Personen hochzujubeln oder zu verdammen." Weit hat es der Autor dieser Einleitung in der Verfälschung und Revision des Marxismus-Leninismus unter dem Banner „Treu dem Marxismus, dem Leninismus, den Mao Tsetung-Ideen" (Artikelüberschrift) gebracht! Die Unterstützung der Fortführung der Revolution im sozialistischen China, die Verteidigung der Diktatur des Proletariats erklärt er zur „Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder", zum „Hochjubeln oder Verdammen einzelner Personen."

War es eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Sowjetrußlands, als die kommunistischen Parteien die Zerschlagung der Trotzkistenbande in der Sowjetunion entschieden unterstützten und gegen die imperialistische Hetzpropaganda verteidigten, „Stalin hochjubelten" und „Trotzki verdammten"? War es eine Einmischung in die inneren Verhältnisse der VR China, als die Marxisten-Leninisten aller Länder die Vereitelung der Staatsstreichpläne von Liu Schao-tschi und Lin Biao unterstützten - auch die VRA? Es war das Gegenteil: die proletarisch-internationalistische Pflicht aller Marxisten-Leninisten, eine Prinzipienfrage ihrer marxistisch-leninistischen Haltung. Jeden, der diese Pflicht verletzte, den Boden des Marxismus-Leninismus in diesen Fragen verließ und dies auch noch mit solch pfäffischen „Argumenten" gerechtfertigt hätte, hätten sie mit Recht aus ihren Reihen ausgeschlossen.

Worum geht es in der Frage der Haltung zur Entwicklung in China? Es geht um nicht weniger als um die Haltung zur Diktatur des Proletariats. Die Diktatur des Proletariats zu stürzen und die Diktatur der Bourgeoisie wiederzuerrichten, war das Ziel der konterrevolutionären Bestrebungen der „Viererbande". Ihr Sieg hätte das rote China vorderhand ausgelöscht und das Kräfteverhältnis in der Welt entscheidend zuungunsten der proletarischen Weltrevolution verändert. Er wäre ein schwerer Schlag nicht nur gegen die Arbeiterklasse Chinas, sondern gegen die gesamte internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt gewesen.

Die Hauptscheidelinie zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus verläuft heute in der Frage nicht nur der Anerkennung der Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats als Voraussetzung für die soziale und politische Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch der Anerkennung der Notwendigkeit der Verteidigung der Diktatur des Proletariats gegen alle Restaurationsversuche von innen und außen, in der Fortführung der sozialen Revolution. In dieser Frage kann es für Marxisten-Leninisten theoretisch wie praktisch keine Kompromisse, keine Gleichgültigkeit und kein Zögern geben. Wenn eine Organisation in dieser Frage theoretisch und praktisch den Boden des Marxismus-Leninismus unwiderruflich verläßt, kann sie nicht mehr als marxistisch-leninistische Organisation angesehen werden, ist sie in das Lager der Bourgeoisie übergegangen, wie immer sie sich noch tarnen mag.

Darum und nicht um eine untergeordnete Differenz in der Einschätzung einer bestimmten internationalen Entwicklung geht es in der heutigen Auseinandersetzung in der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich in der Frage der Haltung zur Revolution in China.

Die Wurzeln der Parteinahme für die „Viererbande" liegen in der eigenen politisch-ideologischen Linie

Die konterrevolutionäre „Viererbande" hat in Vorbereitung ihres Staatsstreichversuches den Marxismus-Leninismus und die Mao Tsetung-Ideen umfassend auf allen Gebieten der Ideologie und Politik verfälscht. Diese Verfälschungen haben einen gewissen Einfluß auch in der marxistisch-leninistischen Bewegung anderer Länder und auch bei uns gehabt auf der Grundlage falscher Auffassungen und Widersprüche im Inneren der betreffenden Organisationen.

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Haltung zur Fortführung der Revolution in China und zu ihren jüngsten Siegen und der Übereinstimmung oder Gegnerschaft zu den ideologischen und politischen Auffassungen der „Viererbande". Dies ist unserer Meinung nach auch in den Reihen der VRA der Fall.

Es ist nicht zu übersehen, daß schon die in der Grundsatzerklärung der VRA festgehaltenen Anschauungen über die „Volksmacht" als Nahziel der revolutionären Arbeiterbewegung der Übernahme der Verfälschungen des Marxismus-Leninismus durch die „Viererbande" in der Frage der Diktatur des Proletariats und des Verhältnisses von Revolution und Produktion Tür und Tor öffnen.

So ist in der programmatischen Erklärung „Für die Volksmacht" (Grundsatzerklärung der VRA, S. 34 f.) zwar in der Darlegung des Charakters und der Aufgaben der Diktatur des Proletariats ein Sammelsurium aller möglichen demokratischen und anderen Maßnahmen, aber keine einzige klare und richtige Aussage über den sozialen Zweck der proletarischen Revolution und der Errichtung und Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats zu finden: nämlich den Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung zu lösen und damit die Fesseln der Produktivkräfte zu zerreissen, indem „die proletarische Revolution das Privateigentum an den Produktionsmitteln durch das gesellschaftliche Eigentum ersetzt, damit die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt und zur Ablösung der Warenproduktion durch die unmittelbar gesellschaftliche Produktion von Gebrauchsgütern fortschreitet, die mit Willen und Bewußtsein der Massen und im Interesse des Wohlstands und der allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft vollzogen wird." (Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs, S. 14)

Man muß klar erkennen und diese Erkenntnis durch die Fortführung der Auseinandersetzung vertiefen, daß inhaltliche Übereinstimmungen in einer Reihe von Fragen mit der Verfälschung und Revision des Marxismus-Leninismus durch die „Viererbande" die Grundlage abgeben, auf der heute die VRA in der Frage der Haltung zur Verteidigung der Diktatur des Proletariats in China an den Rand des völligen Bruchs mit dem Marxismus-Leninismus und der vollständigen bürgerlichen Entartung geraten ist.

Wir werden dieser Entwicklung weder zusehen noch sie bemänteln. Das würde nur dem Klassenfeind nützen. Beim heutigen Stand der Entwicklung ist die Öffentlichkeit der Auseinandersetzung in der Bewegung eine scharfe Waffe, um den Dunstschleier zu zerreißen, in dessen Schutz sich die bürgerlichen Strömungen und Einflüsse ungestört durchzusetzen hoffen. In Erfüllung unserer Hauptaufgabe, den Parteiaufbau voranzutreiben, müssen wir entschieden den ideologischen Kampf gegen alle Verfälschungen des Marxismus-Leninismus in den Hauptfragen der Revolution fortführen, die heute in der Auseinandersetzung um die Haltung zur Revolution in China nur einen weiteren Kristallisationspunkt finden, sich aber keineswegs darauf beschränken, sondern ihrem Inhalt nach auch alle Kernfragen der Revolution in unserem eigenen Land betreffen.

G.St.

Gesellschaft für österreichisch-chinesische Freundschaft in Salzburg gegründet

Anfang April ist in Salzburg die Gesellschaft für österreichisch-chinesische Freundschaft gegründet worden. Im Programm begrüßen die bisher 28 Mitglieder die bedeutenden Beiträge zum Fortschritt der Menschheit, die das chinesische Volk geleistet hat. Die Gesellschaft für österreichisch-chinesische Freundschaft (GÖCF) will zur Völkerverständigung beitragen durch ihre Informationsarbeit über die Geschichte, den Aufbau des Sozialismus in China und über seine kulturellen Leistungen. Herausgestellt werden soll Chinas Rolle als eines der wichtigsten Länder der 3. Welt und seine internationale Politik, insbesondere der Einsatz für die Rechte und Interessen der kleinen und unterdrückten Völker und Staaten. In ihren Statuten erkennt die GÖCF die Regierung der VR China als einzige rechtmäßige Regierung für ganz China an.

Zur öffentlichen Gründungsveranstaltung waren 50 Leute gekommen. Nach einem Referat des Vorstandsmitgliedes der deutschen Schwestergesellschaft überbrachte der chinesische Kulturattaché, Herr Hang, die herzlichen Grüße und besten Wünsche des chinesischen Botschafters. Die Freundschaftsgesellschaft soll eine Brücke schlagen zwischen dem österreichischen und chinesischen Volk, die Freundschaft zwischen den beiden Völkern möge stark sein und bestehen wie der Himalaya und die Alpen. Darauf antwortete die Anwesenden mit begeistertem Beifall. Die Gründungsveranstaltung wurde beschlossen mit Dias aus dem Leben Mao Tse-tungs und der Hymne „Der Osten ist rot".

Eine ausgezeichnete Lage in der Volksrepublik China

Im letzten Jahr haben die Kommunistische Partei Chinas, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten in einem großen Ringen mit der Bourgeoisie eine Entscheidungsschlacht von historischer Bedeutung ausgefochten und dabei einen großartigen Sieg errungen. Nach dem Tod des Vorsitzenden Mao versuchte die „Viererbande" die ernsten Schwierigkeiten, in denen sich China durch den Verlust vieler großer proletarischer Revolutionäre in kurzer Zeit und die schweren Naturkatastrophen befand, auszunutzen; sie verschärften den Angriff auf die proletarische Partei und das Volk in der Absicht, sie mit einem wuchtigen Schlag niederzuwerfen und die Partei- und Staatsmacht zu usurpieren. Eine Aggression von außen wäre die Folge gewesen. Diese äußerst akute Gefahr einer revisionistischen Entartung der Partei, der Restauration des Kapitalismus in China wurde unter Führung der KP Chinas durch Mobilisierung der Volksmassen abgewandt. Die Zerschlagung der „Viererbande" hat ermöglicht, daß das chinesische Volk die Sache der proletarischen Revolution weiter vorantreiben konnte. Heute geht es daran, die durch die Sabotageakte der „Viererbande" verursachten Schwierigkeiten in politischer, ideologischer, organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht tatkräftig und gründlich zu beseitigen.



Nach der Ernennung von Genossen Hua Guo-feng zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der KP Chinas feierten die Volksmassen des ganzen Landes den Sieg über die Verschwörer-Clique. Eine heftige Bewegung der Entlarvung und Kritik dieser Verräter der Revolution entfaltete sich an allen Fronten. Links: Massenversammlung im Hafen von Shanghai, das die „Viererbande" zu ihrem Stützpunkt machen wollte. Unten:- Kommandanten und Kämpfer der Chinesischen Volksbefreiungsarmee verurteilen die Verbrechen der parteifeindlichen Clique.



Wieder sorgte Chinas Landwirtschaft für eine äußerst erfreuliche Nachricht: 1976 wurde der bisher höchste Getreideertrag in der Geschichte unseres Landes verzeichnet, und es war das 15. Jahr reicher Ernte in ununterbrochener Reihenfolge. Darüber hinaus wurde die Produktion von Zucker, Hanf und Jute, Tabak, Tee und Seidenkokons gegenüber 1975 beträchtlich gesteigert. Die meisten der 29 Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und autonomen Gebiete übertrafen oder erreichten die Getreideerträge von 1975.

Dieser große Erfolg konnte nur im Kampf gegen die „Viererbande" errungen werden. Sie haßte die Produktionsbrigade Dadschai, das Vorbild für Chinas Landwirtschaft, aufs äußerste und tat alles, was in ihren Kräften stand, um die Bewegung des Lernens von Dadschai zu sabotieren. Es waren die breiten Massen der Kader und Kommunemitglieder auf dem Land, die mit konkreten Taten diesen Saboteuren entschlossenen Widerstand entgegensetzten. Die reiche Ernte des vergangenen Jahres mußte auch im Kampf gegen schwere Naturkatastrophen gesichert werden. „Der Mensch wird über die Natur triumphiren" - in diesem revolutionären Geist verdoppelten die Bauern der von Katastrophen und Unbilden heimgesuchten Gegenden ihre Anstrengungen, errichteten Wasserbauten und andere wichtige Projekte, um so die gegen Dürre bzw. starke Regenfälle resistenten, beständig hohe Erträge liefernden Anbauflächen zu erweitern. Damit trugen sie entscheidend zu den hervorragenden Ergebnissen bei. Die vor kurzem in Peking abgehaltene zweite Landeskonferenz für das Lernen von Dadschai in der Landwirtschaft war ein neuerlicher gewaltiger Ansporn für die sozialistische Initiative der Hunderte Millionen Bauern. (Aus Peking Rundschau 3/77)

Im Bild Getreidefelder der Kommune Huikuo-chen, in der Provinz Hunan, die über viele Maschinen und Bewässerungsanlagen verfügt.





Am Datjing-Ölfeld, einem roten Banner in Chinas Industrie entfalten die Werktätigen eine stürmische Aktivität bei der gründlichen Entlarvung und Zurückweisung der „Viererbande" und beim Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin und Mao Tsetung. Will die Bourgeoisie die Macht an sich reißen muß sie vor allem in der ideologischen Sphäre arbeiten und Verwirrung stiften. Die Werktätigen müssen sich sorgfältig dagegen wappnen. Foto: Arbeiter und Kader des Transportkommandos von Datjing studieren gemeinsam Schriften Mao Tse-tungs.



Kuo Hsueh-lan, Leiterin eines Frauen-Bohrteams bei der Arbeit im Shengli-Ölfeld in der Provinz Schantung. Sie und ihre Arbeitskolleginnen wurden wegen ihrer ausgezeichneten Arbeit als eine fortgeschrittene Gruppe im Ölfeld hervorgehoben. Der parteifeindlichen Clique der „Viererbande" war die Olindustrie in China mit ihrer rapiden Entwicklung und Spitzenreiterrolle stets ein Dorn im Auge, und sie attackierte sie als „aufgeblasen" und „trügerisch". Sie propagierte, man solle „nicht für die falsche Linie produzieren", und versuchte, einige Unternehmen ins Chaos zu stürzen und die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau zu sabotieren. Die mehreren hunderttausend Ölarbeiter jedoch folgten ihr nicht und bauten mit voller Kraft den Sozialismus auf. Sie haben mit ausgezeichnetem Erfolg einen Gegenschlag geführt. Im Jahr 1976 wurden die staatlichen Pläne der chinesischen Ölindustrie für die Produktion von Rohöl, Naturgas und wichtigen Erdölerzeugnissen allseitig übererfüllt. Die Produktion von Erdöl und Naturgas stieg gegenüber 1975 um 13 Prozent bzw. 11 Prozent.